

elam

**MAGAZIN
FÜR JUNGE LEUTE**

ARCHIV



**Köpfchen:
Faustregeln für
Demonstranten**

**Roter Punkt:
Fahrpreise
runter!**



**Heiße
Höschen:
Impotent
durch
Brandblasen?**

**Arbeiterjugend:
Report**



elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/ Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacherstraße 65

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

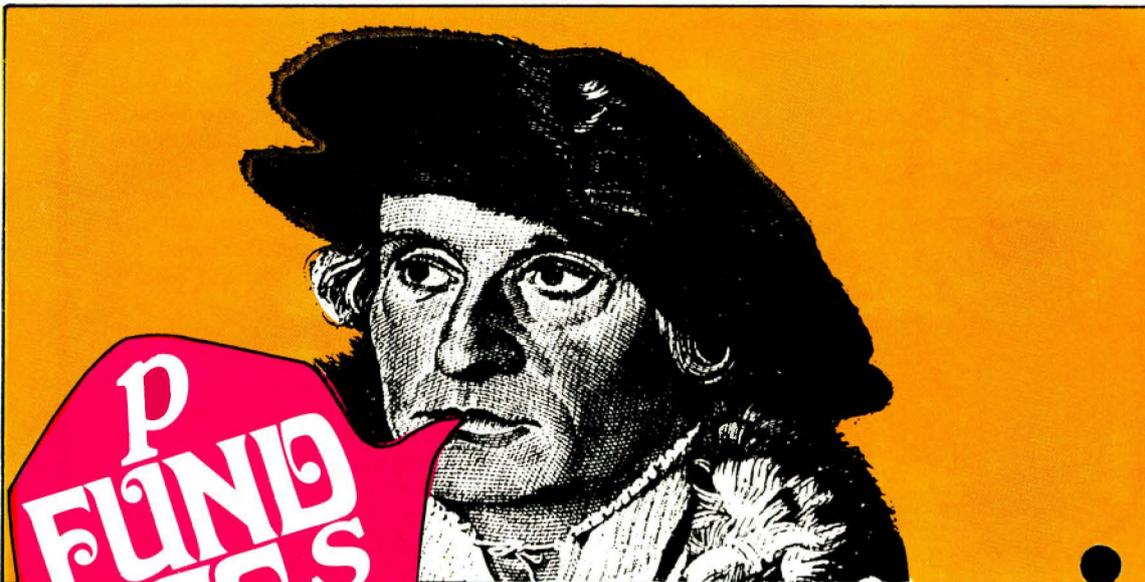
PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt/
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH,
Frankfurt/M.



**P
FUND
SACHS
HEN**



Ordnung

Verbände, bei denen es drunter
und drüber geht, haben wir schon
im Jugendring zur Genüge.
Ein Diskussionsredner beim Auf-
nahmeverfahren der „Schwimm-
gürtel“-Jugend Hamburg, die
keine Satzung vorweisen konnte.
Laut „Die Welt“, 2. März 1971.

Böser Blick bleibt

Kein einziger Bonner Politiker ist
unter der Prägekraft einer Welt-
anschauung, der er einmal ange-
hangen hat, so gezeichnet wor-
den, wie Herbert Wehner.
Das Unternehmerblatt für Arbeiter
„Werk und Leben“, 4/71, unter
einer Zeichnung des SPD-Politi-
kers.

Sex mit Wex

Porno zeigt den Menschen, wie
man es treiben kann, als Schwein-
chen und, wenn es nicht mehr an-
ders geht, mit den Schweinchen.
Helga Wex, Bundesvorsitzende
der CDU-Frauenvereinigung.



Revanchismus für den kleinen Mann

Ein Zusammenschluß aller ost-
deutschen Eigentümer eines
Stückchen Landes, gleich welcher
Größe, ob Angestellter oder Be-
amter, auch wer nur eine Grab-
stelle sein eigen nennt.
Verbandsprecher Hoffmann-Gün-
ther über seine Organisation, die
„Gemeinschaft Ostdeutscher
Grundeigentümer“.

NPD-Beifall

Die Äußerungen des Münchener
Oberbürgermeisters Vogel bestä-
tigen lediglich eine von der NPD
immer wieder vorgetragene Auf-
fassung.
NPD-Press Nr. 2/71

Endlich straffrei

Englands Meteorologen werden
hörbar aufgeatmet haben.
Die „Times“, als jetzt das britische
Parlament ein Gesetz aus dem
Jahre 1667 aufhob, demzufolge
falsche Wetterpropheten verfolgt,
ja sogar auf dem Scheiterhaufen
verbrannt werden müssen.

Hausmittel

So klagt man beim britischen Ge-
sundheitsamt, daß die Zahl der
Frauen noch immer beklagenswert
groß sei, die glaube, genug zur
Geburtenkontrolle zu tun, indem
sie im entscheidenden Augenblick
die Luft anhalte.
Die Welt, 24. 12. 1970

Klar?

In Remscheid besteht kein öffent-
liches Interesse an parteilichen
Werbeveranstaltungen.
Die Stadtverwaltung in einem Ver-
botsbescheid eines Informations-
standes der SDAJ.



CDU '71

„Der Ist aber nett“, flüstert eine
„alte Dame im Hintergrund.“ „Sieht
besser aus als im Fernsehen“, er-
gänzt ihre Nachbarin. . . .
„Die CDU muß endlich wieder
ran“, tönt es von rechts und links.
Eine Rentnerin aus der „DDR“
wischt sich die Tränen aus dem
Gesicht. Dann kämpft sich eine
quietschfidele Omo von Mitte
achtzig durch die Menge, tätschelt
Kiesinger die Wange und sagt:
„Alles Gute, mein Junge.“
„Die Welt“, 26. 2. 1971, über eine
CDU-Wahlversammlung in West-
berlin.



Goldfinger

Für diese schwindeleerregenden
Summen macht die Gräfin keinen
Finger krumm, höchstens einmal,
um auf ihrem goldenen Klo sich
seriös den Arsch abzuwischen.
Lehrlingszeitung „Rot-Stift“ (Ham-
burger Werften) über Gräfin Anita
Zichy-Thyssen, Hauptaktiönärin
bei Blohm und Voss.



Lieber Leser,



der Moskauer Vertrag hat im In- und Ausland überwiegend Erleichterung ausgelöst und Zustimmung erfahren. Vielfach ist er als ein Beispiel für ein umfassendes System europäischer Sicherheit bezeichnet worden. In der Tat enthält er alle Bedingungen und Elemente, die als Voraussetzung friedlicher Koexistenz und ungehinderter Zusammenarbeit in Europa unerlässlich sind. Vor allem unserem Lande eröffnet er die Möglichkeit, die teilweise verheerenden Folgen des kalten Krieges zu überwinden und alle materiellen wie geistigen Potenzen für die Verwirklichung humanitärer gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben einzusetzen.

Eine Regierung – deren Programm Frieden und Reform verspricht – hätte eigentlich allen Anlaß, den Vertrag so schnell wie möglich in Kraft setzen zu lassen. Nicht so die Bundesregierung. Sie zeigt nicht nur keine Eile, sie erhebt sogar Vorbehalte: erst eine Westberlin-Regelung, die uns befriedigt, dann die Ratifizierung des Vertrages. Damit hat sie das Schicksal ihrer Ostpolitik mit einem Problem verbunden, auf dessen Regelung sie weder einen rechtlichen Anspruch noch einen direkten Einfluß besitzt. An den Verhandlungen der Vier Mächte über Westberlin ist sie nicht beteiligt. Partner von Verträgen, die Westberlin zum Gegenstand haben, wird sie auch nicht sein können. Sie weiß um den tatsächlichen Status der Stadt und kennt die Haltung der UdSSR.

Das alles hat sie nicht davon abgehalten, sich freiwillig ihres Selbstbestimmungsrechtes über die Fortsetzung ihrer Ostpolitik zu begeben. Mehr noch: Sie erwartet nicht irgendeine Regelung, sondern eine, „von der die Regierung sagen kann, sie sei befriedigend“. Nun erwartet selbst diese Regierung nicht, daß die Sowjetunion einen Zustand legitimiert, den sie immer für unrechtmäßig und als gegen das sozialistische Lager gerichtet angesehen hat; der darin besteht, daß Westberlin als „Pfahl im Fleische der DDR“, als Propaganda- und Aggressionszentrum des Westens inmitten der sozialistischen Welt

fungiert. Ist für diesen Fall der Vorbehalt gemacht worden? Glaubt die Bundesregierung, mit der Aussetzung der Ratifizierung ein Mittel zu haben, um ihre Westberlin-Regelung auch gegenüber der Sowjetunion durchsetzen zu können? Dieser Schluß liegt nahe, wenn man nicht gar annehmen soll, daß sie von vornherein den Vertrag nicht in Kraft treten lassen wollte.

Was auch immer zutrifft, ihr Verhalten in dieser Sache entspricht einer Kontinuität der CDU/CSU-Politik. Dafür sprechen auch die in den letzten Wochen gesteigerten „Demonstrationen der Bundespräsenz“ in Westberlin. Diese Bundespräsenz hatte und hat – obwohl von den Westmächten toleriert – widerrechtlichen Charakter. Denn Westberlin ist nach der Entstehung der beiden deutschen Staaten als Relikt des untergegangenen Deutschen Reiches übriggeblieben. Auf dem Territorium der DDR liegend, gehörte und gehört es – auch nach der Auffassung der Westmächte – weder rechtlich noch faktisch zur Bundesrepublik. Sein Status ergibt sich aus der geschichtlichen Entwicklung und der geografischen Lage: Es ist ein selbständiges, gegenüber den beiden deutschen Staaten staatsrechtlich und politisch neutralisiertes Gebiet, in dem die drei Westmächte ein fragwürdiges Besatzungsrecht ausüben. Die UdSSR wie die DDR haben denn auch immer wieder – teilweise durch Sanktionen gegen die Zufahrtswege – gegen die unrechtmäßige Ausübung von Hoheitsrechten protestiert. Die in der gegebenen Situation vor allem von der CDU/CSU verstärkt praktizierte „Bundespräsenz“ hängt mit ihrer Ablehnung des Moskauer Vertrages zusammen. Sie möchte die Spannungen verschärfen, eine Westberlin-Regelung verzögern und damit den Entspannungsprozeß aufhalten. Die Verkehrsbeschränkungen der DDR sind darum als eine gerechtfertigte politische Reaktion auf eine provokatorische Politik der CDU/CSU zu verstehen.

Unbestreitbar muß für Westberlin eine Regelung gefunden werden. Soll sie den Frieden sichern und eine dauerhafte Entspannung bewirken, kann sie nur von der tatsächlichen Lage ausgehen. Weder die UdSSR noch die DDR erheben Ansprüche auf Westberlin. Eine Vereinbarung wäre möglich, wenn auch die Bundesregierung auf die Ausübung hoheitlicher Funktionen in Westberlin verzichtet und die Souveränität der DDR über die Zufahrtswege von und nach Westberlin anerkennt.

Gegenstand des Moskauer Vertrages ist die Westberlin-Regelung nicht. Sie könnte dennoch durch ihn gefördert werden, nicht durch Vorbehalte, sondern durch seine Ratifizierung.

Herzlichst

A. Jendryaszek

INHALT

Raumfahrt	
Was haben Sowjets im Weltraum?	4
Jahr der arbeitenden Jugend	
IG-Druck-Jugendkongreß	
„Arbeiterjugend contra Monopole“	
Lehrlingspressespiegel	10
Arbeiterjugendreport: Der Fall Norderding	14
Poster	
Arno Plooy 1. Mai	13
Polizei und Justiz	
Faustregeln für Demonstrationen	16
Uli Stein-Comic: Nur Fliegen ist schöner	38
Monats-Magazin	
Der Rote Punkt regiert	23
Dieser Barock stinkt uns/ Deutschland befreier	24
Napalm bei der Bundeswehr	25
Jugendreisen Zuschüsse für Reitpferde	26
Franz-Josef Strauß-Story	
„Ich kenne nur den Fall Rot!“	27
Mode	
Warnung vor zu heißen Höschen	30
Song	
Lerryn: Agitprop in die Hit-Parade	32
Post an die Leser	34
Film	37

Beitragshinweis:

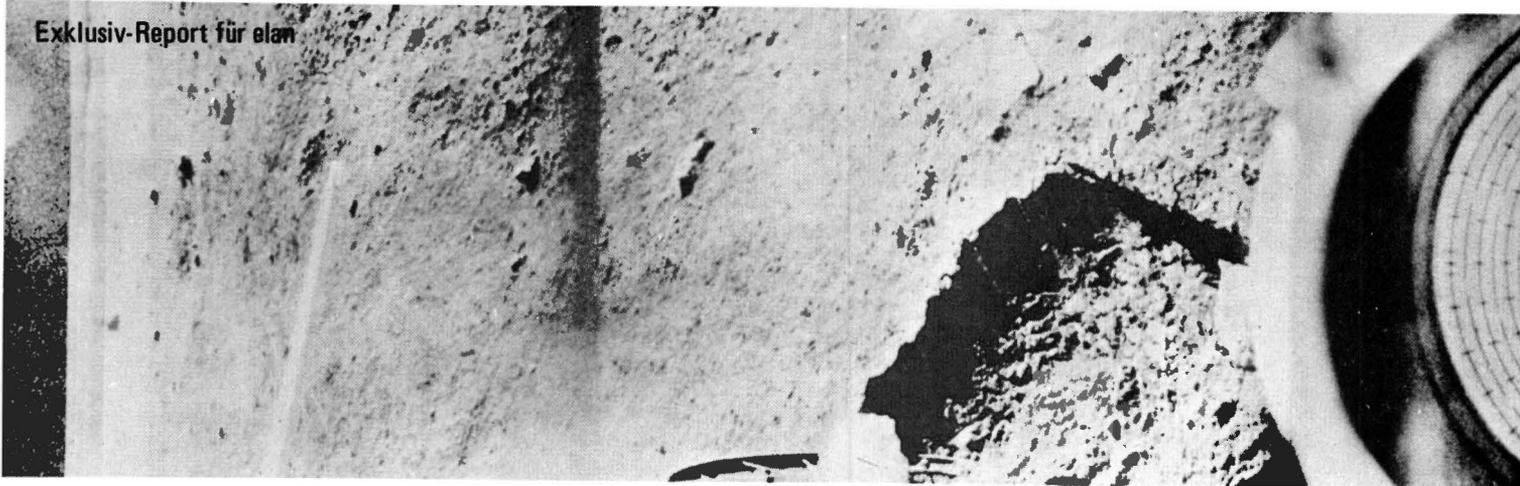
Einem Teil unserer Ausgabe liegt eine Werbeschrift der Studentenreisen-GmbH bei. Wir bitten um Beachtung

Fotos:

apn (5), Cl (1), dpa (2), Düx (1), Harmel (1), Jage (1), Poweleit (1), Rose (8), Rosenbach (1), ZB (1), Zint (1).

Titelfoto:

Gunter Zint



Was haben die Russen

Am 12. April sind es zehn Jahre her, daß mit dem sowjetischen Kosmonauten Juri Gagarin erstmals ein Mensch in den kosmischen Raum vorstieß. Mehr als dreizehn Jahre sind inzwischen vergangen, seitdem die Sowjetunion das Zeitalter der Raumfahrt am 4. Oktober 1957 mit dem Start von Sputnik 1 eröffnete.

Unbeeindruckt von den spektakulären bemannten Mondflügen der USA setzen sowjetische Wissenschaftler, Techniker und Kosmonauten ihr langfristiges Programm zur Erforschung des Weltraums fort. Luna 16 holte vom Mond automatisch Material und brachte es in die sowjetischen Laboratorien. Am 17. November 1970, um 9.28 Uhr Moskauer Zeit, rollte von der Station Luna 17 der automatische Forschungsapparat Lunochod 1 auf die Mondoberfläche hinab. Das Mondauto ist seitdem mit der Untersuchung des Mondbodens und der kosmischen Strahlung sowie mit Fernmessungen und Fernsehaufzeichnungen beschäftigt – nur unterbrochen von den Mondnächten. Aus einer Entfernung von nahezu 400.000 Kilometern von der Erde gesteuert, befährt Lunochod den Mond. Die präzise Arbeit des

Mondfahrzeuges ist ein wahrer Triumph der Automatik.

Was haben die Sowjets im Weltraum vor?

Dieser Frage wollten wir nachgehen. In einem zweiteiligen Report nehmen Wissenschaftler aus der UdSSR und der DDR exklusiv für elan Stellung.

Schon jetzt ist klar: Neue Großtaten der sowjetischen Raumfahrt kündigen sich an. Dr. Ing. Alexander Serow lüftet den Schleier des Geheimnisses um die Zukunft der sowjetischen Raumfahrt, wenn er in seinem über die Presseagentur Nowosti (APN) übermittelten Exklusiv-Beitrag für elan die Prognose wagt: „Nach dem Mondflug wird der Mensch den Mars besuchen. Der Weg zum Mars führt über Erdaußenstationen und möglicherweise bemannte Mondbasen. Automaten werden dem Menschen den Weg zum Mars bahnen.“ Der sowjetische Wissenschaftler erläutert in diesem Beitrag die Bedeutung von Automaten wie Lunochod für die Raumfahrt. Karl-Heinz Neumann, Leiter der Satellitenbeobachtungsstation der Zeitung „Junge Welt“ in Berlin/DDR, den Stand und die Tendenzen der Entwicklung der Raumfahrt und Raumforschung.

Dr. Ing. Alexander Serow (UdSSR):

Erfolgreicher Einsatz von Automaten

Das sowjetische Mondfahrzeug „Lunochod-1“ steht seit nunmehr viereinhalb Monaten im Einsatz. Während dieser Zeit wurde die Einsatzfähigkeit dieses völlig neuartigen Instruments zur Erforschung von Himmelskörpern unter Beweis gestellt. Die theoretischen Voraussetzungen, von denen bei der Entwicklung beweglicher Mondautomaten ausgegangen wurde, haben sich bestätigt. Es wurden Wege zur weiteren Vervollkommnung der Bordsysteme erkannt.

Die Ergebnisse des Forschungsprogramms dürfen ebenfalls als durchaus zufriedenstel-

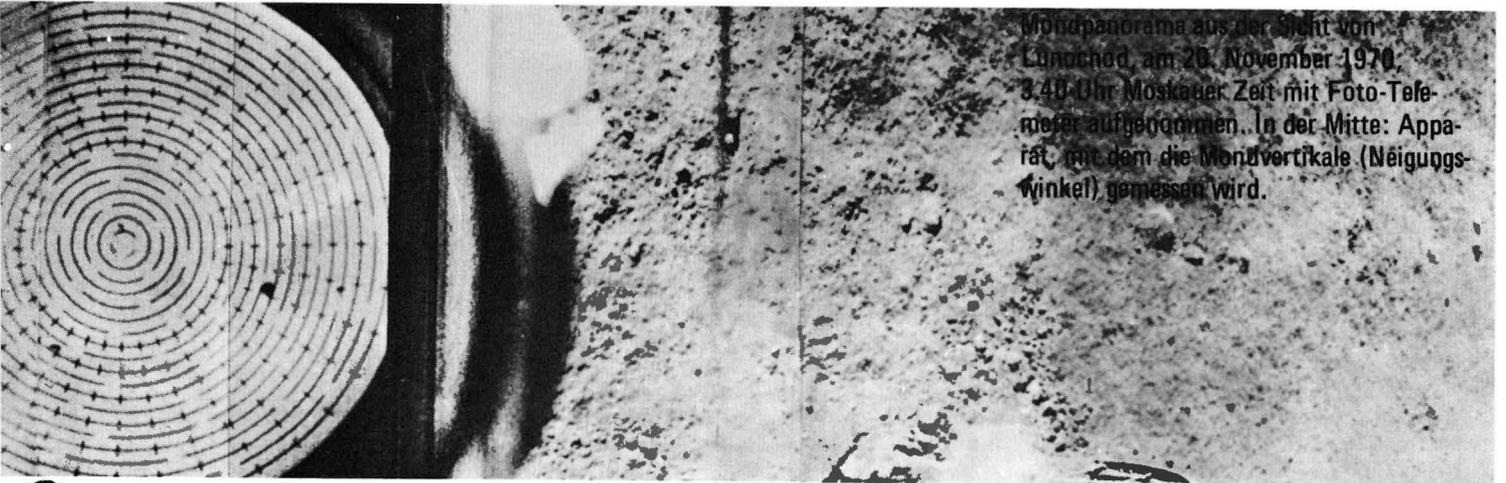
lend betrachtet werden. Dem Röntgenteleskop an Bord von „Lunochod-1“ verdanken wir wichtige Informationen über die kosmische Röntgenstrahlung. Dank den eigenartigen Verhältnissen, unter denen das Mondfahrzeug arbeitet, ist die Empfindlichkeit des Röntgenteleskops etwa zehnmal so hoch wie bei ähnlichen Untersuchungen mit Raketen sonden. Das ist ein großer Vorzug!

Landvermessung per Mondauto

Ein anderes wichtiges Experiment ist die Laserortung des Mondes. Regelmäßige Präzisionsmessungen der Entfernung zwischen zwei Punkten an der Mond- und an der Erdoberfläche sind zur Präzisierung der Mondbewegungstheorie und der Besonderheiten der Mondvibration sowie zum Studium der Driftbewegung von Erdkontinenten und der Bewegung der Erdpole unent-

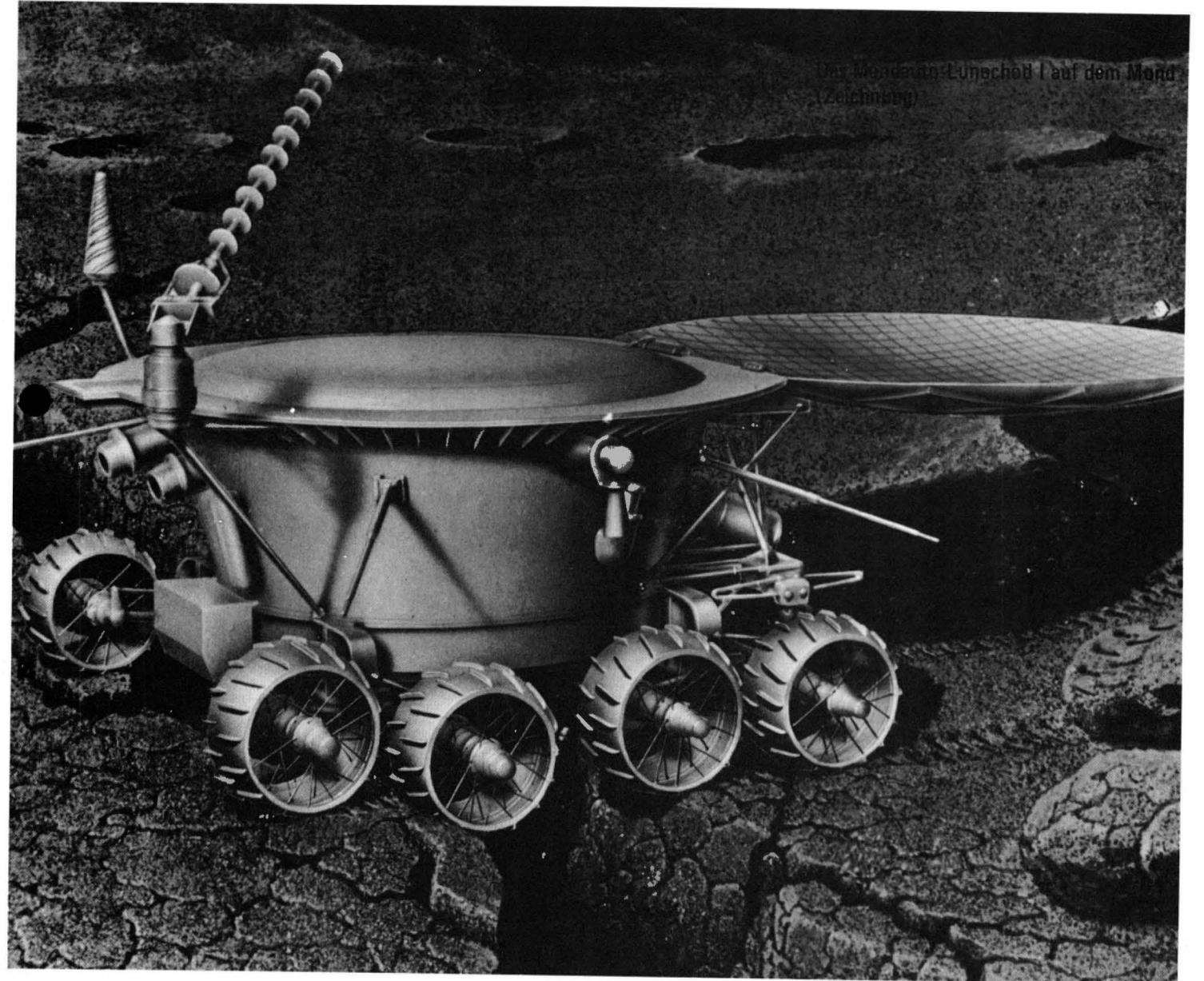
behrlich. Alle diese Untersuchungen verlangen viel Zeit und müssen mehrmals wiederholt werden. Es besteht in der Zukunft die Möglichkeit, auf dem Mond ein Netz von Laserreflektoren zu errichten. Mit dieser Aufgabe sollte man hauptsächlich Automaten beauftragen, denn es ist so gut wie unmöglich, die Reflektoren mit einem bemannten Raumflugkörper zu allen Gebieten der Mondoberfläche zu befördern, in denen sie aufgestellt werden müßten.

Bemerkenswerte Ergebnisse wurden mit den Apparaten zur Messung der Kennwerte und der Intensität der von der Sonne und aus der Galaxis kommenden Höhenstrahlen, ihres Spektrums, ihrer Richtung usw. erzielt. Es sei hier festgestellt, daß in den Arbeitsperioden von „Lunochod-1“ mit keinen besonders starken Sonneneruptionen gerechnet wurde. In der ersten Dezem-



Mondpanorama aus der Sicht von Lünchod, am 20. November 1970, 3.40 Uhr Moskauer Zeit mit Foto-Telemerer aufgenommen. In der Mitte: Apparat, mit dem die Mondvertikale (Neigungswinkel) gemessen wird.

mit dem Weltraum vor?



Das Mondauto Lünchod I auf dem Mond (Zeichnung)

berhäufte kam es jedoch zu einer sehr heftigen Sonneneruption, die durch Geräte auf der Erde, die Apparatur des Satelliten „Interkosmos“, Geräte von „Lunochod-1“ und – was besonders wichtig ist – die sowjetische Planetensonde „Venus-7“ registriert wurde, die sich zu diesem Zeitpunkt im Anflug auf den „Morgenstern“ befand. Eine derartige „Verteilung“ der Meßgeräte über einen mehr als 60 Millionen Kilometer weiten Raum gab die Möglichkeit, Besonderheiten bei der Verbreitung von Eruptionsprodukten im interplanetaren Raum richtig einzuschätzen.

Schließlich sammelte „Lunochod-1“ während seiner Fahrt umfangreiches statistisches Material über die Beschaffenheit der Mondkrater und andere Besonderheiten des Mondreliefs. Es wurden auch Daten über die chemische Zusammensetzung des Mondbodens erhalten. Diese Informationen sind sowohl für die Mondforschung als auch für die Entwicklung der nächsten Generation von Mond- und Raumflugkörpern von großer Bedeutung.

Keine Mondforschung ohne Automaten

Welcher Art werden nun diese Apparate sein?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst die Aufgaben prüfen, die die Menschheit zur weiteren Erkenntnis und Nutzung des Mondes zu lösen hat.

Bisher bezog sich die gesamte Information über den Mond, die durch Direktmessungen seiner Oberfläche gewonnen wurde, auf die sogenannten „Seegebiete“. Die Mondkontinente konnten wir nur aufgrund der Untersuchungsergebnisse und durch künstliche Satelliten gemachten Fotos sowie durch Extrapolation der Daten über die „Seegebiete“ beurteilen. Die wahren Daten können sich jedoch sehr erheblich von der Extrapolation unterscheiden. Besonders starke Abweichungen sind in Gebieten zu erwarten, in denen vulkanische Aktivität verzeichnet wurde.

Daraus folgt, daß ein wirksames Mondforschungsprogramm ohne automatische Apparate undurchführbar ist. Es gibt noch einen anderen wichtigen Aspekt. Obwohl der Mond in den letzten Jahren intensiv erforscht wurde, lassen sich die Gebiete der Mondoberfläche, für welche durch Direktmessungen erzielte Daten vorliegen, buchstäblich an den Fingern abzählen. Natürlich reichen diese Informationen nicht einmal für eine oberflächliche Vorstellung über die als relativ gut erforscht geltenden „Seegebiete“ aus. „Gut erforscht“ ist ein Irrtum, der damit zusammenhängt, daß unser jetziges Wissen mit dem verglichen wird, was uns vor fünf Jahren, vor der „Luna-9“-Mondlandung, bekannt war. Legen wir aber die geologischen Kenntnisse über die Erde als Maß an, so können wir uns leicht überzeugen, daß das „Mondgepäck“

der Menschheit mehr als bescheiden ist. Um es zu ergänzen, ist nur eins erforderlich: Erforschung einer möglichst großen Anzahl von Mondgebieten, Sammlung statistischer Daten durch die Durchführung von gleichartigen (selbst sehr einfachen) Experimenten an verschiedenen Stellen der Mondoberfläche. Es liegt auf der Hand, daß es sinnlos wäre, bemannten Expeditionen ein derartiges Programm zu übertragen. Den Menschen soll man mit komplizierteren und einmaligen Untersuchungen beauftragen, deren Programm aufgrund der durch automatische Mittel gelieferten Informationen sorgfältig eingeplant sein müßte.

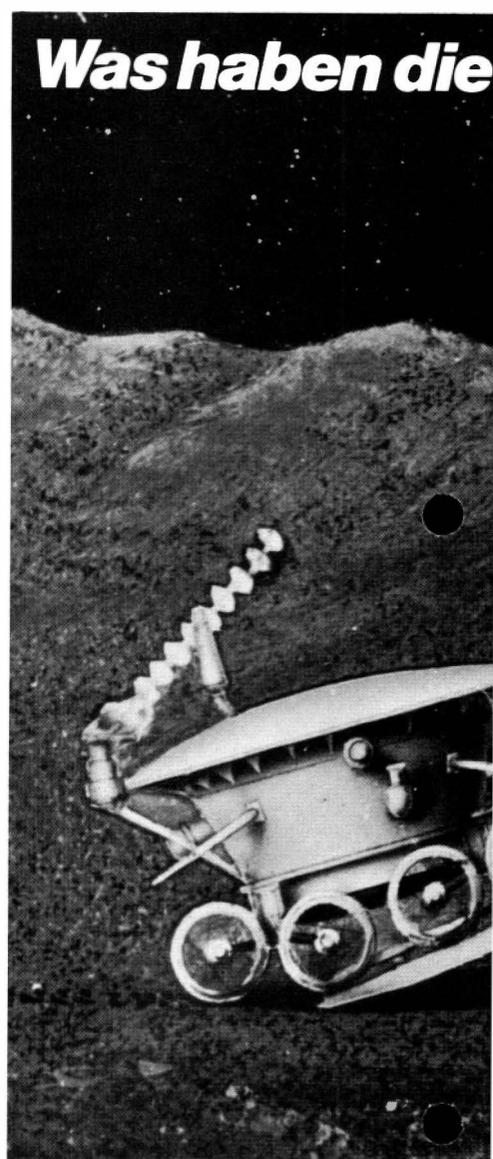
Schwere bodenständige automatische Mondstationen können in der gegenwärtigen Etappe ebenfalls kaum zu den erwünschten Ergebnissen führen. Zweifellos wird man sie brauchen, aber ihr Wirkungsbereich kann nie sehr groß sein. Es erscheint notwendig, das Versuchsprogramm für solche Stationen ebenfalls aufgrund der Analyse von Primärinformationen zusammenzustellen. Es dürfte also klar sein, daß das wirksamste Mittel zur Erweiterung unserer Kenntnisse über den Mond Mondfahrzeuge sind. Die Prüfung der Arbeitsergebnisse des ersten dieser Fahrzeuge zeigt, daß solche Geräte für die Fahrt in den „Seegebieten“ des Mondes ausreichend geländegängig sind. Offensichtlich wird „Lunochod“ aber auch in einem schwierigeren Gelände nicht versagen.

Der automatische Mondmöbelwagen

Die Ergebnisse werden besonders eindrucksvoll sein, wenn es gelingt, Automaten vom Typ „Luna-16“ und „Luna-17“ im Rahmen ein und desselben Programms einzusetzen. Diese Variante wurde bereits in der Presse erwähnt: Das Mondmobil sammelt während der Fahrt Gesteinsproben, fotografiert die bemerkenswertesten Objekte und verpackt dann die ganze Ausbeute in den Rückkehrapparat.

Von einer solchen, wenn auch schwierigen, „Symbiose“ dürfen wir uns viel versprechen.

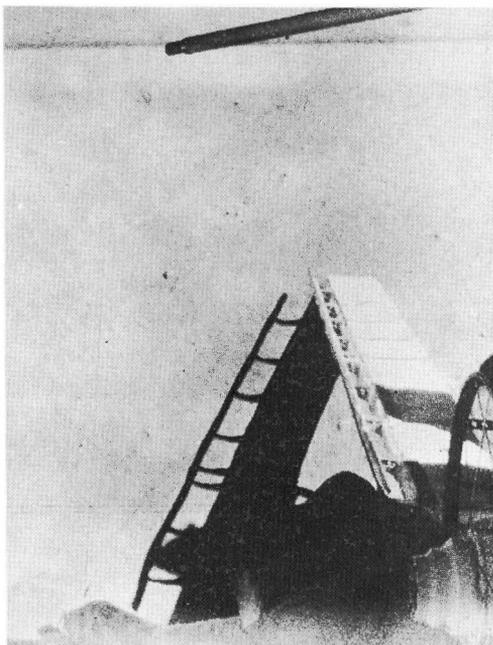
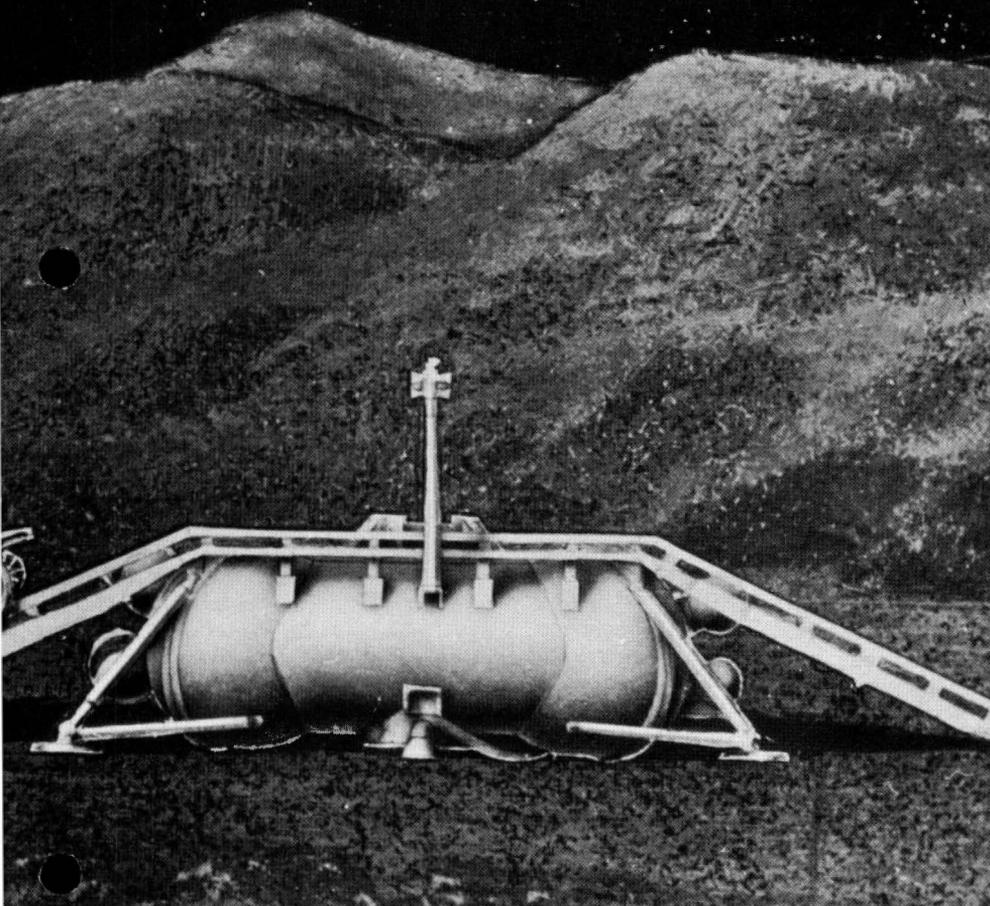
Bevor die Mondforschung mit beweglichen Geräten auf die Rückseite unseres natürlichen Trabanten ausgedehnt wird, müssen einige schwerwiegende Navigationsprobleme gelöst werden. „Lunochod-1“ wird bekanntlich von der Erde aus von einer fünf Mann starken Besatzung gelenkt. Damit „Lunochod“ außerhalb der Zone der direkten Erdsicht arbeiten kann, müßte man entweder Mond-Nachrichtensatelliten benutzen oder zur völlig autonomen Steuerung übergehen. Technisch könnte das Problem der autonomen Steuerung mit Hilfe von Video-Kontrollgeräten gelöst werden, die Informationen über die Geländebeschaffenheit auf der Fahrstrecke sammeln und einem Bordcomputer zur Auswertung dieser Informationen zuleiten würden. Ein



Am 17. November 1970: Luna 17 hat Lunochod I auf den Mond gebracht. Das Auto verläßt die Mondfähre Luna 17. Solche Mobile werden den Raumfahrern bei bemannten sowjetischen Flügen zum Mond und zu den Planeten die Arbeit erleichtern. (Zeichnung)

Lunochod I auf der Landefähre von Luna 17, bevor es auf die Mondoberfläche rollt. Das Foto wurde vom Bord-Foto-Telemeter des Mondautos aufgenommen. Deutlich ist die Mondoberfläche zu erkennen; oben: Antenne von Lunochod I.

Wissen mit dem Weltraum vor?



Was ist was?

Drift — Treibbewegung eines Körpers oder einer Masse

Laserreflektor — Gerät zur Erzeugung von Laserstrahlen; Laserstrahlen sind gebündelte, parallel verlaufende Lichtstrahlen.

Galaxis — Milchstraße; ein System eng beieinanderliegender Sterne, zu dem auch unser Sonnensystem gehört.

Sonneneruption — „Vulkan“-Ausbruch auf der Sonne, bei dem große Energien frei werden; sie erzeugen im erdnahen Raum eine verstärkte ultraviolette, für Kosmonauten lebensgefährliche Strahlung.

Extrapolation — ein bestimmtes Rechenverfahren, das besonders in der Astronomie verwendet wird.

Primärinformation — Direkte Information über einen Sachverhalt; sie muß nicht aus anderen Beobachtungen und Gesetzen hergeleitet werden.

Symbiose — „Lebensgemeinschaft“ von Organismen, die aufeinander angewiesen sind, um existieren zu können.

Navigation — Steuertechnik, Steuerung auf Grund vorheriger Feststellung des eigenen Standortes.

autonom — selbständig, unabhängig.

Asteroid — auch „Planetoid“ genannt. Zwischen Mars und Jupiter kreisen etwa 1500 dieser „Mini“-Planeten um die Sonne.

Trabant — oder auch: Satellit. Natürliche oder künstliche Planetenbegleiter. Die Erde hat einen natürlichen (den Mond), der Mars z. B. zwei.

solches kompliziertes System wird zur Lösung einer Anzahl interessanter Aufgaben unentbehrlich sein. Sogar in der Zone der direkten Funksicht würde bei einem autonomen Steuerungssystem die Fahrgeschwindigkeit des Mondmobils beträchtlich zunehmen können.

In Zukunft werden bemannte Mondexpeditionen oder bemannte Mondstationen wahrscheinlich derartige Verkehrsmittel mitführen, damit die Kosmonauten durch die Steuerung nicht allzusehr in Anspruch genommen werden.

Auch auf dem Mars: Sowjetautos

Auch für unbemannte Marsfahrzeuge wird ein autonomes Lenksystem absolut unentbehrlich sein. Die Funkwelle braucht nämlich für den Flug zum Mars und zurück zur Erde mindestens sieben Minuten. Wollte man ein Marsmobil von der Erde aus lenken, so müßte es natürlich dicht in der Nähe der „einsehbaren“ Landungsstelle bleiben, und das ganze Forschungsprogramm wäre ziemlich wirkungslos.

Bei anderen Himmelskörpern werden im Prinzip die gleichen Anforderungen wie beim Mars gestellt. Allerdings ist die „Auswahl“ nicht groß: Merkur, Venus, größere Satelliten der Riesenplaneten und größere Asteroiden. Kleinere Planetensatelliten wie Phobos oder kleine Asteroiden wie Hermes sind für Radschlepper von der Art des „Lunochod“ nicht der geeignete „Fahrplatz“. Zum Unterschied von den großen Planeten und Satelliten haben nämlich die kleinen Himmelskörper in der Regel ein stark durchschnittenes Gelände. Auch unterscheidet sich ihre Form stark von der Sphäre.

Bei der Entwicklung von beweglichen Apparaten für Venuseinsatz müssen sich die Konstrukteure neben den bereits erwähnten noch auf andere Schwierigkeiten gefaßt machen. Es handelt sich um den hohen Druck und die hohe Temperatur an der Oberfläche dieses Planeten.

Für andere Planeten würde ich folgende Prognose wagen. Nach dem Mond wird der Mensch den Mars besuchen. Der Weg zum Mars führt über Erdaußenstationen und möglicherweise bemannte Mondbasen. Aber der Mars wird schon lange vor der ersten bemannten Landung durch automatische Geräte gründlich erforscht sein. Automaten werden dem Menschen den Weg zum Mars bahnen.

Außer dem Mars und dem Mond sind für bemannte Expeditionen der Merkur, Asteroiden und die Trabanten einiger Planeten zugänglich. Die äußeren und die Riesenplaneten eignen sich für die bemannte Landung ebensowenig wie die Venus. Deshalb können Planeten des Sonnensystems in absehbarer Zukunft nur mit Automaten erforscht werden. ■

Karl-Heinz Neumann (DDR):

1957: Der Sputnik-Schock

Der erste sowjetische Sputnik löste bei den herrschenden Kreisen und den „Raumfahrtexperten“ der USA den, wie sie selbst vielfach äußerten, „Sputnik-Schock“ aus. Da schon zu dieser Zeit ersichtlich war, daß die Vanguard-Rakete keine großen Hoffnungen versprach, beeilte man sich, eine militärische Kurzstreckenrakete mit der Bezeichnung Redstone für den Start des ersten amerikanischen Satelliten umzurüsten. Als Oberstufen wurden Bündel von Feststoffraketen benutzt, die ebenfalls bereits zu dieser Zeit einsatzsicher waren.

Der zweite sogenannte Schock für die USA war der Raumflug Juri Gagarins. Dieser erste Menschenflug führte dazu, daß der damalige Präsident John F. Kennedy das sogenannte Nationale Raumfahrtprogramm der USA verkündete. Dieses sah vor, bis zum Jahre 1970 einen Amerikaner zum Mond und wieder zur Erde zurückzubringen. Dieses damals festgelegte Programm sollte das Prestige dieses Landes wieder heben. Schon im Jahre 1961 war dieses Prestige der USA stark angeschlagen. Erinnert sei dabei nur an die fehlgeschlagene Invasion in Kuba, das Debakel in der Schweinebucht. Heute ist dieses Prestige völlig zerstört, infolge der Indochina-Aggression.

Durch das Nationale Raumfahrtprogramm war die Hauptentwicklungsrichtung der amerikanischen Raumfahrt in eine ganz bestimmte Linie gepreßt worden. Daß diese Entwicklungslinie nicht diejenige war, bei der mit geringstem Aufwand der größte Nutzen zu erreichen ist, zeigte sich in den letzten 10 Jahren in immer deutlicherem Maße. Dieses Apollo-Programm verschlang von 1961 an jährlich bis zu 70 Prozent des gesamten zivilen Raumfahrtbudgets der NASA. Bis zur ersten Mondlandung von



Armstrong und Aldrin waren allein für das Apollo-Projekt 25 Milliarden Dollar ausgegeben worden. Viele andere Projekte wurden gekürzt, zurückgestellt oder gestrichen.

Apollo – und nichts weiter. . .

Begleiterscheinung des Apollo-Programms war aber, daß nun in der weiteren Entwicklung der amerikanischen Raumfahrt eine Lücke entstand. Nur noch drei Apollo-Mondflüge werden stattfinden. Die Produktion der speziell hierfür entwickelten Superrakete Saturn 5 ist nach 20 Exemplaren eingestellt worden. Aus finanziellen Gründen müssen die USA wieder auf weniger kostenaufwendige Raketen in der Raumfahrtentwicklung zurückgreifen. Erkennt haben auch die führenden Raumfahrtfachleute, daß der Menschenflug zum Mond zwar in der Welt ein großes Aufsehen erregen kann, daß aber die dafür notwendigen Kosten in keinem Verhältnis zu dem Nutzen stehen. Deshalb wurden einige der Saturn 5-Raketen bereits für eine andere Zielstellung, nämlich den Aufbau

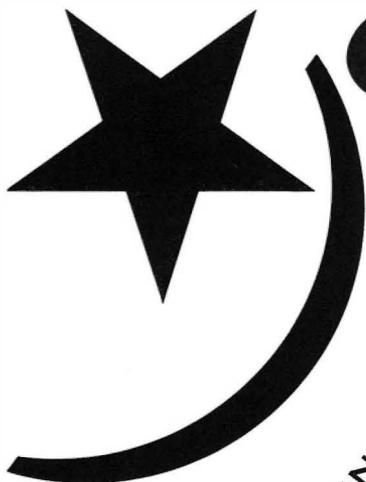
einer experimentellen Raumstation für das Jahr 1973 abgezweigt. Führende Fachleute der USA haben erkannt, daß der von der Sowjetunion gewählte Weg in der Raumfahrtentwicklung doch der günstigere und nutzbringendere ist.

Der Plan der Sowjetunion

Die Sowjetunion ging in der Raumfahrtentwicklung absolut planmäßig vor, wobei für die einzelnen Unternehmen nicht bestimmte Prestigefragen ausschlaggebend waren. Vielmehr war jedes Raumfahrtunternehmen so angelegt, daß unter Nutzung der beherrschten Technik ein Maximum an wissenschaftlichen Informationen zu erzielen ist. Außerdem baute jeweils ein Unternehmen auf Erfahrungen des vorangegangenen auf.

In den ersten Jahren der Raumfahrtentwicklung waren es jährlich nur relativ wenige einzelne Starts, die erfolgten. 1957/58 waren es drei Sputniks. Der erste stellte einen Testflugkörper dar. Der zweite führte neben wissenschaftlichen Untersuchungen erste biologische Experimente mit der Polarhündin Laika aus. Der dritte Sputnik mit bereits fast 1,5 Tonnen Masse, stellte ein umfangreiches physikalisches Laboratorium dar, mit dem erste Messungen der physikalischen Parameter des erdnahen kosmischen Raumes erfolgten. Fast zwei Jahre arbeitete die Sendeanlage dieses Satelliten.

Das Jahr 1959 war gekennzeichnet durch drei Mondflugunternehmungen der Sowjetunion. Während Luna 1 den Raum zwischen Erde und Mond und den Raum in der Nähe des Mondes bezüglich der physikalischen Parameter untersuchte, wurde Luna 2 bis zur Mondoberfläche hingeführt. Die Meßinstrumente waren bis zum Moment des Aufschlags in Tätigkeit. Damit



GESTALTEN
WIR
SEZEN & DRUCKEN
PLAKATE
BROSCHÜREN
PROSPEKTE
KATALOGE
ZEITSCHRIFTEN
BÜCHER
BRIEFBOGEN

HOSCH GMBH
OFFSETDRUCK
WERBEGRAFIK
FRANKFURT
AM MAIN
HEDDERNHEIMER
LANDSTR. 78A
TELEFON

0611/571051

ließen sich die Verhältnisse im mondernen Raum erst einmal grundsätzlich untersuchen. Der dritte Mondflugkörper, Luna 3, dagegen hatte die Aufgabe, den Mond in einem weiten Bogen zu umfliegen (wobei die Gravitation des Mondes zu dieser Bahnänderung ausgenutzt wurde). Luna 3 lieferte die ersten Bilder von der Rückseite unseres natürlichen Trabanten Mond.

Das Jahr 1960 und die ersten Monate des Jahres 1961 waren der direkten Vorbereitung des Menschenfluges gewidmet. Fünf unbemannte Raumschiffe wurden in diesem Zeitraum von der Sowjetunion gestartet, dann folgte der erste Menschenflug.

Vom Jahre 1962 an begann die sowjetische Raumfahrt in immer stärker werdendem Maße komplexen Charakter anzunehmen. Mit dem Start des ersten Satelliten der Kosmos-Serie am 16. März 1962 war der Auftakt für die intensive, umfassende und detaillierte Erforschung des erdnahen kosmischen Raumes gegeben worden. Fast 400 derartige Satelliten sind bis zum heutigen Tage gestartet worden.

Aus dieser Serie gingen außerdem weitere neue Raumschiffstypen hervor. So das mehrsitzige Raumschiff Woßhod, mit dem am 12. Oktober 1964 erstmalig drei Kosmonauten (zwei davon Wissenschaftler) die Erde umkreisten und aus dem am 18. März 1965 erstmalig ein Mensch durch eine Luftschleuse sein Raumschiff verließ. Es war der sowjetische Kosmonaut Alexej Leonow.

Auch die heute verwendeten Sojus-Raumschiffe haben zahlreiche unbemannte Vorgänger in der Kosmos-Serie. Die Koppelung von zwei Raumflugkörpern in der Umlaufbahn wurde – bevor Menschen sie ausführten – durch die Satelliten Kosmos 186 und 212 und 213 realisiert. Auch die Sojus-Raumschiffe haben also ihre Vorläufer in dieser Serie.

Auch diejenigen Satelliten, die heute zum

praktischen Nutzen eingesetzt werden, wurden experimentell in der Kosmos-Serie erprobt. Es sind dies einmal die Wetterbeobachtungssatelliten, die jetzt die Bezeichnung Meteor tragen, und zum anderen die aktiven Nachrichtensatelliten für Funk-, Fernseh- und Informationsübermittlung der Serie Molnija 1.

Zunächst Raumstation...

Die Entwicklung der bemannten Raumfahrt der Sowjetunion zielt, wie seit einigen Jahren deutlich wird, auf den Aufbau einer bemannten Raumstation. Auf diesem Sektor der Raumfahrt ist jetzt der Zeitpunkt herangereift, bei dem der Einsatz des Menschen sinnvoll und nutzbringend wird. Die Vielzahl der Kosmos-Satelliten dient der automatischen Untersuchung und Erforschung der vielfältigsten Probleme, die die Hochatmosphäre der Erde, das Geschehen auf der Erde sowie auch astronomische bzw. astrophysikalische Probleme betreffen. Die Haupt- und auch die Routinearbeit wird weiterhin diesen automatischen Laboratorien vorbehalten sein. Auf diesem Gebiet allerdings wird jetzt der Einsatz des Menschen in Raumstationen lohnend. Die Sojus-Unternehmungen der letzten Jahre waren notwendige technisch-wissenschaftliche und medizinisch-biologische Vorarbeiten.

Daneben liefen Entwicklungen für die Erforschung unserer Nachbarplaneten. Die Sowjetunion konzentrierte sich dabei vor allem auf den bisher rätselhaftesten Planeten Venus. Am 12. Februar 1961 bereits startete die erste Venus-Sonde Venus 7 – genauer gesagt der Instrumentenbehälter – erreichte am 15. Dezember 1970 die Oberfläche und sendete erstmalig direkte Meßwerte dieses heißen Planeten zur Erde.

Daneben wurde der Erforschung des Mondes ebenfalls große Aufmerksamkeit gewid-

met. Die sowjetische Sonde 3 lieferte im August 1965 weitere Bilder von der Mondrückseite, wobei hier nun auch das Gebiet erfaßt wurde, welches von Luna 3 1959 nicht aufgenommen werden konnte. Am 3. Februar 1966 gelang es erstmalig, eine betriebsfähige Instrumentenkapsel weich auf der Oberfläche unseres natürlichen Trabanten zu landen (Luna 9). Damit erhielt die Wissenschaft erstmalig Feinstrukturbilder der Mondoberfläche mit Details herab bis zu Millimetergröße. Es folgten weiterhin die ersten künstlichen Satelliten des Mondes.

... dann Menschenflug

Vom Jahre 1968 an, beginnend mit Sonde 5, waren Raumflugkörper im Einsatz, die den Mond umflogen, zahlreiche Fotos machten, Meßwerte sammelten und dann wieder auf der Erde landeten. Der nächste wesentliche Schritt war das Unternehmen Luna 16: Mit Hilfe eines automatischen Gerätes wurde nach der weichen Landung Mondmaterial entnommen und dieses ebenfalls wieder automatisch in die irdischen Laboratorien der sowjetischen Wissenschaftler gebracht. Luna 17 schließlich transportierte ein von Wissenschaftlern auf der Erde ferngelenktes Fahrzeug auf den Mond. Die führenden Wissenschaftler bestimmen die Forschungsaufgaben dieses Mondfahrzeuges aus einer Entfernung von rund 400.000 km.

Lunochod 1 wird nicht das einzige Mondforschungsfahrzeug bleiben. Auch Planetochods werden folgen. Erst dann, wenn die Hauptforschungsarbeit durch unbemannte ferngelenkte Laboratorien vollbracht ist, dann also, wenn der Einsatz des Menschen einen höheren Nutzen verspricht als der von Automaten, werden auch sowjetische Kosmonauten zum Mond und später zu den anderen Planeten fliegen. ■

Es gibt viele Platten...

(Schnulzen, Schlager, Schieber, Schaurige, Schlechte, Schadhafte, Schrullige, Schrilte, Schräge, Sch... etc.)

Sie werden meistens nur einmal gespielt und dann verstauben sie.

Unser Angebot ist da ganz anders:

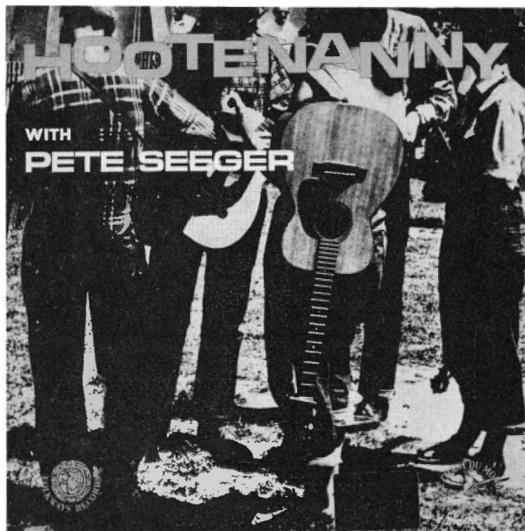
Revolutionäre Lieder und Folklore aus aller Welt

(Sie sollten den Gesamtkatalog bei uns schnellstens bestellen!)

Eine Kostprobe als Platte des Monats:

Hootenanny
mit Pete Seeger

(Sollten Sie diese Platte bis zum 30. 4. 71 bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von 18,— DM.)



Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten

46 Dortmund
Brüderweg 16

1971



Jahr der

Aktionen gegen Rechts

IG Druck und Papier-Bundesjugendkonferenz

Die erste Bundesjugendkonferenz einer DGB-Gewerkschaft im Jahr der arbeitenden Jugend setzte Maßstäbe. 17 000 jugendliche Mitglieder wurden durch die 70 Delegierten der 4. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier vertreten, die vom 12. — 14. März in Springen im Taunus stattfand.

Mit großem Engagement verabschiedeten die Delegierten eine Liste von Forderungen, die den Einfluß der Jugendvertretungen im Betrieb stärken sollen. Im Hinblick auf die anstehende Verabschiedung eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes durch den Bundestag kommt diesen Forderungen eine verstärkte Bedeutung zu: sind doch die Forderungen der Gewerkschaften in der Regierungsvorlage kaum berücksichtigt. Die Delegierten lehnten alle Bestrebungen ab, die betrieblichen Vertretungen der Belegschaften an ein angebliches „Gemeinwohl“ oder eine „Friedenspflicht“ zu binden.

Ferner wurde eine Neufassung des Berufsbildungsgesetzes gefordert, in der endlich die Forderungen der Gewerkschaftsjugend verwirklicht werden. Außerdem wurden Forderungen zu einer Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes erhoben. Hier einige Forderungen:

- Verbot der Beschäftigung Jugendlicher unter 18 Jahren außerhalb von Ausbildungsverhältnissen,
- Mitbestimmungs- und Veto-rechte der Gewerkschaften bei der personellen Besetzung und Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsämter,
- Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die nicht mehr der Kontrolle der Industrie- und Handelskammer unterstehen,
- Schaffung einer einheitlichen, mindestens zehnjährigen integrierten Gesamtschule mit polytechnischem Unterricht für alle Jugendlichen, dazu noch

- Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre sowie
- Prozenttarif für Lehrlinge und
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit bereits im ersten Gehilfenjahr.

Einstimmig verurteilten die Delegierten einen Bevormundungsversuch des Hauptvorstandes ihrer Gewerkschaft, der es dem Bundesjugendausschuß verboten hatte, zum Kongreß Vertreter der SDAJ als Gäste einzuladen. Sie verlangten außerdem in Satzungsänderungsanträgen an den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier eine größere Selbständigkeit der jungen Gewerkschafter.

Eine Reihe von Anträgen und Resolutionen behandelte gesellschaftspolitische Probleme.

So forderten die Delegierten die Schaffung eines demokratischen Miet- und Bodenrechtes und die Beseitigung jenes „kriminellen Verhältnisses“, das 1,7 Prozent der privaten Haushalte der Bundesrepublik 70 Prozent des gesamten Produktivvermögens garantiert.

Die 4. Bundesjugendkonferenz begrüßte die Verträge von Moskau und Warschau und forderte ihre „baldige Ratifizierung“. Verurteilt wurden „CSU, CDU, NLA, FDP und die reaktionären Kräfte in der SPD“, die bisher eine Ratifizierung der Verträge verhinderten.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung bedauerten es die Delegierten, „daß der Antikommunismus selbst in Beschlüssen der SPD wieder lebendig“ geworden sei. Sie wiesen ferner auf die Gefahr des Rechtskartells hin und warnten vor jeder Verharmlosung der Reaktion: „Der Feind steht rechts! Weiter: „Nur ein Aktionsbündnis aller demokratischen Kräfte kann uns ein zweites 1933 ersparen. Wir fordern alle demokratischen Organisationen auf, sich diesem Aktionsbündnis trotz gegenteiliger politischer Auffassungen anzuschließen.“

desjugendkonferenz '71 der Ig. druck 'politisch denken - selbst lenken



Kongreß „Arbeiterjugend contra Monopole“

elan sprach mit einem der Initiatoren

Jugendvertreter, Jugendvertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsjugendfunktionäre haben die Initiative zum Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ ergriffen. Einer ist Norbert Hüwel, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund. Von ihm wollten wir wissen, was von dem Kongreß zu erwarten ist.

elan: Wer unterstützt den Kongreß und wann und wo soll er durchgeführt werden?

Norbert Hüwel: Bis jetzt haben weit über hundert Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre den Aufruf zum Kongreß unterschrieben. Unterstützt werden wir auch von der Naturfreundejugend, Landesverbände Rheinland, Baden und Saar sowie der SDAJ.

Der Kongreß soll am 22./23. Mai 1971 in einer Stadt des Ruhrgebietes stattfinden.

elan: Wer kann am Kongreß teilnehmen?

Norbert Hüwel: An diesem Kongreß sollen besonders Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute teilnehmen. Für uns ist ganz klar, daß der Kongreß offen ist für die Arbeiterjugend, aber geschlossen ist für alle Grüppchen, die nur die gemeinsame Aktion verhindern wollen.

elan: Wie sieht die Vorbereitung des Kongresses aus?

Norbert Hüwel: Kollegen aus allen Teilen der Bundesrepublik haben örtliche Aktionen für bessere Berufsausbildung und für das Mitbestimmungsrecht der

arbeitenden Jugend

Jugendvertreter angekündigt. Außerdem werben wir um weitere Unterzeichner für den Aufruf.

elan: Wie wird der Kongreß ablaufen?

Norbert Hüwel: Was die Organisation betrifft, sind wir noch bis in alle Einzelheiten gegangen. Das beschließen wir im Initiatorenkreis. Was den Inhalt betrifft, sollte es meiner Meinung nach um drei Schwerpunkte gehen: Kampf für ein neues, besseres Berufsbildungsgesetz; Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Jugendvertreter; Lehrlingsentlohnung. Wir werden dabei die Schuldigen beim Namen nennen. Unser Kongreß richtet sich gegen die Reichsten der Reichen, gegen die Mächtigen der großen Konzerne.

elan: An wen muß man sich wenden, wenn man weitere Fragen hat, oder den Aufruf unterstützen will?

Norbert Hüwel: Wir sind erreichbar über die Adresse unseres Kollegen Rainer Deutschendorf, 437 Marl, Kampstraße 38.

Norbert Hüwel: Wir sind erreichbar über die Adresse unseres Kollegen Rainer Deutschendorf, 437 Marl, Kampstraße 38.

Lehrlings-Pressespiegel

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Schluß mit dem alten Mief - Prozenttarif

Diese Losung hielten Lehrlinge der BASF und anderer Chemiebetriebe ihren Bossen (Timm und Co.) entgegen.

Es geht darum, daß Lehrlinge einen prozentualen Anteil vom Lohn des Facharbeiters erhalten sollen, und zwar

im 1. Lehrjahr	60%
im 2. Lehrjahr	70%
im 3. Lehrjahr	80%

Das ist die Forderung der IG Chemie und der SDAJ.

Folglich würde bei jeder Lohnerhöhung auch das Lehrlingsentgelt steigen!

Doch dagegen wehren sich die Bosse. Sie befürchten, den „billigen Hilfsarbeiter“ Lehrling jetzt teuer bezahlen zu müssen! Sie wollen die sogenannte „Ausbildungsbeihilfe“ beibehalten. Die Lehrlinge kontern mit Losungen wie: „Auch wenn Timm sich querstellt — Prozenttarif und kein Lehrgeld“ und „Wenn der Timm nicht zahlen will, legen wir die Arbeit still.“

Aus: „Der rote Wecker“, Offenbach, Nr. 1/71.

DGB-Lehrlingstreffen in Itzehoe

Itzehoer Lehrlinge haben die Initiative ergriffen.

Ende Oktober 1970 tagten im Haus der Jugend die Kreisjugenddelegierten der im DGB vertretenen Gewerkschaften. Die Delegierten diskutierten über Probleme der Lehrlingsausbildung und über Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der Lehrlinge im Kreis Steinburg.

Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, ein DGB-Lehrlingszentrum zu gründen. An jedem Mittwoch treffen sich um 19.30 Uhr in der Ritterstraße 14 (DGB-Haus) Lehrlinge, die gemeinsam bestehende Übel in der Lehrlingsausbildung abstellen wollen. Hier haben organisierte und unorganisierte (die soll es auch noch ge-

ben) Lehrlinge die Möglichkeit, gemeinsam Aktionen gegen diese Ausbildung zu führen, sich über ihre Rechte zu informieren und gemeinsam Probleme zu besprechen. Wir wollen mit allen fortschrittlichen Kräften, die bereit sind, sich für die Lehrlinge einzusetzen, zusammenarbeiten. Nachdem wir uns mit den bestehenden Gesetzen beschäftigt haben, sollen im Januar Aktionen folgen. Wir bitten alle Kollegen, kommt zum Lehrlingszentrum und arbeitet mit uns zusammen! Stärkt durch euren Gewerkschaftseintritt die Organisation!

Wir können gemeinsam unsere Lage verbessern und gegen Unternehmerwillkür vorgehen.

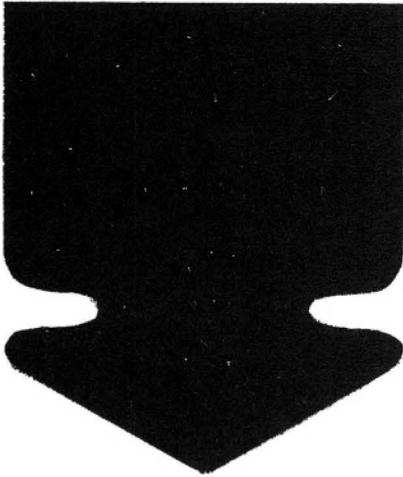
Aus: „Der Stift“, Itzehoe, Nr. 3/71

Früh wird getrimmt, wer gehorchen soll

Es ist einfach rührend, wie besorgt die Betriebsleitung über unsere Gesundheit und Konzentrationsfähigkeit wacht. Wir dürfen in der Lehrwerkstatt nur während der Pausen und dann auch nur an bestimmten Stellen rauchen. Die Herren Ausbilder scheinen aber nicht über eine so labile Gesundheit wie wir Lehrlinge zu verfügen, denn sie rauchen munter weiter — und das überall. Es wäre vielleicht angebracht, die Ausbilder in die umfassende Fürsorge mit einzubeziehen. Es geht den VW-Bossen aber nicht um unsere Gesundheit und um unser Wohlbefinden. Das Erlassen von Verboten ist schon seit eh ein Mittel der Herrschenden, uns zu disziplinieren, uns unmündig zu halten. Wir sollen gehorchen lernen, daher diese unsinnigen Verbote. Denn die Bosse können keine selbständig denkenden Arbeiter gebrauchen. Ihr Ausbildungsziel ist es, aus uns willige, gut funktionierende Fachidioten zu machen.

Aus: „Roter Buggy“, VW-Werk Baunatal, Nr. 1/71





Hans Jochen Michels
Wolfgang Pfeiffer
unter Mitarbeit von
Rechtsanwalt Dr.
Paul Matzner

Lehrlings- buch

60 Seiten, DM 2,—

Am Beispiel der Essener Lehrlingsgemeinschaft stellt das „Lehrlingsbuch“ Entstehung, Kampf und Kampfmethoden einer Lehrlingsgruppe dar — als Aufforderung zur Nachahmung. Am Beispiel des Hamburger-Arbeiterjugendgerichts, des Krupp-Tribunals und an ähnlichen Aktionen zeigt es, wie der Kampf der Arbeiterjugend gegen die Großkonzerne geführt werden kann und muß. Es zeigt, wie Solidarität und Einheit in der Aktion zum Erfolg führen.

Konsequent werden im „Lehrlingsbuch“ vom Standbuch der Arbeiterklasse und der marxistischen Theorie die Ursachen der Berufsausbildungs-Misere aufgedeckt und die wichtigsten Forderungen und Reformvorschläge untersucht.



Verlag
Marxistische
Blätter GmbH

6 Frankfurt/M Meisengasse 11

Aufruf zum Kongreß

Wir wenden uns an unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Büros, an die Lehrlinge, jungen Arbeiter und Angestellten. An die Jugendvertreter. An unsere jungen Gewerkschaftskollegen und Vertrauensleute. An die Berufsschulsprecher und Berufsschultagesprecher. An die Arbeiterjugendorganisationen und Lehrlingszentren — an alle, die mit uns den Kampf für unsere grundlegenden Rechte und gegen den Hauptfeind der Arbeiterjugend führen wollen.

Der Hauptfeind, das sind: die Reichsten der Reichen. Die Besitzer und Kommandeure der großen Konzerne und Banken. Die mit ihren Milliarden Politik machen und die dafür Ihre Strauß, Guttenberg und Pohle haben. Kurzum: die Monopole. Wir wenden uns an diejenigen, die nicht die Hände in den Schoß legen, die nicht auf ein „gütliches“ Schicksal oder auf Versprechungen bauen, sondern erkannt haben:

Wir müssen gemeinsam, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, Jungen und Mädchen, Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen, unsere Forderungen gegen die großen Bosse durchsetzen.

Im letzten Jahr haben Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, für bessere Berufsausbildung demonstriert; Tribunale gegen Großkonzerne organisiert; sind für Prozenttarif auf die Straße gegangen. Deshalb wird in der letzten Zeit viel über sie geredet. Die CDU löst mit lauten Worten auf ihrem Parteitag über die Verbesserung der Berufsausbildung. Am Ende kam heraus: nichts für die arbeitende und lernende Jugend, alles für die Unternehmer.

Die Bundesregierung legte dem Bundestag den Entwurf für ein „neues“ Betriebsverfassungsgesetz vor: von Mitbestimmung keine Spur! Das Großkapital kann mit dem Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes zufrieden sein, denn dieser Gesetzentwurf wird seine Herrschaft im Betrieb unangestastet lassen.

Bald wird das Berufsbildungsgesetz seinen 2. Geburtstag „feiern“ — für die Arbeiterjugend wird es eine Trauerfeier sein. Für alle Unternehmer ein Freudenfest. Denn dieses Gesetz ist ihr Instrument gegen unsere Interessen.

Die Jugendvertreter in den Betrieben sind nach wie vor von jeglicher Mitbestimmung ausgeschlossen. An der miserablen Berufsausbildung ist nichts besser, nichts demokratischer geworden. Nach wie vor werden wir Lehrlinge ausgebeutet und nicht ausgebildet. Nach wie vor werden wir betrogen, belogen, um unsere einfachsten Rechte geprellt.

Je offensichtlicher die rechtlose Situation der arbeitenden und lernenden Jugend wird, je mehr die Jugendlichen sich dagegen auflehnen, desto mehr versuchen die Monopole und die herrschenden Parteien uns Sand in die Augen zu streuen. Aber die Augen einfach zumachen — das ist keine Lösung.

Unsere Zukunft bestimmen nach wie vor die Unternehmer.

Wir machen da nicht mehr mit! Wir nennen die Hauptschuldigen beim Namen und führen den Kampf gegen sie: die Herren des Großkapitals, die Monopole, die Flicks, Abs, Thyssens — und wie sie sonst noch heißen. Sie sind die Hauptfeinde der Arbeiterjugend!

Wir sind für echte Reformen. Der Anfang muß sein:

- Schluß mit dem Geschwätz — jetzt ein neues Berufsbildungsgesetz!

- Wir lassen uns nicht länger trimmen — Jugendvertreter müssen endlich mitbestimmen!

- Butter bei den Fischen — Betriebsverfassungsgesetz vom Tisch!

- Das Übel bei der Wurzel packen — die Macht der Großkonzerne knacken!

- Vom Dach pfeifts jede Dohle — Schuld sind die Monopole!

Arbeiterjugend kontra Monopole

Wir rufen auf zu einem Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ am 22. und 23. Mai 1971. Und zwar dort, wo das Großkapital am dichtesten zusammenhockt: im Ruhrgebiet!

Die Herrschenden und ihre Parteien reden von der Bildungsmisere und von der Bildungsreform — von der Mitbestimmung! Aber ohne uns — und gegen uns! Wir meinen: diese Diskussion muß vor allen Dingen von der Arbeiterjugend geführt werden! Entscheidungen dürfen nicht länger gegen uns getroffen werden!

Darum unterzeichnet diesen Aufruf! Bereitet den Kongreß durch Aktionen in eurem Ort vor! Für ein neues Berufsbildungsgesetz! Für die Mitbestimmung der Jugendvertreter und der Arbeiterjugend! Entschlossener Kampf gegen arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetzenwürfe — für den Entwurf des DGB!

Initiatorenkreis

Karin Wolk, Rhlhausen, Jugendvertreterin; Winfried Becker, Hagen, Jugendvertreter; Rainer Deutschendorf, Marl, Jugendvertreter; Helga Scheerer, Dortmund, Bezirksjugendleiterin; Bernhard Geuke, Bochum, Jugendvertreter; Dieter Häfke, Wanne-Eickel, Jugendvertreter; Harald Tank, Dortmund, Jugendvertreter; Norbert Hüwel, Dortmund, Jugendvertreter; Horst-Dieter Breuer, Porz, Jugendvertreter; Helmut Jordan, Köln; Mitglied der Landesjugendleitung Rheinland der Naturfreundejugend; Falk Weltschat, Brühl, Jugendvertreter; Manfred Janusch, Mülheim, Vertrauensmann; Alfred Giehm, Dortmund, Betriebsrat; Norbert Frank, Nürnberg, Jugendvertreter; Peter-Wolfgang Schneider, Nürnberg, Schulsprecher; Karl Forster, Nürnberg, KJA-Mitglied; Ekkehard Jänicke, Erlangen, Mitglied des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; Barbara Herbst, Mannheim, KJA-Mitglied; Gudrun Steinle, Stuttgart, Jugendvertreterin; Wilfried Grobe, Braunschweig, OJA-Mitglied, Jugendvertreter; Jürgen Wandler, Braunschweig, Jugendvertreter; Dietmar Kosell, Flintbek, Jugendvertreter; Birgit Schnoor, Klei, Lehrlingssprecherin; Naturfreundejugend Deutschlands, Landesverband Saar; Gerhard Schulz, Baunatal, Jugendvertreter; Hans Gerd Nierenköther, Kassel, Vorsitzender HBV-Jugend; Angelika Wengel, Kassel, Jugendvertreterin; Gabi Goleblewski, Offenbach, Jugendvertreterin; Wolfgang Müller, Offenbach, Geschäftsführer Stadtjugendring; Siegfried Krüger, Bremerhaven, KJA-Mitglied; Ulrich Sander, Dortmund, Chefredakteur ean; Rolf Jürgen Priemer, Dortmund, Bundesvorsitzender der SDAJ, und viele andere

Die Funktionsangaben dienen nur zur persönlichen Information.

ICH UNTERSTÜTZE DEN AUFRUF:

Name Vorname

Anschrift

Beruf Betrieb

Funktion*)

Unterschrift

*) Funktionsangabe dient nur zur Information

In Kürze

Düsseldorf. Der DGB-Bundesvorstand hat zur Unterstützung der Tätigkeit von Jugendvertretern und Betriebsräten ein Ringbuch „Arbeitshilfen zum Jugendarbeitsschutz“ herausgegeben. Mit diesem Material soll die Überwachung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen erleichtert werden. Bestelladresse: DGB-BV, 4 Düsseldorf 1, Postfach 2601.

Stuttgart. Als alarmierend bezeichnete das baden-württembergische Sozialministerium die Situation des Jugendarbeitsschutzes im Lande. In 3300 überprüften Betrieben wurden dazu 7000 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz festgestellt.

Düsseldorf. Vor der 2. Lesung des Betriebsverfassungsgesetzesentwurfes plant der DGB-Bundesvorstand — Abteilung Jugend — eine Demonstration von Jugendvertretern in Bonn. Die Aktion soll sich gegen die Mißachtung der gewerkschaftlichen Vorstellungen von einem neuen Betriebsverfassungsgesetz richten.

Trier. Die Trierer IG Metall hat nachgewiesen, daß Firmen der Elektrobranche ihren Kunden pro Lehrlingsarbeitsstunde 5,20 DM berechnen. Den Lehrlingen wird allerdings im 1. Lehrjahr nur 45 DM monatlich gezahlt. Monatsverdienst des Ausbildungsbetriebes pro Lehrling: 1080 DM!

München. In Bayern hat die Befähigung von Kindern in Industriebetrieben — trotz Verbot — zugenommen. Allein in drei Monaten stellte die Gewerbeaufsicht in der CSU-Heimstatt in 3447 Fällen bei Jugendlichen und 118 Fällen bei Kindern (!) Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz fest.

Köln. Der Kurznachrichtendienst der Arbeitgeberverbände beschäftigt sich mit dem im Weltkreis-Verlag erschienenen Buch „Arbeiterjugend contra Monopole“. „Das Buch enthält Berichte über ‚Aktionsmodelle‘ und Lehrlingsaktionen; es will überdies Möglichkeiten zu einer kommunistisch beeinflussten Mobilisierung von Lehrlingen und Jungarbeitern nachweisen. Die 250 Seiten starke Broschüre wird als ‚Anleitung zum Handeln‘ propagiert.“

So der KND. Wir meinen: was den Arbeitgebern weh' tut, kann Lehrlingen und Jungarbeitern nur nützen. Das Buch ist für 4,50 DM zu beziehen durch: Weltkreis-Verlag, 46 DO, Brüderweg 16.

1. Mai 1971 - Kampftag der Arbeiter



Arbeiterjugendreport: Der Fall Nieberding

Lehrlingszentrum in Aktion / Von Dieter Greese

Seit Dezember 1970 trifft sich die Gewerkschaftsjugend des Westerwaldes im Lehrlings- und Jungarbeiterzentrum in Wirges. Bislang beschäftigt mit der Sammlung von Materialien, bot sich jetzt ein erster Anlaß zum Engagement. Unversehens wurde die Aktion zum Lernfeld für das Erkennen kapitalistischer Strukturzusammenhänge.

Ein Lehrling der Firma Nieberding in Herschbach, die pneumatische Feinmeßwerkzeuge herstellt, teilt mit, daß in seinem Betrieb von den ca. 50 Beschäftigten 16 entlassen worden sind und die Lehrwerkstatt aufgelöst werden soll, ungeachtet der laufenden Ausbildungsverträge. Die 18 Lehrlinge sollen zum größten Teil ihre Ausbildung bei der Firma „Westfalia“ fortsetzen. Dieser Betrieb ist für seine miserable Ausbildung berüchtigt. 1970 sind dort bei der Facharbeiterprüfung 9 von 10 Prüflingen durchgefallen.

Der DGB-Kreisvorsitzende schließt sich mit der Ortsverwaltung der IG Metall kurz und besucht Betriebsleitung und Betriebsrat. Dabei kommt heraus, daß der Betrieb an den amerikanischen „Bendix“-Konzern verkauft worden ist. Der Verkauf wurde notwendig, da die Firma Nieberding ihren beiden deutschen Konkurrenzfirmen nicht mehr gewachsen war. Sie mußte 1970 30 Prozent Auftragsrückgang hinnehmen, deshalb glaubte der Unternehmer auch 30 Prozent der Beschäftigten entlassen zu müssen. Herr Nieberding ist davon überzeugt, daß wir am Anfang einer Rezession stehen und daß sein Betrieb auch deswegen eine schlechte Zukunft habe.

Der neue Besitzer will die Produktion umstellen. Auf diese Weise sollen 500 bis 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings soll es sich dabei um eine weitgehend automatisierte Produktion handeln. Die Umstellung der Fertigung mache für die Zukunft eine Beschäftigung von Facharbeitern überflüssig. Deshalb brauche man keine Lehrwerkstatt mehr. Außerdem würden die Räume der Lehrwerkstatt für die Aufstellung neuer Maschinen gebraucht.

Der Betriebsrat besteht aus fünf Personen, nur ein Kollege davon ist organisiert. Er hat ebenfalls den DGB benachrichtigt und zu einer Versammlung aller Lehrlinge, ihrer Eltern, der Be-

triebsleitung und des Betriebsrates eingeladen. Leider hat der Betriebsrat der Entlassung der 16 Arbeiter zugestimmt. Dabei hat er es auch versäumt, auf die Erstellung eines Sozialplanes für die entlassenen Arbeiter zu dringen. Der Firmeninhaber ist nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, so daß er die tarifvertraglichen Vereinbarungen der IG Metall als nicht bindend betrachtet. Der Betriebsrat hatte auch vor, den Plänen auf Auflösung der Lehrwerkstatt und Umsetzung der Lehrlinge im Sinne der Geschäftsführung zuzustimmen.

Welche Lernmöglichkeiten ergeben sich für die Mitglieder des Lehrlingszentrums aus dieser Situation?

1. Das kapitalistische Wettbewerbssystem ist an der Erzielung des größtmöglichen Profits interessiert. Arbeitskräfte sind nur so lange wertvoll, wie sie dieser Zielsetzung nützen. Bei nachlassender Ertragslage werden sie entlassen. Das Gerede von Sozialpartnerschaft ist Unsinn.

2. Der scharfe Wettbewerb führt zu Konzentrationen. Betriebe, die zurückfallen, werden Beute der

Großen, die dadurch immer mächtiger werden. Die Ausdehnung einzelner Großkonzerne macht auch vor Ländergrenzen nicht halt. Amerikanisches Kapital drängt nach Europa, europäisches nach den USA. National begrenzte Gewerkschaftsorganisationen sind übernationalen Kapitalverflechtungen unterlegen.

3. Die Unternehmenskonzentration führt zur Rationalisierung der Produktionsprozesse. Mechanisierte und automatisierte Fertigung verdrängt die Facharbeiter. Die Zukunft wird immer weniger immer besser qualifizierte Spezialisten und immer mehr immer schlechter qualifizierte Handlanger erfordern. Es ist eine groteske Fehleinschätzung zu glauben, man könne die Industrie dadurch für eine Unterstützung umfassender Verbesserung der Berufsbildung gewinnen, daß man auf den technischen Fortschritt aufmerksam macht. Bessere berufliche Bildung wird von den Gewerkschaften gefordert, damit sie der Gesellschaft nützt. Das muß sich nicht mit den Interessen der Industrie decken. Wir müssen höllisch aufpassen, daß uns nicht Stufenbildungspläne als Ergebnis von Reformen präsentiert werden, die eine große Anzahl unqualifizierter Absolventen der Stufe I und wenige der Stufe III ausstoßen.

4. Betriebsräte ohne gewerkschaftliche Bindung sind den Unternehmern unterlegen. Ihnen kann durch die Gewerkschaften

keine gesellschaftspolitische Perspektive eröffnet werden. Sie stehen ohne gewerkschaftlichen Schutz und juristische Unterstützung da. Erschwerend kommen die „partnerschaftlichen“ Knebelungen hinzu. Wegen der im Gesetz vorgeschriebenen Friedenspflicht ist es dem Betriebsrat nicht möglich, ohne Gefährdung seiner lohnabhängigen Stellung geeignete Maßnahmen mit der Belegschaft zu organisieren. So ist im Fall Nieberding z. B. zu verzeichnen, daß der Betriebsleiter dem Betriebsratsvorsitzenden die „Anweisung gibt, mit den übrigen Mitgliedern (zu einer Besprechung) zu erscheinen“.

Aktivitäten des Lehrlings- und Jungarbeiterzentrums

Das Lehrlingszentrum verfaßt einen Aufruf für die Lehrlinge der Firma Nieberding, zum nächsten Zusammentreffen des Zentrums zu erscheinen. Der Aufruf wird am nächsten Morgen vor dem Betrieb verteilt. Darauf erscheint eine Lehrlingsdelegation der Firma beim DGB. Es wird vereinbart, daß der DGB einen Bus einsetzt, um alle betroffenen Lehrlinge ins Lehrlingszentrum zu bringen. Am Abend sind 46 Teilnehmer anwesend. Man erarbeitet einen Forderungskatalog der Lehrlinge. Am nächsten Morgen wird eine Stellungnahme des Lehrlings- und Jungarbeiterzentrums vor dem Betrieb verteilt. Am Abend dieses Tages findet im Betrieb die Versamm-



lung der Lehrlinge, ihrer Eltern, des Betriebsrates, der Gewerkschaftsvertreter und der Betriebsleitung statt. Dabei stößt die Betriebsleitung auf eine Einheitsfront der Auszubildenden, ihrer Eltern und ihrer Vertretungsorgane. Man weigert sich geschlossen, die Lehrlinge bei der Firma „Westfalia“ weiterlernen zu lassen und besteht auf Erfüllung des Ausbildungsvertrages. Für den nächsten Tag werden daraufhin Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung angesetzt.

Nach langen und harten Diskussionen kommt das folgende Ergebnis zustande:

■ Die 9 Lehrlinge des 3. Lehrjahres sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Facharbeiterprüfung vorzeitig abzulegen.

■ Die 5 Lehrlinge des 2. Lehrjahres setzen ihre Ausbildung so konzentriert fort, daß auch sie vorzeitig abschließen können.

■ Die 4 Lehrlinge des 1. Lehrjahres setzen ihre Ausbildung als Werkzeugmacher bei der Fa. Fastenrath in Westerborg fort.

Während der Verhandlungen meldet sich eine Abordnung der Lehrlinge. Nachdem die über den Stand der Verhandlungen informiert worden ist, erhebt sie die folgenden Forderungen:

1. Die Arbeitskleidung muß auch weiterhin gestellt und alle acht Tage auf Firmenkosten gewaschen werden.

2. Die Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte und zur Berufsschule

müssen auch weiterhin gezahlt werden.

3. Die Fortzahlung der Sparförderung im Rahmen des 312-DM-Gesetzes muß gewährleistet bleiben.

4. Die Firma muß Schadenersatz bei nicht bestandener Prüfung leisten, wenn die Ursache des Nichtbestehens beim neuen Ausbildungsbetrieb liegt.

5. Die Berufsschulklasse darf nicht auseinandergerissen werden. Der Unterricht muß von dem gleichen Berufsschullehrer wie bisher durchgeführt werden.

6. Eventuelle Mehrkosten für die Fahrten von und zur Arbeit und zur Berufsschule muß die Firma Nieberding zahlen.

7. Die von den Auszubildenden gefertigten Hilfswerkzeuge gehen in deren Besitz über.

8. Der Ausbilder Krings (von den Jugendlichen als guter Fachmann anerkannt!) soll mit in den neuen Betrieb.

Für die meisten Lehrlinge sind diese Forderungen vom Verhandlungsergebnis überholt. Für die Auszubildenden des 1. Lehrjahres werden die Forderungen mit Ausnahme der Punkte 4. und 8. akzeptiert. Bei 4. bestehen rechtliche Unklarheiten, bei 8. muß es die persönliche Entscheidung des Ausbilders bleiben.

Am Abend organisiert der DGB eine Elternversammlung, auf der das Ergebnis diskutiert wird.

Was ist von den möglichen Lernzielen erreicht worden?

1. Lehrlinge haben erfahren, wie

das kapitalistische System ohne gewerkschaftliche Gegenmacht rücksichtslos mit den Lohnabhängigen umspringt.

2. Sie haben erfahren, daß solidarisches Handeln zwischen Lehrlingen, Eltern, Betriebsräten und Gewerkschaften eine scheinbar aussichtslose Situation noch verändern kann.

3. Sie erfuhren, daß die Dauer der Berufsausbildung nicht unbedingt entsprechend dem Ausbildungsvertrag sein muß. Wenn es dem Unternehmen nützt, kann das Ausbildungsziel in viel kürzerer Zeit erreicht werden. Nur meistens nützt es eben mehr, wenn es länger dauert.

4. Sie haben Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten erhalten und begriffen, daß gewerkschaftliche Organisierung als Gegenmacht notwendig ist.

Relativ unreflektiert blieb die Internationalisierung des Konzentrationsprozesses, die entgegen landläufiger Meinung auch Klein- und Mittelbetriebe erfaßt, und der Zusammenhang zwischen industrieller Entwicklung und Bildungsreform.

Das Lehrlingszentrum im Westerborg steht noch am Anfang seines Lernprozesses. Neue Ernstsituationen und Schulungen nach dem Bildungskonzept der Gewerkschaftsjugend werden das gesellschaftspolitische Engagement der jungen Kollegen immer mehr verstärken.

Dieter Greese ist DGB-Landesbezirksjugendsekretär in Rheinland-Pfalz.



Rotbücher

Im Abonnement jeder Band DM 1,- billiger

Ulrike Marie Meinhof: **Bambule/Fürsorge - Sorge für wen?**

Nachwort Klaus Wagenbach

Rotbuch 24. 108 Seiten. DM 4,50 (3,50). Das Drehbuch des unterdrückten Fernsehfilms. - Eine Gesellschaft, die vom gegenseitigen Beschleiß lebt, ist ein Gaunerkartell. Gauner können sich Mitleid mit Betrogenen leisten - das System bleibt.

P. L. Lavrov: **Die Pariser Kommune vom 18. März 1871**

Vorwort Klaus Meschkat

Rotbuch 25. 192 Seiten. DM 6,50 (5,50). Zum 100. Jahrestag der Kommune: Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; kritische Grundlage für Marx und Lenin.

Borin/Plogen: **Management und Selbstverwaltung in der CSSR.**

Rotbuch 4. 156 Seiten. DM 5,50 (4,50)

Charles Bettelheim: **Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen.**

Rotbuch 12. 156 Seiten. DM 6,50 (5,50)

Huberman/Sweezy u. a.:

Focus und Freiraum - Debray: Brasilien, Linke in den Metropolen.

Rotbuch 16. 160 Seiten. DM 5,50 (4,50)

Edoarda Masi: **Die chinesische Herausforderung.**

Rotbuch 17. 176 Seiten. DM 6,50 (5,50)

Horst Kurnitzky: **Versuch über Gebrauchswert.**

Rotbuch 19. 72 Seiten. DM 3,50 (2,50)

Scuola di Barbiana:

Die Schülerschule.

Rotbuch 21. 156 Seiten. DM 6,50 (5,50)

David Horowitz: **Imperialismus und Revolution.**

Rotbuch 22. 228 Seiten. DM 8,50 (7,50)

Sozialistische Jahrbücher

1 Über die Organisation des Befreiungskampfes.

Rotbuch 20. 272 Seiten. DM 8,50 (7,50)

Aus dem Inhalt: Wissenschaftliche Revolution und Imperialismus / Beginn der Black Power / Indonesiens Weg zur Konterrevolution / Die CSSR und die sowjetische Strategie / u. a.

2 Gegen Dogmatismus in der Arbeiterbewegung.

Rotbuch 23. 244 Seiten. DM 8,50 (7,50)

Aus dem Inhalt: Korsch: Warum ich Marxist bin / Sweezy/Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne / Gorz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewiki / Krassó: Trotzki's Marxismus - eine Gegenkritik / u. a.

Wagenbach

1 Berlin 31, Jenaer Straße 6

„Gestern wurde ich während einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen festgenommen und auf das Polizeipräsidium geschleppt. Dort hielt man mich fast drei Stunden fest, angeblich, weil ich keinen Personalausweis bei mir hatte. War die Polizei überhaupt dazu berechtigt?“

Briefe dieser Art erreichen die elan-Redaktion in den letzten Wochen fast täglich. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach den Befugnissen der Polizei und den Rechten des Demonstranten. elan wandte sich mit dieser Problematik an einen Experten: den Düsseldorfer Rechtsanwalt Hans-Jochen Michels, Mitautor der „Rechtsfibel für Demonstranten“, die im Verlag Marxistische Blätter erschienen ist.

elan: Muß man sich gegenüber Polizeibeamten in jedem Fall ausweisen?

Michels: Grundsätzlich darf die Polizei die Personalien nur feststellen, wenn ein Grund dazu vorliegt, etwa beim Verdacht strafbarer Handlungen oder zur Sicherstellung von Zeugenaussagen. Da es aber eine Unmenge solcher Gründe gibt, lohnt es nicht, sich der Personalienfeststellung zu widersetzen. Sie muß an Ort und Stelle erfolgen. Dabei braucht man nicht unbedingt einen Personalausweis bei sich zu tragen; irgendein amtliches Dokument mit Lichtbild, z. B. ein Führerschein oder ein Studentenausweis, reicht völlig aus.

elan: Und wann darf man mitgenommen werden?

Michels: Hat man kein solches Papier bei sich, kann die Polizei „sistieren“, d. h. einen mit zur Wache nehmen, um dort die Personalien feststellen zu lassen. Die Abfertigung hat ohne Verzögerung zu erfolgen. Anschließend muß der Betroffene unverzüglich freigelassen werden.

elan: Und wie ist das mit Verhaftungen oder Festnahmen?

Michels: Verhaftungen können nur auf Grund eines richterlichen Haftbefehls vorgenommen werden. Eine vorläufige Festnahme kann erfolgen, wenn jemand auf frischer Tat angetroffen wird, wenn seine Personalien nicht an Ort und Stelle festgestellt werden können oder wenn nach Ansicht der Polizei Fluchtgefahr besteht.

Der Betroffene hat grundsätzlich das Recht, unverzüglich einen Rechtsanwalt oder einen Angehörigen zu verständigen. In jedem Fall aber muß die Polizei die Benachrichtigung vornehmen, wenn sie den Betroffenen selbst daran hindert.

elan: Wenn man später eine polizeiliche Vorladung erhält . . .

Michels: . . . braucht man ihr nicht Folge zu leisten.

elan: Und Vorladungen zu einem Richter?

Michels: Richterlichen Vorladungen muß man nachkommen. Tut man das ohne genügende Entschuldigung nicht, so kann die Vorführung durch die Polizei erfolgen.

Faustregeln für Demonstranten



Beim Beginn der ersten Vernehmung ist der Richter verpflichtet, dem Beschuldigten mitzuteilen, was ihm vorgeworfen wird, gegen welche Gesetze er verstoßen haben soll. Außerdem muß er auf das Recht zur Aussageverweigerung hinweisen.

elan: Man braucht also nur Angaben zur eigenen Person zu machen?

Michels: Als Beschuldigter — ja!

elan: Kann eine Aussageverweigerung zur Sache dem Betroffenen nachteilig angerechnet werden?

Michels: Nur dann, wenn er teilweise aussagt, können jene Punkte, bei denen er geschwiegen hat, zu seinem Nachteil ausgelegt werden. Macht man aber im Ganzen von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch — und das ist deshalb empfehlenswert —, dann kann das dem Beschuldigten nicht belastend angerechnet werden.

elan: Und als Zeuge muß man aussagen?

Michels: Ja, vor dem Richter und in der Verhandlung. Aber man sollte vorsichtig sein: wenn man sich nicht genau erinnert, muß man das sagen, sonst zieht man leicht Unbetrof-

fene in eine Untersuchung hinein, oder macht sich sogar strafbar.

elan: Nun zum Verhalten bei Demonstrationen. Was sollte man im Umgang mit Polizisten besonders beachten?

Michels: Man läßt sich jeweils von den Beamten, mit denen man zu tun hat, Namen und Dienstgrad nennen. Dazu sind die Beamten verpflichtet. Weigern sie sich dennoch, notiert man am besten die Nummer des Streifenwagens, Uhrzeit und Ort des Einsatzes. Da die Polizisten ein Einsatz-Tagebuch führen läßt sich später leicht rekonstruieren, mit wem man es zu tun gehabt hat.

elan: Polizisten müssen sich also als Amtspersonen ausweisen?

Michels: Ja. Dazu genügt die Polizeiuniform. Beamte in Zivil müssen, wenn sie als Amtspersonen tätig werden wollen, ihren Dienstausweis vorlegen. Aber Vorsicht, genau hinschauen! Während des letzten Wahlkampfes hat ein NPD-Mitglied in Köln versucht, sich mittels einer einfachen Blechmarke als Polizist auszugeben.

Außerdem: Geheimdienstbeamte, zum Beispiel des Verfassungsschutzes, haben keine polizeilichen Befugnisse.



elan: Was ist „Widerstand gegen die Staatsgewalt“?

Michels: Widerstand kann nur gegen Beamte geleistet werden, die im Dienst sind und sich in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befinden. Nach dem neuen Demonstrationsrecht wird der Täter dann nicht bestraft, wenn er begründet an der Rechtmäßigkeit der Amtsausübung gezweifelt hat.

Befindet sich der Beamte in rechtmäßiger Amtsausübung, so ist alles Widerstand, was aktiv an Tätigkeit aufgewandt wird, um ihn an der Amtsausübung zu hindern.

elan: Was konkret heißt . . .

Michels: Wenn sich jemand an einen Demonstranten anhängt, um ihn vor dem Abgeführtwerden zu bewahren, dann ist das Widerstand gegen die Staatsgewalt. Auch ein Sitzstreik zählt nach dem neuen Demonstrationsrecht dazu. Weggehen, um eine Festnahme zu erleichtern, braucht man allerdings auch nicht.

elan: Was ist mit den Zuschauern?

Michels: Sollte um jemanden, der von der Polizei festgenommen werden soll, eine Menschenraube stehen, dann brauchen diese Leute nicht beiseitezutreten, um die Festnahme zu erleichtern. Bloßes Verbleiben am Ort ist kein Widerstand.

elan: Kann man für eine Flucht bestraft werden?

Michels: Selbstbegünstigung ist immer straflos, wenn z. B. bei einer Selbstbefreiung keine andere Straftat begangen wird, etwa Sachbeschädigung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt. Gelingt es einem vorläufig festgenommenen, die Tür des Polizeiwagens in dem er festgehalten wird, ohne Beschädigung zu öffnen, dann kann er ohne Gefahr vor zusätzlicher Bestrafung entweichen.

elan: Helfen darf man ihm dabei aber nicht?

Michels: Nein, das wäre Gefangenenerbefreiung, also strafbar.

elan: Was ist bei Hausdurchsuchungen zu beachten?

Michels: Bis auf ganz wenige Fälle sind Hausdurchsuchungen nur auf Grund einer richterlichen Anordnung erlaubt. Kommen die Polizisten trotzdem ohne einen Durchsuchungsbefehl, sollte man sofort Protest einlegen und diesen Protest auch im Durchsuchungsprotokoll festhalten lassen. Weigern sich die Beamten, so empfiehlt es sich, das Protokoll nicht zu unterschreiben.

elan: Was tun, wenn man allein in seiner Wohnung ist?

Michels: Eigentlich sind die Durchsuchungsbeamten verpflichtet, einen Gemeindebeamten oder zwei Nichtpolizisten als Zeugen mitzubringen. Diese Vorschrift wird fast nie beachtet. Deshalb sollte der Betroffene selbst Zeugen benennen: Nachbarn, Freunde oder einen Rechtsanwalt. Weigern sich die Polizisten, diese Zeugen zu akzeptieren, sollte man verlangen, daß die ungesetzliche Durchsuchung abgebrochen wird, und den Beamten gleichzeitig eine Dienstaufsichtsbeschwerde ankündigen, die man dann aber auch wirklich schreiben müßte.

elan: Beschlagnahmte Gegenstände kann man sich protokollieren lassen?

Michels: Ja. Nur auf Antrag sind die Beamten verpflichtet, ein genaues Verzeichnis der beschlagnahmten Gegenstände anzufertigen. Deshalb sollte man es von ihnen verlangen.

elan: Was darf überhaupt beschlagnahmt werden?

Michels: Nur Gegenstände, die als Beweismittel bedeutsam sein können. Eine Beschlagnahme erfolgt immer dann, wenn man etwas nicht freiwillig herausgibt. Oft aber werden von den Beamten Dinge beschlagnahmt, die gar nicht zum vorliegenden Untersuchungsfall gehören oder die gar nicht beschlagnahmt werden dürfen. Deshalb sollte man grundsätzlich nichts freiwillig herausgeben und für jeden beschlagnahmten Gegenstand Protest

einlegen, und zwar schriftlich im Durchsuchungsprotokoll.

elan: Wie kann man sich gegen unerlaubte Beschlagnahmungen wehren?

Michels: Im Grunde nur im Nachhinein: Wenn man sofort Widerspruch erhebt, der schriftlich im Protokoll festgehalten werden muß, muß sich der Polizeibeamte binnen drei Tagen die Beschlagnahmungen richterlich bestätigen lassen. Geschieht das nicht, kann man die Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände verlangen.

elan: Herzlichen Dank für diese Hinweise!

Zehn Gebote

1. Keine Aussage vor Polizisten und Justiz — nicht Du brauchst Deine Unschuld, sondern die Justiz muß Deine Schuld beweisen!

2. Lasse Dich nicht hereinlegen — freundliche Gespräche sind oftmals getarnte Verhöre!

3. Folge niemals einer Vorladung zur Polizei — andernfalls läufst Du Gefahr, „erkennungsdienstlich“ behandelt zu werden (Fingerabdrücke, etc.)!

4. Lasse Dich auch mit dem Hinweis nicht hereinlegen, andere hätten bereits „gestanden“ — solche Tricks sind unzulässig!

5. Lasse Dich durch die Anwesenheit von Polizisten nicht provozieren — nicht der einzelne Beamte ist Dein Gegner! Lasse Dich nicht vom Ziel der Aktion ablenken!

6. Unterschreibe nichts — oft fehlt Dir der Überblick!

7. Tu nichts ohne Rechtsanwalt — Über Deine Jugendorganisation erfährst Du Adressen von Anwälten, die mit politischer Polizei und Klassenjustiz ihre Erfahrung haben!

8. Sieh Polizisten in Deiner Wohnung auf die Finger — oftmals schon wurde in Wohnungen hineingeschmuggelt, was vorher nicht darin war!

9. Laß Dir von Beamten alles schriftlich geben — dann hilft Ihnen hinterher keine Ausrede mehr!

10. Kommt jemand, der Dich für Spitzeldienste anwerben will — wirf ihn hinaus und informiere Deine Jugendorganisation! Kein Gespräch mit Verfassungsschutz, militärischem Abschirmdienst und Politischer Polizei! Die Vertreter dieser Spitzelorganisationen tarnen sich häufig mit Lederjacketten und langen Haaren — Vorsicht, wenn ein Fremder plötzlich als „Kumpel“ auftritt!

Neu- erscheinungen des I. Quartals 1971



**Staatsverlag der
Deutschen Demokratischen
Republik**

DDR-108 Berlin, Otto-Grotewohl-Str 17

Kahsnitz, A.
**Sozialismus –
Perspektive –
Bewußtsein**

2., überarbeitete Auflage
Etwa 250 Seiten
Pappband etwa 8,50 M
Bestellnummer: 770 624 6

Stüber, R., und M. Schulz
**Arbeiterklasse und
sozialistischer Staat**
Etwa 150 Seiten
Broschiert etwa 3,50 M
Bestellnummer: 770 213 0

Schirendyb, B.
**Die Mongolische
Volksrepublik**
Etwa 192 Seiten
Pappband 6,50 M
Bestellnummer: 770 160 5

Buchholz, E., R. Hartmann,
J. Lekschas und G. Stiller
**Sozialistische
Kriminologie**
2. Auflage
Etwa 336 Seiten
Pappband etwa 12,80– M
Bestellnummer: 770 182 4

**Leninismus und
internationale
revolutionäre Arbeiter-
bewegung**

Herausgegeben von der
Akademie der
Wissenschaften der UdSSR
Übersetzung aus dem
Russischen

Etwa 600 Seiten
Leinen etwa 12,50 M
Bestellnummer: 770 170 1
Auslieferung für die
BRD durch
Verlag Marxistische Blätter
GmbH, Frankfurt/Main

Graf, H., und G. Seiler
**Wahl und Wahlrecht im
Klassenkampf**
Etwa 384 Seiten
Leinen etwa 13,80 M
Bestellnummer: 770 176 0

Haney, G.
**Die Demokratie –
Wahrheit, Illusionen und
Verfälschungen**
Etwa 320 Seiten
Leinen etwa 12,50 M
Bestellnummer: 770 173 6

jugendpolitische blätter

Den Kampf gemeinsam führen!

Zu den Antikommunismus-Beschlüssen der SPD-Führung
Von Jürgen Laimer (Köln), Mitglied der Bundesjugendleitung
der Naturfreundejugend Deutschlands

Die Reaktionäre aller Schattierungen blasen zum Sturm. Die von Strauß proklamierte „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ findet ihren Ausfluß in der faschistischen Sammlungsbewegung „Aktion Widerstand“. Mordhetze, tätliche Angriffe auf Antifaschisten, zeigen die Spitze des Eisberges der rechtsradikalen Formierungsbewegung von der CDU/CSU über NLA, Vertriebenenverbände, DJO zur NPD und anderen faschistischen Splittergruppen.

Anlaß und Kristallisationspunkt für diese Polarisierung ist die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung, die die Realitäten des verlorenen Krieges des Hitlerfaschismus nicht weiter leugnen konnte. Diese zaghaften, progressiven Ansätze in der Ostpolitik, die der Komplettierung durch die Anerkennung der DDR ohnehin noch bedürfen, sind der Punkt, an dem das Rechtskartell die Regierung aus den Angeln heben will. Aber wie bereits gehabt, steht sich auch hier die SPD-Führung selber im Wege. Anstatt die Gemeinsamkeit der Rechten von CDU/CSU bis NPD zu entlarven und alle Demokraten zum Widerstand gegen diese gefährliche Entwicklung aufzurufen, leistet sie wieder einmal eine Pflichtübung in Antikommunismus ab.

Der Parteirat beschließt über die Köpfe der Mitglieder und der Basisorganisationen der Partei hinweg: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft“. Dieser Beschluß bringt die SPD-Führung in die Gefahr, vollends unglaubwürdig zu werden. Denn zur gleichen Zeit, in der man die Möglichkeit zum Dialog mit den Kommunisten in den sozialistischen Staaten ergreift, will man jede Zusammenarbeit mit den westdeutschen Kommunisten durch die Drohung mit dem Knüppel des Parteiordnungsverfahrens ver-

hindern. Hier im eigenen Land hat die Führung der Sozialdemokraten Angst vor der Aktionseinheit mit Kommunisten.

Alle Versuche, die demokratischen linken Kräfte auseinanderzudividieren, wie durch den Parteiratsbeschluß, bedeuten, den demokratischen Widerstand gegen den Versuch des Rechtskartells, das Rad der Geschichte in der Bundesrepublik wieder einmal zurückzudrehen, zu schwächen.

Aus welchen Gründen auch immer dieser Versuch der Zersplitterung unternommen wird, arbeitet er objektiv den rechten For-

mierungsversuchen in die Hände. Damit werden die verhängnisvollen Fehler der Entwicklung von 1933 wiederholt. Die Politik der Entspannung gegenüber den sozialistischen Ländern wird in Frage gestellt, gesellschaftlich notwendige Reformen im Innern gänzlich verhindert.

Viele Jungsozialisten haben der SPD-Führung die richtige Antwort gegeben, indem sie erklärten, auch weiterhin Aktionsbündnisse mit Kommunisten einzugehen, und erläuterten, daß parteischädigend die Aufrechterhaltung und Neubelebung des gefährlichen Antikommunismus sei und nicht etwa die Zusammenarbeit mit Kommunisten.

Auf die Provokation der faschistischen Sammlungsbewegung kann es für Demokraten nur eine Antwort geben: gemeinsamer Kampf gegen das reaktionäre Rechtskartell, für innere Reformen und Entspannungspolitik.



Mahnwache vor dem Münchener Hofbräuhaus, wo die SPD München über das Verhältnis zu den Kommunisten beriet.

Stimmen zu den Antikommunismus-Beschlüssen der SPD-Führung

„Der Beschluß der SPD-Führung wird die SDAJ darin nicht beirren können, weiterhin für Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte einzutreten und entsprechend zu handeln. Wir halten die Beschlüsse vom 26. Februar für ernst genug, um noch einmal zu erklären; daß unser Wille und Kampf zur Einheit der Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung, zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen Kräfte unseres Landes nicht irgendwelchen taktischen Überlegungen entspricht, sondern grundlegender Bestandteil unserer Politik ist. Denn nur das gemeinsame Handeln gewährleistet den erfolgreichen gewerkschaftlichen und politischen Kampf.“ (Erklärung des Bundesvorstandes der SDAJ vom 8. März 1971.)

„Der Antikommunismusbeschluß stellt . . . ein Werkzeug dar, um die sich ständig vermehrenden Stimmen in der SPD mundtot zu machen, die erkannt haben, daß der Feind der Sozialdemokraten, daß der Feind der westdeutschen Arbeiterbewegung, zum größten Teil der SPD-Mitglieder angehören — das Großkapital und seine politischen Repräsentanten und nicht etwa die Kommunisten und Sozialisten sind . . .“

Der Bundeszentralrat fordert von der SPD-Führung die sofortige Zurücknahme des Beschlusses vom 14. November 1970 und einleitende Schritte zur Aufhebung des KPD-Verbotes . . .

Eine demokratische Erneuerung der Bundesrepublik ist nur denkbar als Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftern und allen fortschrittlichen Kräften gegen eine übermächtige Allianz des Monopolkapitals und seiner Parteien, gegen die Strauß, Barzel, Thyssen, Krupp, Abs, Flick und Thadden — für die Stärkung der Arbeiterklasse.“ (Erklärung des Bundeszentralrates des Sozialdemokratischen Hochschulbundes vom 24. 2. 1971. Der Erklärung schloß sich auch der Verband Deutscher Studentenschaften an.)

„Zur gleichen Zeit wie die südhessischen haben sich auch die Jungsozialisten von Essen demonstrativ gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß der Parteispitze gewandt und sich für die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) ausgesprochen. Die Jungsozialisten von Heusenstamm im Kreis Offenbach gaben bekannt, daß sie die Gründung einer antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft planen.“ (Deutsche Volkszeitung, 11. 3. 1971)

FALKEN: WEITER FÜR AKTIONSEINHEIT

Die Sozialistische Jugend Deutschlands — „Die Falken“, die der SPD nahesteht, hat auf ihrer letzten Bundesvorstandssitzung die Aktionseinheit mit progressiven Kräften bejaht. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die SJD — die Falken wird nicht zu jenen gehören, die das Feld nationalistischen Rattenfängern überlassen, deren Ziel es ist, den Erfolg der Friedenspolitik der Bundesregierung für unser Land und ganz Europa in Frage zu stellen. Sie wird sich zusammen mit Gleichgesinnten gegen jene wehren, die die Methoden des Straßenkampfes wieder in deutsche Politik einführen wollen. Den militanten Reaktionären, die den Begriff Widerstand usurpiert haben, der sich mit dem Namen aktiver Kämpfer gegen den Nationalsozialismus verbindet, gilt unser ganzer Widerstand.“

(Aus Berliner Extra Nr. 22, 20.3.71)

Frieda macht bei Kommunisten mit

Mit einem fiktiven Brief des „Genossen Anton Kowalski aus Münster“, der der Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten auch als Initiativ-Antrag vorlag, verspöttelten Münsteraner Jungsozialisten die Beschlüsse von Parteirat und Parteivorstand der SPD über die Abgrenzung gegen die Kommunisten:

„Liebe Genossen, ich weiß nicht mehr, was ich machen soll. Die Frieda, meine Frau, macht bei den Kommunisten mit, sie ist in der Betriebsgruppe Stadtwerke der DKP am Arbeiten. Nun ist ja die Frieda meine Frau, und jetzt habe ich ja in der Zeitung gelesen, daß auch unser Willy und die anderen in der Baracke gesagt haben, daß man nicht mit den Kommunisten paktieren darf. Ich weiß nun weder ein noch aus. Was darf ich denn jetzt mit der Frieda noch machen? Meine Kollegen haben nun gesagt, mit der Frieda wäre es wohl jetzt nichts mehr, genauso, wie das mit den Katholischen und Evangelischen nicht geht. Nun ist das ja so, Frieda ist eben meine Frau, und mögen tue ich sie ja immer noch. Ich möchte ja überhaupt mal wissen, ob ich mit der Frieda noch über Politik reden soll, wenn sie davon anfängt.“

Und wenn ich mit ihr einkaufen gehe, oder auf einen Betriebsausflug, dann sagen die Leute ja doch, daß meine Frieda eine Rote ist. Schadet das nun unserer Partei? Und überhaupt ist die Frieda doch unter Adolf meine Frau geworden, wo Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenhalten mußten.

Und wie ist das mit den Kindern? Muß ich jetzt schriftlich erklären, daß sie sozialdemokratisch erzogen werden? Und weiß ich ja auch nicht mehr weiter mit meinen „ehelichen Pflichten“. Denn wenn ich meine Frieda liebe, ist das dann, wie der Willy und die anderen sagen, auch eine Aktionsgemeinschaft mit Kommunisten?

Ich sehe ja ein, wie das so ist mit den Opfern für die Partei. Dafür ist es ja auch gut, daß der Genosse die Ehescheidung verbessert hat. Aber ich mag die Frieda doch! Euer Anton.“

sub

(Aus Frankfurter Rundschau, 16. 3. 1971)

Die SPD-Führung will mit ihrem Antikommunismusbeschluß „jene sozialdemokratischen Naturfreunde, Mitglieder, Gewerkschafter und Jungsozialisten treffen, die die Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms nach Mitbestimmung und Überführung der Großindustrie in Gemeineigentum zusammen mit anderen sozialistischen Kräften vertreten. Dieser verschärfte Antikommunismus findet den ungeteilten Beifall des Monopolkapitals und aller reaktionären Kräfte . . .“

Dieser Antikommunismusbeschluß ist deshalb für die gesamte Arbeiterbewegung so gefährlich, weil er das Klima anheizt, in dem Rechtsradikalismus und Neonazismus gedeihen . . .

Eine fortschrittliche Entwicklung unseres Landes kann nur eingeleitet werden durch das gemeinsame Vorgehen aller demokratischen und sozialistischen Kräfte.“ (Landesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Rheinland, beschlossen am 13./14. März 1971 in Köln-Kendenich.)

„Weil das Verbot der Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der Praxis bedeuten würde, daß sich die Jugendorganisation der SPD von Aktionen zur Mobilisierung der Bevölkerung selbst ausschließen würde, schadet es letztlich der Partei insgesamt.“ (Beschluß der Bezirkskonferenz der südhessischen JuSo, Offheim/Limburg, 27./28. 2. 1971)

„Die Jugendkonferenz der IG Druck und Papier findet es bedauerlich, daß trotz zahlreicher Entschlüsse gewerkschaftlicher Gremien der Antikommunismus selbst in Beschlüssen der SPD wieder lebendig wird, obwohl Sozialdemokraten die Unterschrift unter den Moskauer und Warschauer Vertrag gesetzt haben.“ (Entschließung der 4. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier, 13./14. März 1971, Springen im Taunus.)

Absofort: Keine Aktionsgemeinschaft mehr



(Aus „Umbruch 5“, Zeitschrift der Juso Oberhausen)

Termine

3. April 1971

Zweites Deutsches Fernsehen: Film über Siemens-Lehrlinge München.

11. April 1971

Zweites Deutsches Fernsehen: Report über den Deutschen Bundesjugendring.

15.—17. April 1971

9. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall, Saarbrücken.

16./17. April 1971

Bundesmitgliederversammlung des Bundes der Deutschen Landjugend, Bad Waldsee, Thema: Berufsbildung.

17./18. April 1971

Tagung des Institutes für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt am Main, Thema: „Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften“

23. April 1971

Vollversammlung des Landesjugendrings NRW, Düsseldorf.

24. April 1971

Weltjugendtag gegen Kolonialismus und für die friedliche Koexistenz.

25. April 1971

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

29. April—4. Mai 1971

Westdeutsch-rumänisches Seminar des DBJR, Wiesbaden.

Plattform der gemeinsamen Friedensarbeit

Kongreß „Friede mit Polen“ / Von Achim Krooß, Mitglied des Bundesvorstandes der SDAJ

Frankfurt, 27./28. Februar '71: Kongreß „Friede mit Polen“. Ein Kongreß unter diesem Motto, von der Bundesregierung mit 25.000,- DM unterstützt, sollte offensichtlich von einigen Leuten dazu benutzt werden, die Ostpolitik dieser Regierung offensiv zu verbreiten. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend war nicht als Trägerorganisation zugelassen worden mit der interessanten Begründung, es müsse „unbedingt vermieden werden, daß durch die SDAJ Fragen innerbundesrepublikanischer Art auf dem Kongreß zum Thema gemacht werden.“ (Ergebnisprotokoll der 2. Vorbereitungsitzung vom 20.10.70).

Die SDAJ beteiligte sich dennoch mit einer Delegation an dem Kongreß, die gemeinsam mit Jungsozialisten, jungen Christen und anderen dazu beitrug, in den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften konstruktive Diskussionen und Beschlüsse zu erwirken. Durchgängig wurde in den Eröffnungssprachen des Oberbürgermeisters von Frankfurt, Walter Möller (als Schirmherr des Kongresses), von Prof. Cieslak als Leiter der Delegation aus der Volksrepublik Polen und von Prof. Dr. Walter Fabian die wachsende Rechtsgefahr in der Bundesrepublik betont, der man das „Zusammenfinden auf der fortschrittlichen Seite der deutschen Politik“ engensetzen müsse. Anschließend berieten acht autonome Arbeitsgruppen, die die Ergebnisse ihrer Diskussion auf einer abschließenden Podiumsveranstaltung darlegen sollten. In der Arbeitsgruppe 1, mit dem Thema „Ziele und Formen der künftigen Jugendbegegnungen“, wurde ein Initiativantrag der SDAJ

angenommen, der an die Bundesregierung weitergeleitet werden soll. In ihm wurde die sofortige Ratifizierung des Warschauer Vertrages gefordert. Die Jugendbegegnungen zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD müßten dem Geist dieses Vertrages entsprechen und „dürften nicht wie in anderen Fällen Instrument der Außenpolitik einer Bundesregierung sein.“ Die

AG 2 („Schulbücher, Landkarten – ihre Änderung als Beitrag zum Frieden“) forderte eine Revision der Schulbücher, vor allen Dingen ihre Befreiung von der Sprache des „Kalten Krieges“. Eine Verzögerung der Ratifizierung der Verträge bedeute, den Rechtskräften in die Hände zu arbeiten, lautete ihr Bericht an das Plenum. Die Arbeitsgruppe 4 (Problematik und Chancen des Verhältnisses BRD-DDR-VR Polen) forderte das Verbot der NPD, den Ausschluß der DJO aus den Jugendringen und Entzug von Förderungsmitteln für diese Organisationen sowie gegebenenfalls Verbot der Münchner Hetzsender RFE und Liberty vor der Olympiade. Das Ergebnis ihrer Diskussion war die Erkenntnis, daß die Ratifizierung der Verträge nicht vom „Westberlin-Problem“ abhängig gemacht werden dürfe.

Neue Jugendarbeit

Landesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Rheinland
Von Wolfgang Bartels

Soll Jugendarbeit die Jugendlichen nur irgendwie beschäftigen oder soll versucht werden, die Freizeit mit neuen Inhalten zu füllen, die es ermöglichen, einen Standort in der Gesellschaft kritisch zu überprüfen? Die Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend vom 7. bis 9. Mai 1971 in Leverkusen wird darüber beraten.

Die Jugendkonferenz des Landesverbandes Rheinland dieser Jugendorganisation am 13./14. März in Köln-Kendenich zeigte jetzt, daß die Suche nach neuen Wegen durchaus nicht ohne Widerstände bleibt. Viele Ältere werfen der Landesjugendleitung „Einseitigkeit“ vor. Ihnen wurde entgegnet, diejenigen seien einseitig, die so tun, als ob die Jugendlichen in einem Glashaushaus ohne Probleme lebten: Ein Delegierter: „Wir müssen die Forderungen der Ju-

gendlichen unterstützen. Der Sozialismus läßt sich nicht erwandern.“

Diese Meinung setzte sich durch. Die Initiative der DGB-Jugend zum Jahr des jungen Arbeitnehmers wurde begrüßt. In Zukunft wird man sich verstärkt um die Arbeit mit Lehrlingen und Schülern bemühen. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Falken und Jungsozialisten wird für notwendig erachtet. Eine erste Konsequenz: Der Landesverband Rheinland unterstützt den Kongreß „Arbeiterjugend contra Monopole“, wie es zuvor schon die Landesverbände Baden und Saar erklärt hatten.

Die Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung wurden als Spaltungsversuche zurückgewiesen. Die Konferenz brachte ihre Solidarität mit Angela Davis zum Ausdruck.

Bücher für die Jugendarbeit

„... soll ich geh'n in die Armee?“, quer-Verlag, 2 Hamburg 20, Eppendorfer Landstraße 102, 128 Seiten, 5,- DM. Dieses Buch enthält „Kasernen-Texte“, herausgegeben von Linksliteraten und schreibenden Soldaten.

„Straßen-theater“, herausgegeben von Agnes Hüfner, Suhrkamp-Verlag, edition suhrkamp 424, 338 Seiten, 6,- DM. Alle, die sich mit Agitprop und Straßen-theater befassen, sollten dieses Buch besitzen.

W. I. Lenin/Karl Liebknecht: „Militarismus — Antimilitarismus“, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11, 208 Seiten, 4,- DM. Eine Textsammlung, die durch „Soldat 70“ besondere Aktualität erlangt.

Otfried Dankelmann: „Franco zwischen Hitler und den Westmächten“, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, DDR, 108 Berlin, Taubenstraße 10, 324 Seiten, 9,80 DM. Wer die heutige Lage in Spanien verstehen will, findet in diesem Buch wertvolle Hinweise.

„Der Nahostkonflikt und seine Hintergründe“, herausgegeben von der SDAJ Essen, 43 Essen, Rütten-scheider Straße 127, 18 Seiten.

W. I. Lenin: „Über die Jugend“, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11, 160 Seiten, 3,- DM. Dieses Buch enthält eine für die politische Jugendbildung sehr wichtige Textsammlung.

Peter Brückner: „Schülerlebe“, konkret-Buchverlag, 136 Seiten, 6,- DM. Wer noch nicht weiß, wie Schüler lieben, erfährt es spätestens durch dieses Buch.

Frederik Hetmann: „Das schwarze Amerika“, Herder-Verlag, 416 Seiten, 22,- DM. Ein Buch über den Freiheitskampf der amerikanischen Neger.

„Schülergedichte“, Verlag Neues Leben, DDR, 108 Berlin, Wilhelm-Külz-Straße 30, 186 Seiten, 4,60 DM. Die Probleme, die Schüler in der DDR haben, spiegeln sich in diesen Gedichten wider.

„Arbeiterjugend kontra Monopole“, Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16, 224 Seiten, 4,50 DM. Jeder, der sich mit Lehrlingsarbeit beschäftigt, muß dieses Buch gelesen haben.

Günter Wallraff: „Von einem der auszog und das Fürchten lernte“, Willi-Weismann-Verlag, 8 München, 122 Seiten, 8,80 DM. Wallraff-Reportage gesammelt — aus der Bundeswehr, aus Betrieben.

Friedrich Engels und die Arbeiterjugend

Grundlagen für die Bildungspolitik der Arbeiterbewegung (2. Teil) / Von Willi Schwettmann

Engels sah im Kampf um den Charakter der Arbeiterbildung eine wichtige Aufgabe in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

Gleichzeitig erkannte Engels, daß die Arbeiterklasse und ihre heranwachsende Generation ihre Bemühungen ständig erhöhen muß, in organisierter Selbstschulung sozialistische Kenntnisse zu erwerben, sich die Wissenschaft der Arbeiterklasse selbständig im Kampf gegen das Kapital anzueignen und zu verbreiten. Daraus ergibt sich unsere These Nr. 2.

Friedrich Engels war es, der als erster sozialistischer Theoretiker die polytechnische Erziehung als einen entscheidenden Bestandteil echter Volksbildung herausarbeitete und für die Entwicklung des jugendlichen erforderlich hielt. In seiner Arbeit „Grundsätze des Kommunismus“ heißt es: *„Die Erziehung wird die jungen Leute das ganze System der Produktion rasch durchmachen lassen können, sie wird sie in den Stand setzen... von einem zum anderen Produktionszweig überzugehen, je nachdem die Bedürfnisse der Gesellschaft oder ihre eigenen Neigungen sie dazu veranlassen.“* (Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Dietz-Verlag, Berlin 1959, S. 376)

„Gefängnisse, genannt Schulen“

Schon mit 18 Jahren hatte Engels im April 1839 in seinen „Briefen aus dem Wuppertal“ eine genaue Beschreibung des Schulwesens in Elberfeld und Barmen gegeben. Er schilderte den Unterschied zwischen Schule und Bildung für das Volk einerseits und für die Kinder der herrschenden Klasse andererseits.

„Man sperrt uns in Gefängnisse, genannt Schulen, ein...“ so protestierte der 18-jährige wider die autoritären Strukturen im Schulwesen des Bürgertums. Er begehrt auf gegen „jene fürchterliche Hefeschreiberei... die einen Schüler in einem halben Jahr stumpf machen kann“, d.h. gegen reaktionäre Lehrbücher und verstaubte Lehrmethoden. Wie oft werden wir gerade heute an das erinnert, was Engels vor 132 Jahren niederschrieb.

Eine ähnlich kritische Stellung bezog Engels etwas später gegenüber dem Hochschulwesen seiner Zeit.

Was er auch angriff und kritisierte, immer entlarvte Engels die offiziellen bürgerlichen Erziehungsideale, lehnte er die Schwärmerien der Reformisten in der Arbeiterbewegung ab, stellte er sich gegen die anarchistisch-individualistische Flucht aus dem wirklichen Leben. Hingegen wies er auf die Ideale des Sozialismus hin, für die man kämpfen muß. Man muß, schrieb er, für die Demokratie des Volkes kämpfen, deren Gegensatz die Diktatur des Kapitals über das Volk ist.

An der führenden Rolle der Arbeiterklasse ließ er keinen Zweifel zu. Mit gleicher Prinzipienfestigkeit orientierte er auf das not-

wendige Zusammenwirken von Arbeiterklasse und Intelligenz.

So richtete Engels am 19. Dez. 1893 an den Internationalen Kongreß Sozialistischer Studenten den hochaktuellen Appell: *„Möge es Euren Bemühungen gelingen, unter den Studenten das Bewußtsein zu wecken, daß aus Ihren Reihen das intellektuelle Proletariat hervorgehen soll, welches berufen ist, an der Seite und inmitten seiner Brüder, der Handarbeiter, eine bedeutende Rolle in der nahenden Revolution zu spielen.“*

Und vor allem an die Arbeiterjugend gewandt, fuhr er fort:

„... die Befreiung der Arbeiterklasse benötigt... Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Agronomen und andere Spezialisten; denn es geht darum, die Leitung nicht nur der politischen Maschinerie, sondern ebenso der gesamten gesellschaftlichen Produktion in die Hand zu nehmen, und hier sind anstatt hochtönender Phrasen solide Kenntnisse vonnöten.“

Kurz und bündig

DIE „ANTIFASCHISTISCHE AKTION STUTTGART“ hat sich gebildet. Ihr gehören an: DGB-Jugend, VVN, JuSo, Jungdemokraten, NFJ, DFU, DKP, Freie Sozialistische Jugend, SDAJ, Lambrakisjugend u. a. demokratische Organisationen.

PERSONALIEN: Veronika Lauscher (22), Chemielaborantin bei den Chemischen Werken Kalk in Köln, wurde auf Vorschlag des Jugendhauptausschusses vom Beirat in den ehrenamtlichen Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik gewählt. Dort wird sie die Jugend vertreten. — Wolfgang Schüssler (26) ist seit dem 1. Februar Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV. Er löst Christian Götz ab, der in die Gewerkschaftspressarbeit eingestiegen ist.

„DIE DEUTSCHE JUGEND DES OSTENS — weiter im alten Marschritt“, heißt eine Schrift von Elvira Högemann-Ledwohn (München), die jetzt von Vertretern der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend, der SDAJ und anderen Organisationen der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Das Papier weist nach, daß die DJO mit ihrem jüngsten Bundesjugendtag und nach den Diskussionen im Deutschen Bundesjugendring ihren nationalistischen und revanchistischen Kurs verschärft hat. Alle Gründe für einen Ausschluß dieser Organisation aus den Jugendringen und für die Aberkennung ihrer Förderungswürdigkeit bestünden weiterhin. Die Schrift ist zu beziehen beim Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

AUF EINE INITIATIVE DER JUNGSOZIALISTEN haben progressive Jugendgruppen in Düsseldorf beschlossen, das „Haus des Deutschen Ostens“ in einem „symbolischen Akt“ in „Walter-Scheel-Haus“ umzubenennen.

DER BUNDESVORSTAND DER SDAJ trat am 6. und 7. März in Essen zusammen. Er beschäftigte sich mit der sozialen Lage der Arbeiterklasse in der BRD und den Tendenzen der ökonomischen Entwicklung außerdem mit der Arbeit der Arbeiterjugendpresse. Am Abend fand ein Gespräch mit Vertretern der Landesjugendpresse NRW und Redakteuren von Lehrlings- und Berufsschulzeitungen statt. In einem Telegramm übermittelte der Bundesvorstand dem Zentralrat der FDJ die besten Glückwünsche zum 25. Jahrestag ihres Bestehens und wünschte weitere Erfolge in ihrer Arbeit beim Aufbau des Sozialismus. Die SDAJ und die FDJ werden vom 24. Juli bis zum 14. August 1971 ein internationales Freundschaftslager in der DDR veranstalten, an dem über 1000 Jugendliche teilnehmen.

DER VERBAND DEUTSCHER STUDENTENSCHAFTEN beteiligte sich als Beobachter am 10. Kongreß des Internationalen Studentenbundes (ISB) in Bratislava/CSSR, ebenso eine Beobachterdelegation der Assoziation Marxistischer Studenten — Spartakus. Der VDS gehörte lange Zeit dem ISC (International Student Conference) an, der nach dem Bekanntwerden der Finanzierung durch den CIA ruhmlos zusammenbrach.

Die NATURFREUNDEJUGEND, Landesverband Rheinland, stellt in einer Presseerklärung die Forderung nach zentralen Jugendzentren auf, die von den Jugendlichen mitgeplant, verwaltet und bestimmt werden. Die NFJ nimmt damit Stellung zu einem Brand in einer Kölner Diskothek, bei dem zwei Jugendliche verbrannten. In der Erklärung heißt es: „Jugendliche sollen nicht länger auf die kapitalistische Ausbeutung in ihrer Freizeit angewiesen sein.“

EIN SPITZENGESPRÄCH zwischen der DGB-Jugend und der Sportjugend fand in Düsseldorf statt. Dabei wurde die Tatsache kritisiert, daß in Norddeutschland nur drei Prozent aller Berufsschulklassen regelmäßig Sportunterricht erhalten.

DER DGB-BUNDESJUGENDAUSSCHUSS forderte ein öffentliches Hearing zur Novellierung des Gesetzes über den Zivilen Ersatzdienst. Dabei sollen alle beteiligten Gruppen gehört werden.

DIE AUSSTELLUNG „JUNGE WELT — JUNGER MARKT“ in Wiesbaden wurde unter dem Protest zahlreicher Jugendlicher eröffnet. Gewerkschaftsjugend und Jungsozialisten warnten die jungen Besucher davor, sich ihr „sauer verdientes Geld aus der Tasche zaubern zu lassen.“

DIE BEZIRKSJUGENDKONFERENZ DER POSTGEWERKSCHAFT in Hamburg forderte die Bundesregierung auf, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.

DIE VOLLVERSAMMLUNG DES HAMBURGER JUGENDRINGES protestierte gegen die Verfolgung und Diskriminierung der Opposition, die in den USA gegen die Rassendiskriminierung, gegen den Indochinakrieg und seine von der Regierung vorangetriebene Ausweitung und gegen eine Politik kämpft, die in einer steigenden Arbeitslosigkeit und einer Brutalisierung des öffentlichen Lebens ihre Konsequenzen zeigt“. In diesem Zusammenhang wurde verlangt, daß Angela Davis unverzüglich auf freien Fuß gesetzt wird.

Der Rote Punkt regiert

„Eine Mark sechzig sind Betrug, fünfzig Pfennig sind genug!“

Von Wolfgang Bartels

„Borussia rauf, Fahrpreise runter!“ Mit diesem Transparent hat ein Vertrauensmann von Hoesch die Stimmung der Dortmunder Bevölkerung auf einen Nenner gebracht.

Wie in vielen anderen Städten sind in Dortmund die Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel erhöht worden. Ab 1. 3. kosten Fahrscheine —,80, 1,20 und 1,60 DM. Dabei hatte die Stadt schon mit den alten Tarifen von —,60, —,90 und 1,20 DM an der Spitze gestanden.

Doch an eins hatten die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke nicht gedacht: eine Tarifierhöhung ist die eine Sache, sie gegenüber der Bevölkerung auch

durchzusetzen die andere. Seit dem 1. März ruht jeden Tag pünktlich ab 17 Uhr der Straßenbahnverkehr, samstags ab 11 Uhr. Die Straßenbahnfahr-gäste steigen bereitwillig in Personewagen um, die zum Zeichen der Solidarität den Roten Punkt im Fenster tragen.

Schnell hatte sich in Dortmund ein Aktionskomitee „Roter Punkt“ aus den Mitgliedern verschiedener Jugendorganisationen, Sprechern von Berufsschulen, Jugendvertretern, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsfunktionären gebildet.

Von Anfang an war ihnen klar: die Blockierung der Straßenbahnschienen muß Hand in Hand gehen mit der Organisation von Autobahnhöfen. Nach den ersten Tagen hatte sich das so gut eingespielt, daß es diese Autobahnhöfe nicht nur an den Brennpunkten der Innenstadt gab, sondern auch in Stadtteilen.

In den ersten Tagen versuchte die Polizei, die „Rot-Punkt-Aktionäre“ durch willkürliche Verhaftungen einzuschüchtern: es wurden über zweihundert Bürger festgenommen. Das Ergebnis war, daß die Zahl der Demonstranten anwuchs. Jeden Tag gab es neue Autobahnhöfe.

Die Dortmunder Zeitungen bemühten sich zuerst redlich da-



rum, die täglichen Blockaden herunterzuspielen. Angeblich wurde die Zahl der Demonstranten immer kleiner und manchmal sprachen sie sogar von Hintermännern, denen es um etwas ganz anderes als die Fahrpreiserhöhung gehe. Doch angesichts der Realitäten mußten sie ihre Berichterstattung bald ändern. Zu viele Bürger hatten sich bereits mit der Forderung des „Roten Punkt“ solidarisiert: Rücknahme der Fahrpreiserhöhung und einen sozial gerechtfertigten Einheitstarif von 50 Pfennig.

Innerhalb weniger Tage wurden zehntausend Unterschriften unter diese Forderungen gesam-

melt, die dem Bundespräsidenten Heinemann anlässlich seines Dortmund-Besuches übergeben wurden. Mehrere Großkundgebungen mit Tausenden Zuhörern fanden statt. Dietrich Kittner und Dieter Süverkrüp traten aus Solidarität kostenlos auf. Der siebzehnte Tag des „Roten Punkt“ brachte einen neuen Höhepunkt. Die Vertrauensleute des Hoesch-Konzerns beschlossen, die Aktion „Roter Punkt“ zu unterstützen. Um zu zeigen, wie ernst es ihnen damit ist, zogen sie nach ihrer Sitzung durch die Dortmunder Innenstadt. Unplanmäßig — schon zur Mittagszeit blockierten sie den Straßenbahnverkehr. ■





„Dieser Barras stinkt uns!“

„Soldat 70“ weiter auf dem Vormarsch

Von Reinhard Junge

Die Versuche des „Verteidigungs“-Ministeriums, der Bundeswehrführung und des Militärischen Abschirmdienstes, die Unterzeichner von „Soldat 70“ und andere demokratische Bundeswehrangehörige zu unterdrücken, reißen nicht ab.

● Bereits im Januar wurde der Panzerkanonier Wolfgang Jerrentrup mit 14 Tagen Arrest bestraft, weil er in Uniform gegen die Errichtung eines US-Munitionslagers in Wurstweiler (Saar) protestiert hatte. Für das gleiche „Delikt“ erhielt der Funker Fred Herger eine Geldstrafe über 60,— DM.

● Im selben Monat verschwand der Kanonier Jan Roschmann aus Kiel für zehn Tage im Zellenbunker der Lütjenburger „Schill-Kaserne“, weil er in Uniform am Landeswahlkongreß der DKP Schleswig-Holsteins teilgenommen hatte.

● Im Februar erhielt der Pionier Rüdiger Raguse aus Kamen (i./PiBtl. 13 in Lübeck) innerhalb von 14 Tagen drei Disziplinarstrafen verpaßt. Zeitweilig wurde ihm sogar verboten, am Dienst teilzunehmen, die Kaserne zu betreten und weiter Uniform zu tragen.

● Am 8. März wurde der Panzergrenadier Wolfgang Hoffmann zum zweitenmal für 21 Tage in Arrest geschickt. Das Truppendienstgericht in Koblenz hatte unter Leitung des Verwaltungsgerichtsdirektors Lilienthal herausgefunden, daß die „Soldat 70“-Erklärungen dazu „geeignet“ seien, „die Anstrengungen der Bundesregierung für außenpolitische Entspannung zu stören.“

Doch das alles kann den demokratischen Widerstand in der Bundeswehr nicht mehr unterdrücken.

So beschwerte sich am 28. 2. der Panzergrenadier René Müller in einem offenen Brief an den Wehrbeauftragten über den Inhalt eines Rundfunkinterviews, in dem Schulz sich gegen junge Sozialisten geäußert hatte: „Die Identifikation mit Lenin läßt sich mit dem Grundgesetz schlecht vereinbaren.“

René Müller warf Schulz vor, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein und mit solchen Äußerungen lediglich die Aktivitäten der Neonazis in der Bundeswehr und im „Verteidigungs“-Ministerium zu vertuschen. Und: „Wer sich zu Lenin bekennt, bekennt sich zur Demokratie.“

Zwei andere Soldaten, Fred Herger und Wolfgang Kuß, protestierten mit einem Flugblatt gegen friedensfeindliche Propaganda im politischen Unterricht der Bundeswehr. Ein Dr. Reuter, angeblich Dozent für Politikwissenschaft in Duisburg, hatte in mehreren Vorträgen versucht, die in Kastellaun (Eifel) stationierten Soldaten gegen die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages aufzuhetzen und in diesem Zusammenhang die Soldaten der Roten Armee als „Ganoven“ bezeichnet.

Herger und Kuß forderten daraufhin Mitbestimmungsrechte für Wehrpflichtige bei der Gestaltung des politischen Unterrichts in der Bundeswehr, den Abbau des Antikommunismus und die sofortige Ratifizierung der beiden Verträge.

Mitte März brach dann in den Dienststellen des MAD offene Panik aus: während einer Wehrübung in Düsseldorf gab der Oberleutnant der Reserve Theiß Urbahn ein Flugblatt heraus, in dem er den imperialistischen Charakter der Bundeswehr anprangerte.

Seine Vorgesetzten reagierten ohne Zögern: stundenlange Verhöre, MAD-Schnüffeleien in der Kaserne, Verbot der Dienstteilnahme und des Tragens der Uniform.

Auf einem Jugendforum am 17. März in Düsseldorf blieb Urbahn trotz aller Repressalien bei seinen Forderungen:

● Verzicht der Bundeswehr auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen;

● „Säuberung der Bundeswehr von Nazis und Neonazis“;

● „Sofortige Freilassung aller Soldaten, die wegen ihres Ein-



tretens für Demokratie und gegen Faschismus inhaftiert sind.“

An die zahlreichen Offiziere gewandt, die in Zivil im Saal saßen und jedes seiner Worte befehlsgemäß mitnotierten, erklärte Oberleutnant Urbahn:

„Wenn wir hier und heute nicht eintreten für eine andere Bundeswehr, für eine Armee des Volkes, dann kann es passieren, daß wir eines Tages in ein Kriegsabenteuer verstrickt werden. Daß die Jugend der BR nicht in solche Abenteuer getrieben wird wie die der USA, dafür haben wir jungen Offiziere eine hohe Verantwortung!“

„Verletzte und sogar Tote!“

Deutschland-„Befreier“ im Vormarsch

Von Klaus Poweleit

Sie tragen khakifarbene Uniformjacken mit hakenkreuzähnlichen Runen am Ärmel, auf den Schulterklappen militärische Dienstgradzeichen. Wer sich um die Bewegung besonders verdient gemacht hat, bekommt einen Verdienstorden verliehen, der an das Eiserner Kreuz erinnert. Die Buchstaben DBB sowie die Jahreszahl 1970 sind eingraviert. DBB steht für „Deutsche Befreiungs-Bewegung“ und 1970 für das Gründungsjahr.

Detlef Bensing, 1970 Kandidat der NPD für den Hessischen Landtag, trägt den Orden bereits stolz auf der linken Brusttasche seiner Uniformjacke. Aber er ist nicht der Boß dieser paramilitärischen Organisation, zu deren Gründung die „Aktion Widerstand“ den Anstoß gegeben hat. Bensing begnügt sich mit der Nr. 2 in der Organisationshierarchie.

Nr. 1 ist ein Mann, der nicht der NPD angehört, jedoch auf eine einschlägige Vergangenheit zurückblicken kann: Roland Tab-

bert. Seine frühe Jugend hat der heute 42jährige auf verschiedenen NS-Ordensburgen verbracht. Frontsoldat, Kriegsverdienstkreuz, Abitur, abgebrochenes Medizin-Studium, Krankenpfleger, Auto-Verkäufer und andere Beschäftigungen.

Kurz: wie sein großes Vorbild („Den Führer ehre und achte ich“) und nach eigenen Worten eine „verkrachte Existenz“.

Er und seine Mannen wollen „das Gute des Nationalsozialismus weiterpraktizieren, in der Form, in der es der Führer getan hat“. Die Vernichtung der Juden will Tabbert aber nicht wiederholen. Denn seit dem Sechs-Tage-Krieg denkt er anders über sie: „Ich achte die Israelis. Saujuden, wie wir sie aus dem Dritten Reich kennen, sind sie nicht mehr.“

Die aktuellen Ziele seiner Bewegung umreißt der Mächtigen-Führer so: „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, Befreiung Deutschlands und Europas vom Kommunismus, Schaffung eines vereinigten Europas der Vaterländer.“ Die Kommunisten sind für ihn eine „übelriechende Meute“, die er „loswerden“ will, der „Abscham der Menschheit“.

Da die Verträge von Moskau und Warschau nach seiner Meinung diesen Zielen entgegenstehen, sind sie für ihn „Schandverträge“, die so lange bekämpft werden müssen, bis sie wieder zerrissen sind. Jedem, der sich ihm dabei in den Weg stellt,

droht er „Verletzte und sogar Tote“ an. Auf die Frage, mit welchen Mitteln er diesen Kampf führen wolle, spricht Tabbert von „Schlagwaffen“, gibt aber auch zu verstehen, daß er sich mit der Herstellung von Bomben und Sprengsätzen und deren Wirkung ganz gut auskennt.

Im Umgang mit Schlagwaffen hat „Führer“-Stellvertreter Bensing am 25. Juli 1969 vor dem Frankfurter Cantatesaal als NPD-„Ordner“ Erfahrungen gesammelt, als demokratische Gegendemonstranten von seinen

Kameraden brutal zusammengeschlagen wurden. Nachdem der Dritte Strafsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts die NPD-Schläger jetzt unter den Schutz der im Mai 1970 erlassenen Amnestie für Demonstrationstäter gestellt und außer Verfolgung gesetzt hat, fühlt man sich in diesen „einschlägigen“ Kreisen zu neuen Taten ermuntert.

Die Aushebung einer neonazistischen Terrororganisation samt Waffenlager im Rheinland hat auch am Main Beunruhigung ausgelöst. In Hanau, wo die

DBB-Bundeszentrale ihren Sitz hat, fragt man sich besorgt, was die Polizei dort alles finden würde, falls sie sich bequemem sollte, da einmal nach dem Rechten zu sehen.

Die Demokratische Bürgergemeinschaft Hanau hatte bereits im Dezember vergangenen Jah-

res Strafantrag gegen Tabbert, Bensing u. a. sowie Verbotsantrag gegen die DBB gestellt. Auch der DGB, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, die VVN und die DKP forderten damals das sofortige Verbot. Doch die dafür zuständigen Behörden haben sich in dieser Sache bis heute nicht gerührt. ■

Napalm bei der Bundeswehr

Jugendliche Strafgefangene im „Außeneinsatz“

Von Rosa Klatt und Günter Wallraff

„Als Häufchen auf dem Tisch brennt das Pulver schlecht. Erst bei der Verteilung und Sauerstoffzufuhr gibt es eine Stichflamme. Und wenn der Stoff mit Benzin vermischt wird, entsteht Napalm. Das ist ein klebriger Brei, der auf der Haut haftet“, rekonstruiert Peter W. die Ausführungen des Stabsunteroffiziers.

Peter W. ist seit kurzem aus der Jugendvollzugsanstalt Siegburg entlassen. Vor der Entlassung mußte er auf einem der sogenannten Außenkommandos arbeiten. Die besondere Aufgabe der Gruppe, der er zugeteilt war: Verladen und Verpacken von Munition, Waffen und Napalm in einem Bundeswehrdepot in der Nähe von Wahn.

Hier in der Munitionsniederlassung des Luftwaffen-Versorgungsregimentes 5 wurde mehr als fünfzehn Jahre lang die Reozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher „gefördert“. In „Kommando-Einsätzen“ (7 bis 9 Mann) wurden die jungen Gefangenen in verschlossenen Wagen aus den Mauern der Vollzugsanstalt hinter die Sicherheitswälle des Munitionslagers transportiert. Von sieben Uhr morgens bis fünf Uhr abends

verluden sie für einen Tageslohn von 1,20 Mark Handgranaten, Maschinengewehre, Granatwerfer, Bomben, Fässer mit giftigen Säuren und Napalm.

„Das Napalm kommt in Tonnen“, berichtet Peter W. weiter. „Wir mußten es dann in Fässer umfüllen und die Fässer beschriften. Insgesamt haben wir 5000 Fässer abgefüllt.“ Ein Jugendlicher fand bei einem späteren Einsatz eine andere Aufbewahrungsart für das Napalmpulver: Es stand unbedeckt in schwarzen, im Boden verankerten Kisten herum.“

Zur Herkunft des Pulvers wie auch der meisten Waffen stimmen die Beobachtungen verschiedener junger Ex-Häftlinge überein. Wolfgang F.: „Die Beschriftung ist fast immer in Englisch. Meist ist ein US-Flagge-„Emblem“ aufgeklebt.“

Bei der Verpackung von Napalm, Munition und Waffen war oft nur der Aufseher aus der Strafanstalt anwesend. Daß die meiste Zeit kein Waffen-Experte dabei war, führt Peter W. darauf zurück: „Die hatten ja überhaupt nur drei Mann, um das ganze Lager zu bewachen.“

So gelang es auch zwei Jugendlichen, einige mit dem Pulver gefüllte Tabaksbeutel unbemerkt hinaus und ins Gefängnis zu schmuggeln. Georg Elsner, Diplom-Chemiker am Chemischen Institut der Universität Bonn, untersuchte den Stoff. Seine Analyse ergab: „Es handelt sich eindeutig um Napalm-Grundstoff.“

Die Bundeswehr hat also — und sie gibt es sogar zu — Napalm vorrätig und verwendet es auch bei Übungen. Bisher ist die Einordnung des Napalm-Benzingemisches unter „chemischen Waffen“ nicht geklärt, da das Napalm nicht vom Genfer Protokoll („Über das Verbot von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen, sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege“



Diese Männer wollen Deutschland „befreien“: Tabbert (links) und Bensing (Mitte).



In mehreren Städten beging die SDAJ den Internationalen Frauentag (8. März) auf besondere Weise. Vor Fabrikatoren, auf der Straße und in Kaufhäusern verteilten SDAJler Blumen an Frauen und Mädchen. Auf einer angehängten Karte beglückwünschten sie die Mädchen. Auf der Karte hieß es u. a.: „Durch die Blume gesagt: Der Internationale Frauentag ist der Tag der arbeitenden Mädchen und Frauen. Der daran erinnert, den Kampf um die eigenen Rechte zu führen. In der Gewerkschaft organisiert. Bei uns und mit uns — der SDAJ.“



vom 17. Juni 1925) erfaßt ist. Dieses Protokoll schließt jedoch „ähnliche Flüssigkeiten und Stoffe“ ein, wozu man das Napalm rechnen dürfte.

Napalm — ob es nun zu chemischen Kampfstoffen zählt oder nicht: Uta Ranke-Heinemann, Tochter des Bundespräsidenten, will ein internationales Verbot der chemischen Brandbombe durchsetzen. Sie meint: „Wie man Napalm militärisch klassifiziert, darüber zerbreche ich mir nicht den Kopf. Auf jeden Fall ist es ein grausames Mittel, um Menschenleben zu vernichten.“ Inzwischen häufen sich die weltweiten Bemühungen, ein solches Napalm-Verbot zu erreichen. Vorreiter einer solchen Aktion in der Bundesrepublik ist eben Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann. Am 16. Oktober 1970 startete sie ihre Bemühungen mit einem Brief an Bundeskanzler Willy Brandt.

Bereits am 28. Oktober ging die Antwort von Kanzler-Adlatus Sahm ein: „Ihre Anregung, daß die Bundesregierung die Initiative für ein internationales Napalmverbot ergreifen möge, wird grundsätzlich begrüßt. Ich habe

das Auswärtige Amt gebeten, zu prüfen, wie ein solches Vorhaben praktisch in die Wege geleitet werden kann.“

Weniger positiv drückte sich Sahm in einem zweiten Schreiben vom 30. Januar 1971 aus. Er meinte: „Eine eigene Initiative der Bundesregierung würde bei dem gegenwärtigen Stand der internationalen Diskussion verzögernd wirken.“

Verteidigungsminister Helmut Schmidt, ebenfalls von Frau Ranke-Heinemann angesprochen, fühlte sich moralisch überfordert, reagierte rein strategisch mit Zitaten aus dem Jahrbuch der Wehrtechnik 1969: „Der taktische Wert der Feuerbomben auf dem Gefechtsfeld ist umstritten“, heißt es, und: „Die Ergebnisse der weiteren Untersuchungen werden zeigen, ob eine Verbesserung der jetzigen Feuerbomben möglich ist.“

„Diese beiden Sätze empfinde ich als besonderen Hohn auf unsere Anfrage“, kommentiert Präsidenten-Schwiegersohn Edmund Ranke, gleichfalls an der Anti-Napalm-Aktion beteiligt, die Schmidt-Antwort. ■

Zuschüsse für Reitpferde

DBJR fordert Überprüfung der Subventionen für Jugendreisedienste

Von Wienand Bertram

„Die Subventionen aus dem Bundesjugendplan fließen in aufgeblähte Verwaltungen, an Reisebüros und private Unternehmer, die sich in die Gesellschaften eingekauft haben.“ Und „durch undurchsichtige Unternehmenskonstruktionen und finanzielle Manipulationen wird die Gemeinnützigkeit dieser Gesellschaft zweifelhaft.“

Zu diesem Ergebnis kam die Januar-Nummer der Zeitschrift „Test“ in einem Report über die gemeinnützigen Jugendreiseunternehmen. Dieser Report war

Anlaß für den Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendringes, Wolfgang Reifenberg, sich in einem Offenen Brief an die Mitglieder des Bundestages zu wenden.

Bei der Subventionierung der verschiedenen Gesellschaften gibt es sehr große Unterschiede. Die Deutsche Gesellschaft für Internationalen Jugendaustausch (DG) erhielt 1970 nach „Test“ DM 2 049 000, die nächstgrößte Gesellschaft, der Deutsche Studenten- und Jugendreisedienst dagegen nur 395 000 DM, die „Inter-Reisen“ nur 140 000 DM und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Ferienwerke DM 45 000.

Die DG, deren Präsident der Bundestagsabgeordnete und 2. Chef des Haushaltsausschusses, Hans Hermsdorf, ist, hat in über zehn Orten teilweise mit Hilfe erheblicher öffentlicher Zuschüsse Jugendhäuser gekauft oder gepachtet — zwei Häuser liegen in Spanien! Neben Booten, Werkmaterialien und Bergsteigerausrüstungen bietet die DG noch zehn aus öffentlichen Mitteln bezuschusste Reitpferde. Die Anschaffung dieser Pferde aus Bundesjugendplanmitteln

Sommer, Sonne, Spanien



Zeichnung: Walter Kurowski (aus „Umbruch“, Zeitschrift der JuSo Oberhausen)

kostete 42 900 DM, der jährliche Unterhalt wird mit 27 000 DM bestritten.

Der Deutsche Studenten- und Jugendreisedienst bekommt für das Europäische Zentrum Branneburg/Inn einen Zuschuß. Die anderen Gesellschaften gehen leer aus.

Abschließend heißt es in Reifenbergs Brief: „Wir halten die offensichtlichen Unterschiede in der Bezuschussung der hier angeführten gemeinnützigen Jugendreiseorganisationen ebenso wie die im „Test“-Artikel erhobenen Vorwürfe für so gravierend, daß im Interesse des öffentlichen Haushalte kontrollierenden Bundestages ebenso wie im Interesse aller Träger der Jugendarbeit, die aus Bundesjugendplanmitteln bezuschusst werden, eine Prüfung des Sachverhalts erfolgen sollte.“ ■

ANGELA DAVIS in Gefahr!

EINER: *dm/gm/dm dm/gm/dm dm/gm/dm*
 An-ge-la Da — vis in Ge -fahr. Von Mord be-droht in U - S -
 Da — vis in Ge -fahr. Ihr Völ-ker von A - me-ri-

Alle/AZ ALLE: *dm/gm/dm gm dm Az*
 A. Protest, Pro- test kämpft für ihr Recht! Ent-weißt sie jetzt dem Hen-ker-
 ka, für euer Recht den Kampf fort-führt mit An-ge-la dem Volk die

dm EINER: *dm/gm/dm dm/gm/dm dm/gm/dm*
 knecht! Wo-für spart man An-ge-la ein? Wa-rum soll sie be-zwei-tigt
 Furcht vor An-ge-la? Wer sieht im Volk dem die Ge-

Alle/AZ ALLE: *dm/gm/dm gm dm Az*
 sein? An-ge-la sagt als Kom-mu-nist: „Al-le Macht dem Volk das un-ten
 fährt? Der Rei-chen schicht, die für ihr Geld den kleinen Mann in Ar-mut

dm *gm dm*
 ist!“ Denn da wo — das Volk be-greift, daß bess-res Le-ben nicht von
 hält. Ver-bre-cher, die durch den Völ-ker-mord in Vi-et-nam ihr

Az dm dm dm dm A dm dm A
 o-bankommt und sich stark or-ga-ni-siert — ist es bald um die
 Geld ver-mehrn, ha-ben Angst vom kleinen Mann, daß er sie von der

EINER SCHLUSS
 Nixons pas-siert. Wer hat denn Macht! Mit An-ge-la: Dem Volk die Macht!
 Macht drängen kann. An-ge-la
 NACH WIEDERHOLUNG VON **BIS** ϕ **DANN SCHLUSS**

Text: Erwin Jedamus

Melodie: Elaine Brown, Informationsminister der

Black-Panther-Party, South California

»Ich kenne nur den Fall Rot!«



Die Franz-Josef-Strauß-Story:

In der Gunst seiner Freunde war er in all diesen Jahren so weit gestiegen, daß das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“ verkündete: „Er sei ein Mann, „der in der Stunde des politischen Wandels all diejenigen um sich scharen wird, die ein starkes Deutschland wollen.“ Und viele sähen ihn „als den Kanzlerkandidaten von 1973 an, der ... dann als Deutschlands starker Mann gemeinsam mit allen nationalen Kräften das neue und stärkere Deutschland schafft.“¹⁾ Zwar hatten einige seiner Freunde noch Bedenken, aber, so ein CSU-Freundeskreis, er „ist der kommende Mann. Er löst Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten ... Wir müssen die Macht erzwingen, so oder so. Auch dann, wenn die Wahl nicht nach unseren Vorstellungen ausfällt.“²⁾

Dieser Franz Josef Strauß ist nicht nur vierfacher Ehrendoktor in den USA. Nicht nur Ehrenbürger von Chicago. Nicht nur

Als nochmals fast dreizehn Jahre ins Land gezogen waren, wurde dieser Mann abermals deutlicher; laut „Spiegel“ kündigte er an: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen.“ Und: „Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen.“ Der das sagte, heißt Franz Josef Strauß, ist 55 Jahre alt und Parteichef der CSU.

Ehreninfanterist der US-Army. Nicht nur Träger der Wiener Faschingsauszeichnung „Orden des lieben Augustin“. Dieser Franz Josef Strauß ist inzwischen zur zentralen Figur des Rechtskartells geworden.

Keine Affäre ohne Strauß

Da gab es z.B. Anfang der 60er Jahre die FIBAG-Affäre. 5000 Wohnungen sollten für die US-Streitkräfte in Bayern gebaut werden. Strauß-Freund Kapfinger gründete zusammen mit einem Herrn Schloß pro forma eine Baugesellschaft (FIBAG), die den Auftrag übernehmen sollte. Strauß teilte dem US-Verteidigungsminister Gates mit, er habe das Projekt geprüft und für gut befunden. Doch diese Prüfung hat es nie gegeben. Schloß wurde als Hochstapler und Betrüger entlarvt.

Im Jahre 1962 deckte der „Spiegel“ teilweise die abenteuerlichen Rüstungspläne Strauß' auf. (Strauß-Ausspruch aus dieser

Zeit: „Ich kenne nur den Fall Rot“, und es sei möglich, die UdSSR „von der Landkarte zu radieren“.) Strauß ließ die Spiegel-Redaktion von der Polizei besetzen, Archive beschlagnahmen und Redakteure verhaften. Die Vollstreckungsbeamten belog Strauß, als er ihnen mitteilte, Kanzler Adenauer habe Weisung gegeben, den zuständigen Justizminister Stammberger nicht zu unterrichten. Die Geheimaktion war grundgesetzwidrig. „Forsch und frei heraus“ leugnete Strauß später, hier je seine Finger im Spiel gehabt zu haben. Ein anderer Skandal: HS 30. Dieser Panzer rollte nicht, aber dafür das Geld um so mehr. Nachdem Adenauer ein Holzmodell des Schützenpanzers besichtigt hatte, wurde er bestellt: zu einer Unterredung hatte der Firmenbeauftragte eine Aktentasche voller Bargeld mitgebracht. Verantwortlich für die Beschaffung: Strauß. Inzwischen haben wir uns daran gewöhnt: mit unheimlicher Präzision fällt ein Star-

fighter nach dem anderen vom Himmel. Verantwortlich für die Anschaffung dieses Witwenmachers, der wegen seiner Trägereigenschaft von Nuclearwaffen bei den nach Atomwaffen gierenden Politikern und Generalen willkommen war: Strauß. Der Bundesrechnungshof warf ihm später falsche Information des Bundestages und schwerwiegende Verstöße bei der Beschaffung („unübliche Provisionen“) vor.

Auch durch einstweilige Verfügungen läßt sich das Gericht nicht zur Ruhe bringen, daß Vera Brühne und Johannes Ferbach nur deswegen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurden, damit die Rolle des Franz Josef Strauß in dieser Mord- und Waffenschieberaffäre nicht ans Tageslicht dringt.

Sein letzter Skandal als Minister: 17 Tage nach der Bundestagswahl, seinen Abgang als Finanzminister im Herbst 1969 vor Augen, schanzte er noch schnell seinen bayrischen Freunden 100 Millionen DM Olympiazuschüsse zu. Er war zwar nicht zuständig, aber das hat Strauß ohnehin noch nie gestört.

Kritiker = „verdreckt und ungewaschen“

Doch nicht nur seine vielen Affären machten Strauß bei den Reaktionären aller Schattierungen immer beliebter. Strauß hatte im Laufe der Zeit wieder zu jener angenehmen Form der politischen Auseinandersetzung zurückgefunden, die man nicht nach Phonzahl mißt, sondern für die man schon Goebbelsche Maßstäbe anlegen muß: die persönliche Diffamierung des Gegners. So drohte er 1962 dem SPD-Abgeordneten Kahn-Ackermann: „Wenn Sie Ihre Immunität nicht hätten, kämen Sie wegen Beleidigung der Bundeswehr für ein halbes Jahr ins Kittchen!“ Und FIBAG-Untersucher Gerhard Jahn (SPD) mußte sich von Strauß sagen lassen, so etwas wie ihn müsse man „eigentlich aufhängen“. Eine Losung, die die Aktion Widerstand heute dankbar aufgegriffen hat („Hängt die Verräter!“)

Seinen Gegnern beschied er 1968: „Wir lassen uns Kritik gern gefallen, aber nicht von Ungewaschenen und Verdreckten.“³⁾ Ein Jahr später klang das noch klarer: „Diese Personen nützen nicht nur alle Lücken der Paragrafen eines Rechtsstaates, sondern sie benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist, weil diese Gesetze auch bei Rechtsbrechern noch mit Reaktionen rechnen, die der menschlichen Kreatur eigen sind.“⁴⁾ Und gegen die Kritik der „Tiere“ will er sich eben mit Maschinenpistolen wehren (siehe oben).

Als es die CDU/CSU erreicht hatte, daß der SPD-Abgeordnete Wende seinen Assistenten Mathias Jung feuerte, der für den SHB am Strauß-Tribunal (Bonn) teilnahm, erklärte Strauß zynisch: „Ist jetzt dem Assistenten gekündigt worden? Ich wünsche dem jungen Mann alles Gute.“⁵⁾

Bayerns „besondere Note“

„Deutschland braucht Bayern!“ Das war das Motto des CSU-Parteitages im April letzten Jahres. Und Strauß rieb sich die Hände: „Wir freuen uns, wenn die besondere Note der CSU-Politik auch außerhalb Bayerns Anerkennung findet.“

Was ist das, die „besondere Note“ eines Landes, dessen neuer Kultusminister Prof. Maier zur Einführung in seinen neuen Arbeitsbereich meinte: „Wir müssen vom Anspruchsrecht auf Bildung herunterkommen!“? (Zuvor war Maier bezeichnenderweise Vorsitzender des akademischen Rechtskartells „Bund Freiheit der Wissenschaft“.)

Bayern ist ein Land, das in den letzten Jahrzehnten seinen wirtschaftlichen Rückstand zum übrigen Bundesgebiet wesentlich verringert hat. Die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts liegen seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt: Bayern ist

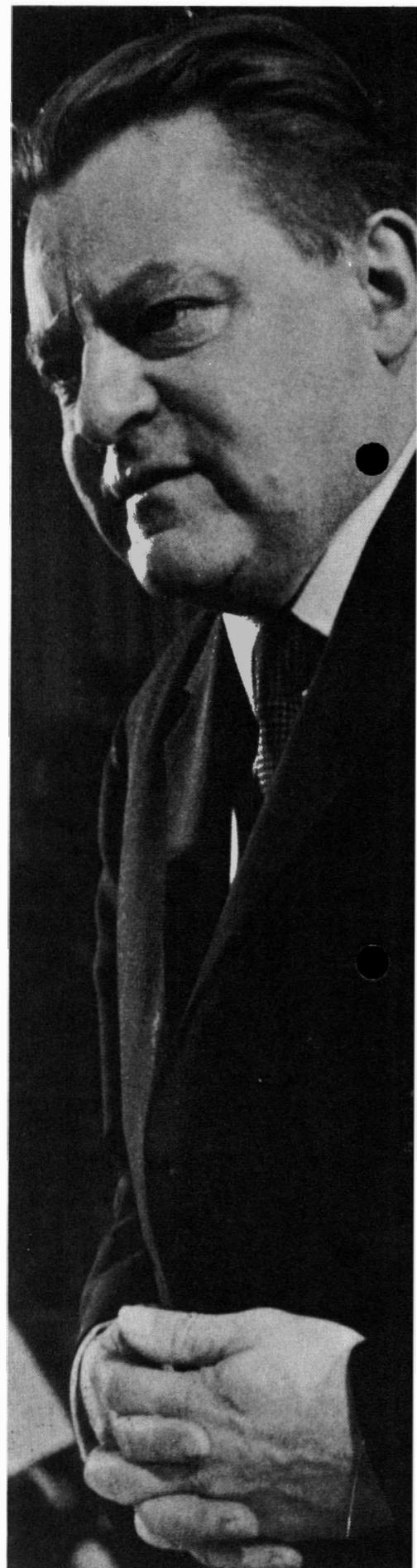


Abgestürzter Starfighter (Nr. 125)

Der neueste Skandal des Franz Josef Strauß: Bei einem nächtlichen „Spaziergang“ in New York wird der völlig Ahnungslose von drei Prostituierten überfallen und ausgeraubt.

zur größten Waffenschmiede der Bundesrepublik geworden. Doch was die gesellschaftlichen Strukturen angeht: hier weist Bayern einen erheblichen Rückstand auf. Hier haben sich überalterte Strukturen als besonders zählebig erwiesen. Adel, katholischer Klerus und Großgrundbesitz, die Überreste der Feudalzeit, haben ihre einflußreiche Stellung erhalten.

Die Industrialisierung Bayerns änderte bisher an diesen Strukturen wenig. Die Großindustrie entwickelte sich nur in einigen Zentren – München, Augsburg, Nürnberg, Schweinfurt, Ingolstadt. Das weite Land wurde von dieser Entwicklung kaum berührt. Es behielt seinen agrarischen ländlich-kleinstädtischen Charakter. Hier lebt die Massenbasis der CSU: Kleinbürgertum mit rückwärts-orientierter Vorstellungswelt.



Die Städte sind Standorte modernster Industrien: Elektrotechnik (Siemens), Maschinen- und Fahrzeugbau (MAN, BMW), Chemie (Kalle/Farbwerke Hoechst). Und nicht zuletzt Bayerns Hauptindustrie: Rüstung, Luftfahrt, Raumfahrt und Raketenantriebstechnik (Messerschmitt, Bolkow, Dornier, Junkers) geben sich hier ein Stelldichein mit Elektronik (Siemens/AEG), Kernergietechnik (Flick) und Panzerbau (Krauss-Maffey/Flick).

Strauß engste Freunde kommen aus diesem Kreise. Angefangen von Hippolyt Freiherr Poschinger von Frauenau (Präsident des bayrischen Senats) über Otto Freiherr von Feury (Präsident des bayerischen Bauernverbandes) bis zu MdB Dr. Wolfgang Pohle (Geschäftsführender Gesellschafter des Flickkonzerns und Schatzmeister der CSU), Karl-Heinz Spilker (Kalle AG) und Gisbert Kley (Siemens) reichen seine Verbindungen. Strauß selbst ist Vorsitzender im Verwaltungsrat der Airbus-GmbH und Aufsichtsratsvorsitzender der Olympia-Baugesellschaft.

Das ist der Hintergrund der „besonderen Note“ Strauß'scher Politik: ein Klassenbündnis der noch feudalen Vorstellungen verhafteten Kräfte mit den Exponenten moderner Rüstungskonzerne. Das ist Ursache für den extrem reaktionären und aggressiven Charakter des bayrischen Rechtskartells, dessen Partei die CSU ist. Und das ist das Programm von Franz Josef Strauß: „Es kommt darauf an, Bayern zu erhalten, damit Deutschland bleibt, was es in seinem westlichen Teil ist und in seinem anderen Teil werden soll.“⁶⁾

Das bedeutet Liquidierung der DDR, die für Strauß ohnehin nur „ein Gebilde (ist), dem in Wirklichkeit die Merkmale des Staates im Rechtssinne und des Völkerrechtssubjekts fehlen.“⁷⁾

„Und wie soll dieses „Deutschland“ bayrischer Prägung aussehen? „Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen.“⁸⁾ Strauß' Programm ist die Neuaufgabe deutscher Großmachtpolitik, diesmal im „europäischen Rahmen“, die Neuaufgabe imperialistischer Expansionspolitik, die schon zweimal in die Sackgasse geführt und Millionen Todesopfer gekostet hat.

Türöffnung nach rechts

All das macht ihn zum Publikumsliebbling bei allen, die sich nach einem neuen „starken Mann“ sehnen. Und Strauß revanchiert sich auf seine Art. Er öffnet die Tore der CSU: „Wir sind eine Partei, die eine Heimat ist für all diejenigen, die heute irre (!) und mit Recht unzufrieden sind mit den Parteien, in denen sie bisher gewesen sind. Dafür öffnen wir bewußt unsere Tore und dafür springen wir bewußt über manchen Schatten der Vergangenheit. Wir sind eine Partei, die eine Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes . . . ist.“⁹⁾

Und für das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“ ist Strauß der Mann, um den sich alle scharen, „die der Ausverkaufs- und Verzichtspolitik des Willy Brandt den Kampf ansagen“.¹⁰⁾ Denn „jetzt kommt es darauf an, die Position der deutschen Interessen . . . durch zähen und erfolgreichen Widerstand (!) gegen die Politik des ‚Wandels durch Kapitulation‘ zu stärken.“¹¹⁾

Für Strauß ist der Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion der „Büchsenöffner, mit dem die Pandorabüchse, die Büchse des Unheils, geöffnet werden soll.“¹²⁾

Nächstes Ziel: Regierungsturz

Strauß will die Brandt/Scheel-Regierung stürzen; lieber noch heute als morgen. Strauß auf dem April-Parteitag im letzten Jahr: „Ihr Abtritt von der Regierungsbühne wäre der beste Dienst, den sie dem deutschen Volk erweisen könnte.“ Und in einer Zeitung Springers, „unseres Manns aus dem Norden“,¹³⁾ der „Welt am Sonntag“, 5.7.70: „Ich gebe Ihnen recht, daß wir die Absicht und die Pflicht haben, diese Regierung zu stürzen.“

Und wie will Strauß das machen? Zum Beispiel durch Abgeordnetenkauf. 400 000 DM wollte sich die CSU den Übertritt des FDP-Abgeordneten Geldner kosten lassen. Zum Beispiel durch Spaltung der FDP. Die „Neue Ruhr-Zeitung“ schrieb: „Manche versuchten sich auszurechnen, was wohl Mende, Starke und Zoglmann gekostet haben.“¹⁴⁾ Zoglmann gründete den CSU-Ableger „Nationalliberale Aktion“ (NLA). Zum Beispiel durch uneingeschränkte Herrschaft über Funk und Fernsehen (dank Springer und Bertelsmann ist diese Herrschaft bei Büchern und Zeitungen schon fast verwirklicht).

Zur Zeit verstärkt die CSU ihre Bemühungen, doch noch „privaten“ Hör- und Sehfunk zu bekommen. Dabei ist es ihr bereits gelungen, genügend Einfluß auf die „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunkanstalten zu bekommen, um drei „Panorama“-Moderatoren zu feuern oder die Ausstrahlung der dritten Folge der Jugendsendung „Zoom“ zu verhindern. Dennoch fühlte sich Strauß im Februar 1971 bemüßigt, die angebliche „staatliche Zwangssteuerung von Presse, Rundfunk und Fernsehen“ durch die Bundesregierung anzuprangern.¹⁵⁾

Gemeinsamkeiten mit Strauß?

Und wie antwortet die so attackierte Regierung? Man „müsse die gemeinsamen nationalen Interessen in den Vordergrund rücken“.¹⁶⁾

Und Strauß klatscht dem Münchner Parteiratsbeschuß der SPD nicht nur lauthals Beifall. Er denunziert auch noch alle Bestrebungen von Jungsozialisten, trotz des Verbots die Aktionsgemeinschaft mit allen fortschrittlichen Kräften zu praktizieren: „Merken Sie denn nicht, wie sich diese Grenzzonen zwischen Ihnen (der SPD) und

der DKP immer mehr ausdehnen und daß Sie es nötig haben, sich hier scharf, eindeutig und mit Konsequenzen abzusetzen, und zwar so abzusetzen, daß Mißdeutungen und fließende und schwimmende Grenzen nicht mehr möglich sind. Das liegt in Ihrem und in unserem gemeinsamen Interesse.“¹⁷⁾

Und was ist dieses „gemeinsame Interesse?“ Erhaltung und Stabilisierung dieses ungerechten spätkapitalistischen Systems. Lassen wir Strauß selber sprechen:¹⁸⁾

– „Wir bekennen uns in Wort und Tat zur sozialen Marktwirtschaft und damit auch zum Unternehmertum.“

– „Es sollte auch einmal deutlich und mit Autorität gesagt werden, daß Eigentum und Ertrag Voraussetzungen einer funktionierenden Marktwirtschaft und nicht politische Sünden eines verbrecherischen oder fehlerhaften kapitalistischen Systems sind.“

Manchmal sagen Menschen gerade dann die Wahrheit, wenn sie sich versprechen. Aus dem Bundestagsprotokoll vom 12. Februar 1971:

„Strauß: CDU und CSU bieten auch denen eine politische Heimat, die ein durch Geschichte gereiftes und durch persönliche Erfahrung geläutertes Nationalbewußtsein haben und von obrigkeitstaatlichem Denken freies, aber die Staatsautorität bejahendes Verhältnis der staatlichen Ordnung demagogi – – (Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Apel: Eine schöne Freudsche Fehlleistung!) – demokratischer Prägung besitzen. (Beifall bei der CDU/CSU.“¹⁹⁾

Wolfgang Bartels

Quellenhinweise und Erläuterungen

- 1) „Deutsche Nachrichten“, 9.1.70
- 2) Aus einem Rundbrief des Kölner „CSU-Freundeskreises“, abgedruckt in „druck und papier“
- 3) Vilshofener Aschermittwochsrede, 28.2.1968
- 4) Strauß am 18.7.1969 in einem Telegramm an den bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel
- 5) Strauß am 12.2.1971 im Bundestag
- 6) Strauß auf dem CSU-Parteitag, 17./18.10.70
- 7) Strauß am 25.2.1970 im Bundestag
- 8) Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“
- 9) Strauß auf dem CSU-Parteitag, 3./4.7.1970
- 10) „Deutsche Nachrichten“, 9.1.1970
- 11) „Bayernkurier“, 9.1.1971
- 12) „Bayernkurier“, 15.8.1970
- 13) Strauß über Springer zu dessen Eintritt in den CSU-Wirtschaftsbeirat
- 14) NRZ, 14.11.1970
- 15) Strauß am 12.2.1971 im Bundestag
- 16) Brandt am 12.2.1971 im Bundestag
- 17) Strauß am 12.2.1971 im Bundestag
- 18) alle folgenden Zitate ebenda
- 19) „Demagogie“: laut Volks-Brockhaus „Hetze, Volksverführung“

Warnung vor zu heissen Höschen



„Hineinschlüpfen und mitmachen!“ Unter dieser Losung ruft BILD zur Aktion „Miß heiße Hose“. BILD kann auf eine lange Geschichte der „Heißen Höschen“ verweisen: Schon die alten Kreter, und die alten Friesen, und die Lebedamen vor 400 Jahren, und Frankreichs König Heinrich III . . .

Fragt man, warum diese große Tradition zeitweilig unterbrochen war, zum Beispiel durch lange Gewänder und Maxi und so, dann gibt BILD dafür den Männern die Schuld: „Wer einen langen Rock trägt, der kann nicht schnell laufen. Und die Angst, bei Nacht und Nebel von der lieben Ehefrau verlassen zu werden, saß den Männern schon zu Fred Feuersteins Zeiten im Nacken.“

Daß sich jetzt wieder die großen, beziehungsweise kleinen Vorbilder durchsetzen – denn in den heißen Höschen erblickt der Kenner die Shorts der fünfziger, sechziger Jahre –, dafür sind natürlich auch wieder die Männer verantwortlich. BILD veröffentlicht die Karikatur eines Mannes, der in eine Maschine jener LTU-Luftfahrtsgesellschaft stürzt, in der Hot pants zur Stewardess-Uniform gehören. Der lüsterne Fluggast: „Wohin Sie fliegen, ist mir völlig wurscht!“

Die Meldungen überschlagen sich:

London: In einer Keksfabrik wird eine 16jährige gefeuert, weil sie in „hot pants“ am Arbeitsplatz erschien.

Freiburg/Essen: Direktorinnen von Gymnasien sprechen Hot-Pants-Verbote aus.

Düsseldorf: „Heiße Höschen“ stehen im Vordergrund des Angebots auf der 88. internationalen Damenoberbekleidungsmesse (DOB). DOB erwartet „gute Nachbestellungen“ für den Sommer 71.

Hamburg: Bei soviel Engagement der Wirtschaft mag auch die bundesdeutsche Schule ihren Widerstand nicht aufrechterhalten. Erklärte die Hamburger Schulbehörde: „Einem Antrag des Elternbeirates, des Schülerrates und des Kollegiums, ‚heiße Höschen‘ zu erlauben, würde man sich fügen.“ elan vermag soviel Nachgiebigkeit der Behörden nicht zu verstehen: Übersehen die Herren und Damen nicht vielleicht die mannigfaltigen Gefahren, die aus den „Heißen Höschen“ erwachsen? Was ist, wenn ein Höschen zu heiß wird? Wenn es zu Brandverletzungen, zu schweren Störungen des Geschlechtslebens, wenn nicht gar zum Versagen in der Liebe führt?

Auch moralischen Bedenken möchte elan Rechnung tragen. Die Redaktion entschloß sich daher zu einer Bild-Auswahl, die alles enthüllt! Die Texte zu den Bildern entnahmen wir dem Anstandsbuch von Heidi Carl „Kleine Modefibel“, erschienen im Echter-Verlag Würzburg in der Reihe „Das moderne Mädchen“. Diese Texte sind eine Mahnung an uns alle.

Wer schon eine lange Hose getragen hat, weiß, wie schnell er in dieser Bekleidung Gefahr läuft, ein burleskoses Benehmen an den Tag zu legen. (Seite 15)

Während die Frau, die nur den Mann sucht, in aufdringlicher Weise mehr durch ihre Blöße als durch ihre Bekleidung die Blicke der Männerwelt auf sich zieht, wird ein Mädchen, das in einer sauberen Gedankenwelt lebt, in seinem Äußeren von seiner Art künden. Frisur und Kleidung sind geformt von der Sorge, diese Art zu bewahren. (Seite 4)



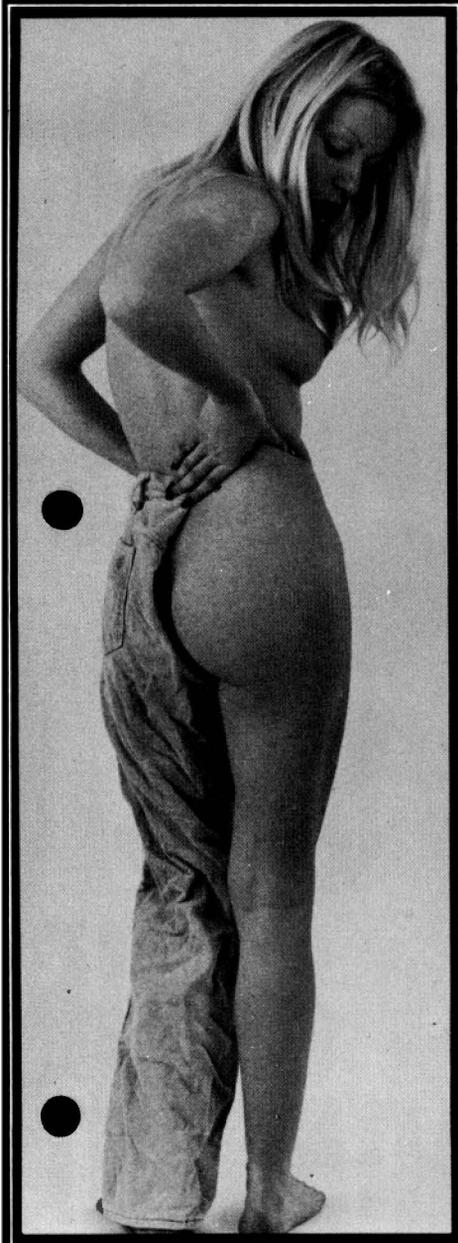
Text: Uwe Sommer
Bilder: Günter Zint

Auch bei einfachen Mädchen schleicht sich leicht eine ungute Art des Kleidens ein, oft nur aus Eitelkeit geboren, aber in Wirklichkeit zerstörerisch. (Seite 5)

Wie würden sich diese armen Wichte anziehen, wenn der liebe Gott sie als Mann erschaffen hätte? Sie müßten bei derselben Temperatur ein Hemd mit Ärmeln tragen, eine lange Hose und dazu noch Strümpfe. Und dennoch würden sie keinen Hitzschlag bekommen. (Seite 14)

Es kommt auf eine damenhafte Haltung an. Ein Mädchen in Hosen kann sich nicht mit gespreizten Beinen hinstellen oder setzen. (Seite 15)

Laß Dich auf keinen Fall zu einem offenen Büstenhalter überreden. Du hast ihn nicht nötig, weil Du sowieso die offene Kleidung ablehnst. (Seite 21)



Es gibt leider Männer, denen auch das anständig gekleidete Mädchen noch Anlaß zur Aufreizung gibt. Würden wir auf ihre Krankhaftigkeit Rücksicht nehmen, so müßten wir in Wellblechhäuschen spazieren gehen. (Seite 18)

Für uns stehen nicht die körperlichen Reize im Vordergrund der Persönlichkeit, sondern das offene Gesicht mit dem klaren, sauberen Blick, aus dem eine reine Seele schaut. (Seite 17)



Eigentlich heißt er Dieter Dehm und studiert im 5. Semester Erziehungswissenschaften an der Frankfurter Universität. Wir kennen ihn seit mehreren Jahren als politischen Liedermacher unter dem Namen Lerryn. Seit seinem 14. Lebensjahr textet und komponiert Lerryn, und er hat dabei einen interessanten Lernprozeß durchlaufen. Als Liedermacher entwickelte er seinen eigenen Stil von den pazifistischen Liedern, den Liedern der Ostermarschbewegung über die moralisierenden Klagelieder der Protestsongwelle hinaus zu Agitationsliedern mit Pop-Musik. Diese Entwicklung ist nicht zu trennen von seiner politischen Bewußtwerdung, die sich ebenfalls in typischen Phasen der „Neuen Linken“ vollzog: Ostermärsche, antiautoritäre Phase der Schüler- und Studentenbewegung, Umweg über Mao, lokale Stadtteilgruppen zur SDAJ- und Gewerkschaftsarbeit. Lerryns politische Aktivität ist vielfältig. Wir trafen ihn, das SPD-Mitglied, als Mitorganisator der „Aktion 30. Januar“ in Frankfurt, wo es gelang, fast alle linken Gruppen zu einer antifaschistischen Aktionseinheit zu bewegen. Als Herausgeber des Buches „Schulreport“ (Melzer-Verlag 1970) unterzog er die bundesdeutsche Schul- und Bildungsmisere einer kritischen Analyse. Mit seinen Liedern ist er bislang auf zwei „Pläne“-Platten zu hören. Auf der LP „Hören Sie mal rot! Arbeiterliederfestival 1970“ interpretiert er das bekannte Gaslied. Seine eigene Single „Lehrlinks-Machtgebeat“ (Pläne Peng Nr. 8), auf der ihn die Gruppe Dadazuzu musikalisch unterstützt, ist so etwas wie ein Hit unter den Agitationsliedern geworden, was sicherlich nicht allein an der Form (Beatbegleitung) liegt. Durch Lerryns beispielgebendes Experiment werden dem Politsong neue Wirkungsmöglichkeiten erschlossen.

Franz-Josef Degenhardt schreibt über Lerryns Lieder und Musik: „Wahrscheinlich werden jene, die die neuen Lieder über das alte Elend Unterdrückung auf den Verkaufsbegriff ‚Protestsong‘ gebracht haben, bald mit Agitations-Pop Geschäfte machen wollen. Sollen sie. Lerryns Lieder, Agitations-Lieder, sollen unter die Leute kommen, dafür sind sie gemacht.“

Das Lehrlinks-Machtgebeat, ein gekonntes Lehrstück über den Brauch der Unternehmer, Lehrlinge früh und schnell zu Unternommenen zu machen, und darüber, wie diese Mißbrauchten zur Gegenwehr kommen können und sollen. Und auf der anderen Seite der Gummiknüppel-Song, ein lustiges Lied über die unterdrückte Lust der Schutztruppe des Kapitals, die ihre Knüppel in die Hand nehmen und auf die Köpfe schlagen, anstatt sie dahin zu stecken, wohin sie gehören. Und wie man sie zum richtigen Knüppelgebrauch zwingen kann.

Degenhardt weiter: „Bei Lerryn ist die Musik nicht Background-Gewummer und -Gewimmer, sondern bringt sein Lehrstück auf den Sound, der beim Hörer Spaß und Kraft erzeugt, den Versuch der Befreiung zu wagen.“

elan: Deine ersten Lieder entstanden zur Zeit der Ostermärsche und der Protestsongwelle – heute genügen sie längst nicht mehr deinen Ansprüchen. Du sagst, sie seien „irrsinnig“ gewesen. Wieso versuchtest du schon mit 14/15 Jahren, Lieder zu machen?

Lerryn: Abgesehen davon, daß ich schon immer gerne Lieder hörte, sang und Gitarre spielte, müßte ich zur Beantwortung deiner Frage weit ausholen, weil meine politischen Lieder –

auch die ganz frühen – stets der Ausdruck meines gesellschaftlichen Bewußtseins sind. Meine politische Entwicklung verlief in mehreren zum Teil sehr widersprüchlichen Phasen . . . Zuerst war ich sozial engagierter christlicher Pfadfinder. Ich stellte früh die Gretchenfrage nach dem Pazifismus und versuchte, pazifistische Lieder mit einer Beatgruppe umzusetzen. Das mißlang aus mehreren Gründen. Also begann ich, meine Lieder alleine zur akkusti-

**AGIT
PROPOP**

**IN DIE
HITPARADEN!**

Carsten Linde sprach mit dem
Frankfurter Liedermacher Lerryn

schen Gitarre vorzutragen. Nach einer harten Diskussion über meine Lieder im Frankfurter Club Voltaire versuchte ich, konkretere Lieder ohne viel Protestgeschwafel zu schreiben. Dann bin ich in die SPD eingetreten, weil es bei mir in der Familie immer so war. Die SPD war gegen Totalitarismus und Meinungsterror, und entsprach in ihren Zielen meinen politischen Vorstellungen von demokratischer Freiheit. Als ich mit 15 das erste Mal in der DDR

war, hatte ich mich noch geärgert, daß es dort nicht den sogenannten Pluralismus gab und z.B. keine Bildzeitung erschien, obwohl ich selbst BILD schlecht fand. Irgendwann bald darauf wurde ich „Maoist“. Ich wollte was Besonderes sein, was Besonderes haben . . . Anläßlich eines Klassenausflugs nach West-Berlin fuhr ich mit Freunden nach Karlshorst zur chinesischen Botschaft, wo wir uns Mao-Plaketten usw. holten . . . elan: Welche Ereignisse und Er-



fahrungen änderten dein Verhalten so, daß du anfingst, dich aktiv für sozialistische Ziele einzusetzen?

Lerryn: Als Mitbegründer des AUSS (Arbeitsgemeinschaft unabhängiger sozialistischer Schüler) war ich zeitweilig im Politkomitee des Bundesvorstandes. Wir hielten große Reden und organisierten sehr viel, aber stellten immer mehr fest, daß wir als isolierter Schülerbund unseren sozialistischen Zielen aus eigener Kraft nicht

viel näher kamen.

Auch der Versuch, gemeinsam mit dem SDS die Arbeiter zu mobilisieren, klappte nicht. Dann sah ich aus nächster Nähe, wie bei den Mai-Unruhen in Frankreich die anti-autoritären Studenten scheinbar eine siegreiche Revolution auslösten. Sie glaubten, schon die Staatsmacht in Händen zu halten, während die Kommunisten und die Gewerkschaften die Lage realer einschätzten. In Frankfurt wirkte ich kurze

Zeit später in der „Sozialistischen Demokratischen Opposition“ (SDO) mit. Das war ein Wahlbündnis aller linken Kräfte auf lokaler Ebene. Erst ab da war ich gezwungen, ganz konkrete Politik zu machen.

Nach und nach vollzog sich ein weiterer Lernprozeß bei mir. Ich sah, daß China sehr weit weg war und unsere politischen Probleme anders liegen als dort. **elan:** Auch Deine Lieder haben sich stark gewandelt. Welchen Charakter tragen sie heute, und würdest du sie als Agitationslieder bezeichnen?

Lerryn: Protestsongs mit moralischer Aufrüstung sind sie nicht mehr. Protestsongs zeigen ja nicht die Ursachen des Elends, das dem Lied als Thema zugrunde liegt. Weil denen die Analyse fehlt, läßt sich aus ihnen auch keine konkrete Hoffnung ableiten. Was wir heute machen, ist sehr viel mehr: Wir profilieren sozialistische Organisationen und weisen auf den konkreten Klassenkampf hin. Wir spiegeln das wider, was die Bewegung macht und ausmacht. Wir sprechen uns also nicht mehr allein gegen den Krieg aus, sondern ergreifen Partei – und am Beispiel Vietnam wird das sehr deutlich – und solidarisieren uns offen mit den Kräften, die für Sozialismus und Demokratie kämpfen. Meine Lieder sind Agitprop und Pop, geschult an der Musik der Jugend.

elan: Für welche Gruppe machst du hauptsächlich deine Lieder?

Lerryn: Ich beschränke mich nicht auf eine bestimmte Zielgruppe. Den Liedern die richtige Form zu geben ist schwer. Auch viele andere politische Liedersänger haben noch nicht das entwickelt, was ich anstrebe: eine Liedform, die zwischen dem propagandistischen Anspruch der Conrads und der künstlerischen Leichtigkeit von Süverkrüp liegt. Liberale und Sozialdemokraten spreche ich mit meinen Liedern erfahrungsgemäß am besten an. Für Genossen, die weiter sind, müssen Lieder geschaffen werden, die den antimonopolistischen und antifaschistischen Kampf von heute signalisieren.

elan: Du trittst vor sehr unterschiedlichem Publikum auf...

Lerryn: Ja, ich singe überall, wo man mich hören will: Vor Lehrlingen, Rockern, in Jugend-

clubs, bei Gewerkschafts- und antifaschistischen Kundgebungen, bei Versammlungen von SPD-, FDP-, DKP-Gruppen.

elan: Jetzt kommt die berühmte und gehäßte Frage nach der Wirksamkeit politischer Lieder...

Lerryn: Die direkte Wirkung kann ich nicht nachprüfen. Applaus oder Pfiffe sind kein eindeutiges Zeichen für Erfolg oder Mißerfolg des politischen Liedersängers. Vielleicht gelingt es mir, ein Stück des Vorurteils gegenüber Sozialisten und Kommunisten abzubauen, indem ich – was sich ganz unpolitisch anhört! – die Leute amüsiere, sie zum Lachen bringe. ihre Emotionen mobilisiere und gleichzeitig lenke, unter Kontrolle halte. Ich will ihr Vergnügen politisch machen. Ich will Lernprozesse einleiten, ihnen Erkenntnisse vermitteln. Zuviel Beifall für ein Lied, das nicht aktuell ist, muß uns zum Nachdenken zwingen. Ich wäre froh, wenn ich von mir behaupten könnte, ich würde dazu beitragen, den Klassenkampf voranzubringen.

elan: „Lehrlings-Machtgebeat“ und der „Gummiknüppel song“ werden von der Rock-Gruppe Dadazuzu begleitet. Überhaupt setzt du häufig musikalische Pop-Musik-Elemente politischen Texten gegenüber.

Lerryn: Mir gefällt Blues und Pop, und so verwende ich diese Musik. Das „Machtgebeat“ stimmt zur Solo-Gitarre nicht. Da fehlte ihm der Zunder. Das, was gerade diesem Lied die treibende Kraft gibt, konnte ich nur mit Hilfe von Pop- und Rockelementen erreichen. Der Inhalt verlangt eine solche Form, obwohl sie erst ersatzweise gelöst ist.

elan: Würdest du es für richtig und wichtig halten, daß Agitproplieder in die Hitparaden eindringen?

Lerryn: Warum nicht? Das ist gerade die Frage der Anpassung an gängige Musikformen ohne den politischen Inhalt des Liedes aufzugeben. Bei der Integration von Agitprop in die Massenmedien kann nichts passieren, wenn die Lieder in der richtigen Bindung zur richtigen Politik stehen. Dann bleiben sie kontrollierbar. Die Hitparaden werden mehrheitlich von der Arbeitjugend gehört. Warum sollten ausgerechnet ihre und unsere Lieder darin fehlen?

POST

Von Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Die nächsten
Leserbriefe
werden in
Nr. 5/71
veröffentlicht.
Wir bitten um
Verständnis.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



**„Verdammt
noch mal,
wo bleibt er
denn schon
wieder...“**



... der neue „elan“ nämlich. Der kam im März mal wieder mit erheblicher Verspätung bei den Lesern an. Deshalb schreiben wir Euch, liebe Leser, diesen Brief.

Dies ist an und für sich der Platz für Briefe von Euch. Das soll auch so bleiben. Doch diesmal müssen wir eine Ausnahme machen. Denn die meisten Leserbriefe im März fingen ohnehin etwa so an: „Ihr Schlafmützen — wieso ist die Zeitschrift noch nicht da?“ Oder: „Ist Euer elan vorüber? Macht Ihr die Zeitung jetzt antiquarisch?“ Auf diese Fragen möchten wir antworten.

Die März-Ausgabe wurde von unserer Druckerei am 5. März in Frankfurt am Main auf dem Verlagspostamt aufgegeben — Zeugen dafür können benannt werden. Das Verlagspostamt hat die Aufgabe, die Zeitschrift umgehend an die Hauptpostämter in den Städten und Ortschaften zu versenden, von wo aus die Zustellung an die Abonnenten erfolgt. Das Verlagspostamt Frankfurt hat jedoch eine Woche (!) gewartet, bevor es die Exemplare an die Zustellpostämter weiterleitete. Sogar in Frankfurt erfolgte die Zustellung erst am 11. März; in anderen Städten war der elan am 15. März noch immer nicht zugestellt.

Nun haben wir bereits wiederholt feststellen müssen, daß unser Jugendmagazin nicht so behandelt wird wie andere Zeitschriften, nicht so wie Springer- und NPD-Blätter. Diese werden stets pünktlich zugestellt. Der elan jedoch wurde in den letzten Monaten in vielen Städten, z. B. Hamburg, stets mit erheblicher Verspätung ausgetragen. In Dortmund gar „verzichtete“ die Bundespost im Dezember und Januar ganz auf die Zustellung. Erst nach massiven Protesten bequeme man sich, die alten Ausgaben Mitte Februar den Lesern auszuhändigen!

Wir sind nun nicht so naiv anzunehmen, es handele sich dabei um Zufälle. Wir geben auch nicht den Kollegen von der Bundespost die Schuld an diesen Vorfällen. Für die vorliegenden Verstöße gegen den immerhin noch geltenden Artikel 5 des Grundgesetzes

(Recht auf Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit) sowie gegen das Prinzip der Gleichbehandlung durch die Behörden muß das politische Spitzelwesen in der BRD verantwortlich gemacht werden, das sich immer mehr ausbreitet. Dafür sind Politiker verantwortlich, die uns Notstandsgesetze bescherten und weiterhin mit der Aushöhlung der Grundrechte beschäftigt sind. Die jungen Kollegen der Deutschen Postgewerkschaft hingegen hatten im Mai 1968 auf ihrer letzten Bundesjugendkonferenz einstimmig erklärt: „Insbesondere wenden wir uns als junge Postler gegen die vorgesehene Einschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses und wehren uns dagegen, nach diesem Notstandsgesetz tätig werden zu müssen.“

Die Redaktion hat sich an den politisch verantwortlichen Bundespostminister, Herrn Leber (SPD), mit einem Protestschreiben gegen die Notstandspraktiken gewandt — wir bekamen nicht einmal eine Antwort.

Deshalb möchten wir Euch, liebe Leser, bitten, selbst aktiv zu werden. Laßt es Euch nicht gefallen, daß man Euer Jugendmagazin kaputt machen will. Nicht nur die Behinderungen in der Postzustellung, auch weitere Maßnahmen sind gegen den elan gerichtet:

- da verbietet ein Polizeioberrat in Mannheim den öffentlichen elan-Verkauf, weil diese Zeitschrift „nicht im öffentlichen Interesse liegt“;
- da wird Bundeswehrosoldaten, die Abonnenten von elan sind, ihre Zeitschrift von Vorgesetzten vorenthalten;
- da werden bei den Soldaten Arne Winter (Hamburg), Georg Rohde (Lüneburg) und Gerhard Gust (Wittmund) und bei vielen anderen elan-Exemplare beschlagnahmt;
- da wird der Soldat Rüdiger Raguse (Lübeck) gar mit einer Geldstrafe belegt, weil er elan in seiner Stube aufbewahrte;
- da wird unsere Redaktionsarbeit behindert, indem vorübergehend unser Telefon lahmgelegt wird (obgleich die Redaktion besetzt ist, ertönt dann bei Anrufen kein Zeichen);
- da wird unsere Post kontrolliert und die Zustellung verzögert. Briefe werden geöffnet und mit einem unauffällig-auffälligen Leim wieder zugepappt;
- das Gebäude, in dem sich unsere Redaktion befindet, wird nahezu ständig von Schnüfflern beobachtet;
- es tauchen da und dort Meldungen und Gerüchte auf, die nur von abgehörten Telefongesprächen stammen können, die mit unserer Redaktion geführt wurden.

Liebe Leser! Wir lassen uns von diesen Maßnahmen nicht einschüchtern. Wir schreiben dies alles, damit Ihr versteht, woran die Verzögerungen in der Belieferung liegen. Wir schreiben dies aber auch, damit Ihr selbst aktiv werden könnt:

- Protestiert bei Verzögerungen bei Eurem Postamt!
- Appelliert an die jungen Kollegen von der Deutschen Postgewerkschaft, den elan mit zu schützen!
- Wendet Euch überall gegen die Notstandspraxis und gegen die Beschränkung von Bürgerrechten!

Und schließlich: Werbt neue Leser für den elan. Das ist die beste Antwort auf die Maßnahmen, die gegen unsere Zeitschrift eingeleitet werden.

Die Praxis der politischen Diskriminierungen und Verfolgungen von Demokraten — wie wir sie aus der Zeit des kalten Krieges kennen — wird hierzulande wieder kultiviert. Strauß und sein Rechtskartell hetzen auf Teufel komm raus. Die SPD-Führung leitet mit ihren Münchener Beschlüssen eine neue Welle des Antikommunismus ein. Unsere „liberalen“ Innenminister Genscher und Weyer sind auf dem rechten Auge blind — sie lassen die Nazis beinahe ungestört und verfolgen die Linke. Aber auch die SPD-Minister können es ganz gut: Der niedersächsische Innenminister Lehnert erklärte, sein Verfassungsschutz wende vier Fünftel seiner Kraft zum Kampf gegen die linken Kräfte auf. Da kann Bubi Thadden in Hannover ja beruhigt sein.

Wir aber sind nicht ruhig. Wir alle müssen aufpassen und unsere Kräfte formieren, damit die Demokratie nicht ganz flöten geht.

Das wollten wir Euch sagen. Und nächstes Mal stehen hier wieder Eure Leserbriefe. Schreibt uns doch mal — zum Beispiel zu den hier angesprochenen Fragen.

Herzlichst Eure Redaktion

Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige Gelegenheiten, fabrikneu, Kofferschreibmaschinen, Saldiermaschinen, Rechenautomaten. Profitieren Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog II/286

NÖTHELAG Deutschlands großes Büromaschinenhaus

34 Göttingen · Markt 1 · Postfach 601
Telefon 62008, Fernschreiber Nr. 096-893

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel.: 678 0993

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen: Prospekte bitte anfordern!

Agentur Fiegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 229 96 66



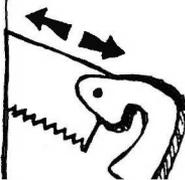
Abonnenten haben's besser:

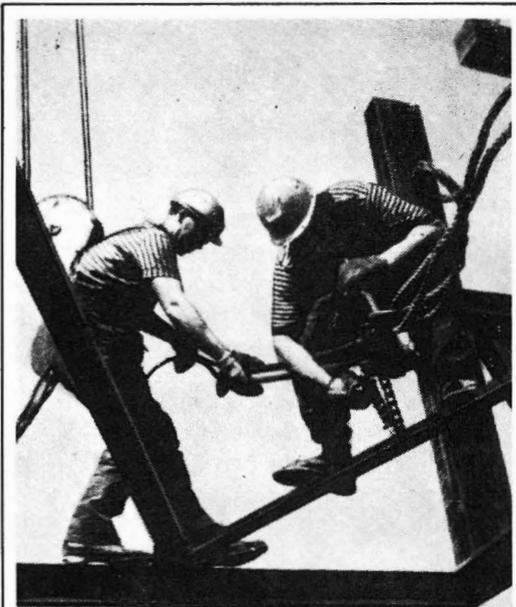
Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan. (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

... und dann
einsetzen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

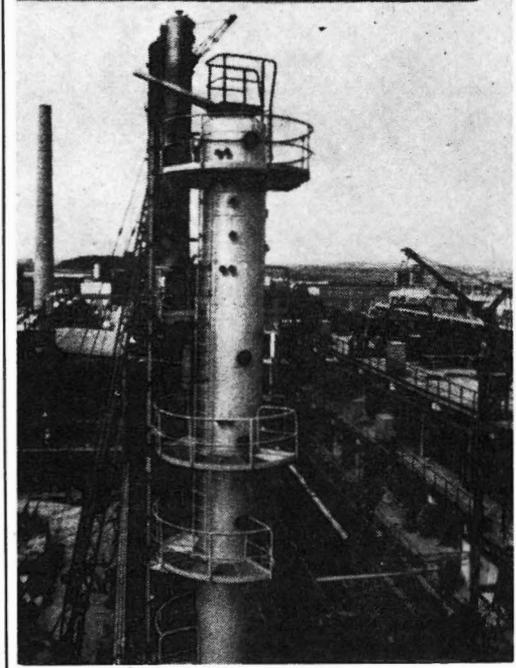




Wir sind die junge Garde

25 Jahre Freie Deutsche Jugend –
eine Fotodokumentation
über die Entwicklung des sozialistischen Jugendverbandes

Etwa 380 Fotos · etwa 230 Seiten · Ganzleinen etwa 15,- M
Für Leser ab 14 Jahre

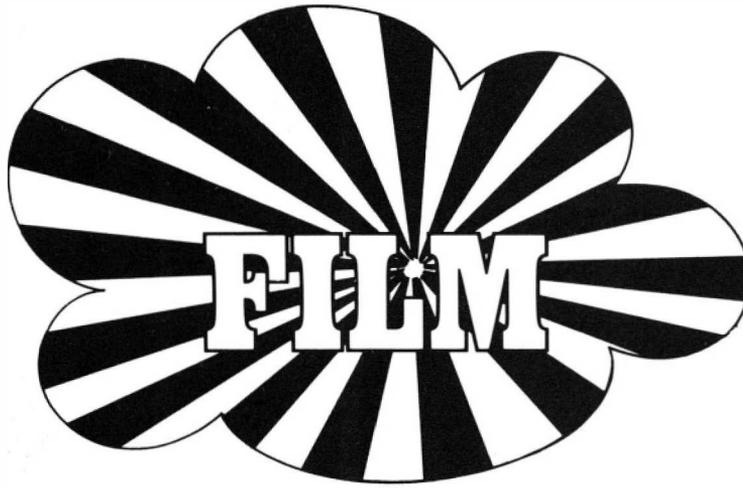


VERLAG NEUES LEBEN BERLIN
Der Verlag der jungen Generation
DDR - 108 Berlin Postfach 1223



Ein
repräsentativer
Geschenkband
für
Auszeichnungen

Herausgegeben vom Zentralrat der FDJ
Zusammengestellt von Herbert Thur
Das Geleitwort schrieb Günther Jahn



Catch-Trick 22

nicht aber, daß der Imperialismus zwangsläufig Krieg gebiert, weil er seinen eigenen ökonomischen Gesetzen nicht zu entrinnen vermag.

Wohl zeigt der Film, wie demoralisiert jene Piloten sind, die ihre Bomben auf friedliche Dörfer werfen — aber es bleibt dem Zuschauer überlassen, das Modell „Catch 22“ in die Gegenwart nach Indochina und in den Nahen

Osten zu übertragen, wo Nixons und Dajans Flieger jede zerstörte Schule als einen großen Sieg feiern. Wohl auch zeigt „Catch 22“ — und das in sehr eindringlichen, an Bergmanns filmische Mittel erinnernden Passagen — daß Imperialismus, Faschismus und Krieg irgendwie miteinander verwandt sind — nicht aber, wie man gegen sie ankämpfen kann und wer dazu imstande ist.

Hollywood, die große imperialistische Meinungs- und Traumweltfabrik hat Regisseur Mike Nichols eine Sprache aufgezwungen, in der vieles verschwiegen werden und umschrieben bleiben mußte.

So muß sich der mit hervorragenden Schauspielern besetzte Film (u. a. Orson Welles und Anthony Perkins) zum Schluß damit begnügen, dem Zuschauer einen Scheltnausweg anzubieten: Yossarians Versuch, nach Schweden zu desertieren.

Trotz dieser Mängel ist „Catch 22“ ein sehenswerter Film. Er unterscheidet sich deutlich von Durchhaltekomödien wie „MASH“ und antikommunistischen Reißern im Stile der „Grünen Teufel“.

Was vermag der unpolitisch gehaltene Bürger eines kapitalistischen Landes zu tun, wenn er wider Willen in einen Krieg hineingezerrt worden ist, dessen Irrsinn er erst beim Abwurf mörderischer Bombenteppiche zu erfassen beginnt?

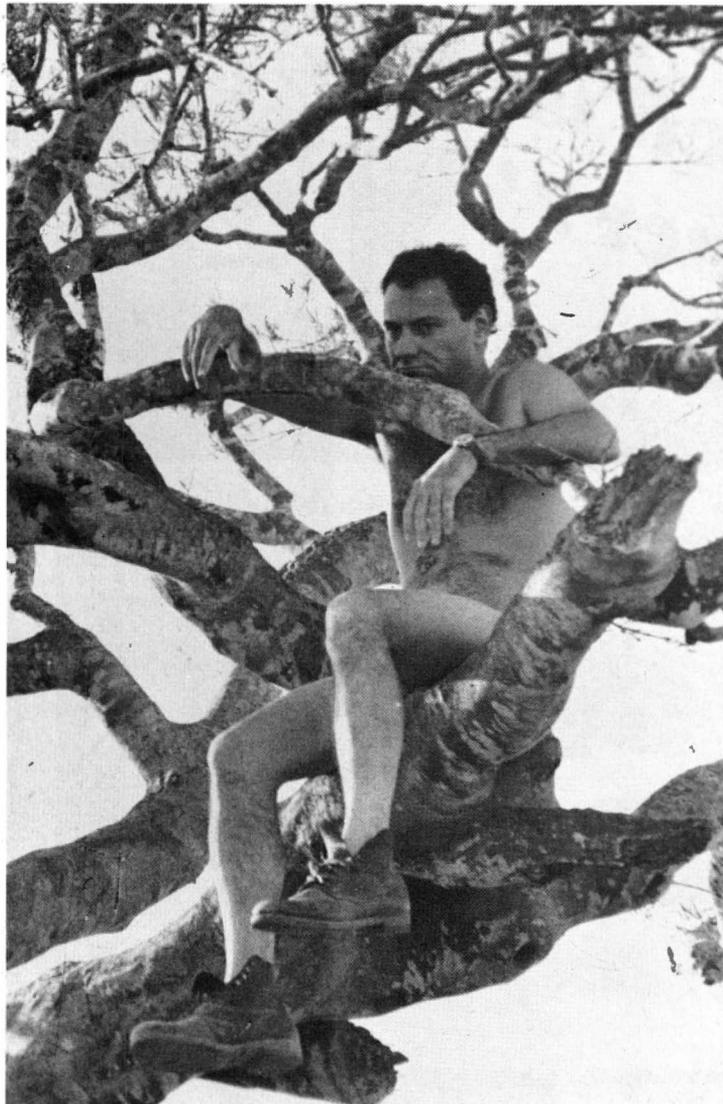
Captain Yossarian (Alan Arkin) sieht nur noch eine Möglichkeit, dem Krieg zu entrinnen: sich untauglich schreiben zu lassen.

In dieser Situation aber wird „Trick 22“ wirksam: „Ein Bomberpilot kann nur dann für fluguntauglich erklärt werden, wenn er verrückt ist und den Antrag selbst stellt. Ein Bomberpilot, der diesen Antrag stellt, ist aber nicht verrückt und kann deshalb auch nicht für fluguntauglich erklärt werden.“

Dieser perversen und zynischen „Logik“ des Militarismus hat Yossarian nichts Wirksames entgegenzusetzen. Unter den vertriebenen Piloten der US-Luftwaffe findet er niemanden, der für seine Skrupel Verständnis aufbringt; an kollektiven Widerstand ist erst recht nicht zu denken. So beschränkt sich sein Aufbegehren auf den Versuch, die eigene moralische Unversehrtheit zu wahren, sein Gewissen reinzuhalten. In der Gestalt Yossarians verkörpern und verdeutlichen sich die Hauptmängel des Films

„Catch 22“:
Er verharrt in der Darstellung von Oberflächen- und Randerscheinungen des imperialistischen Krieges, ohne aber zu seinem Wesen, zu seinen Ursachen vorzudringen.

Wohl wird gezeigt, wie frontfelge Offiziere bei ihren Schwarzmarktgeschäften sogar die Fallschirme ihrer Kameraden verhöckern —



Nackt zur Ordensverleihung

Notizen

● Am 10. Januar hat sich in Essen der „Filmförderungsverein NRW“ gegründet. Die von den kapitalistischen Produktions- und Verleihgeschäften unabhängigen Filmemacher wollen u. a. als Alternative zur manipulierten Wochenschau in den Filmtheatern eine „Wochenschau des anderen Kinos“ herstellen. Sie soll Jugend- und Gewerkschaftsgruppen zur Verfügung gestellt werden. Kontaktadresse: Lutz Mommartz, 4 Düsseldorf, Silesische Str. 96.

● In der Bundesrepublik laufen gegenwärtig einige empfehlenswerte sowjetische Spielfilme an. Unter ihnen befinden sich „Abschied von Gulsary“ nach dem berühmten Roman von Tschingis Almatov sowie die beiden antifaschistischen Kriegsfilme „Feuerbogen“ und „Durchbruch“ aus dem Zyklus „Befreiung“. Doch Vorsicht: Vor Entstellungen durch Schnitte und falsche Synchronisation wird gewarnt!

Jeppid etwas hat unsere erdgewöhnlichen internationalen Flüge gemacht. Wie glauben Sie, sind es unsere günstigen Jugendtarife!

Verläßt unser Land. Mit 25% Ermäßigung.



Man kann gegen Euch sagen, was man will, aber man hat für einiges erreicht. Da man aber unendlich viele abgelehnte Beschlüsse hat, wenn man sie gesehen hat, andererseits junge Leute meistens (eventuell) nicht gut gewillt sind, gehen wir allen zwischen 12 und 22 Jahren 25% Ermäßigung. Für die Flüge in Europa, Amerika und Australien.

Über alle unsere Beschlüsse Auskunft wie wird in meinem Korsett gegeben.

Bei auch in jedem IATA-Büro wird darüber sehr Bescheid.

Es gibt noch die Antwort da jene Zugreifen, die auch das Zurückkommen in Betracht ziehen können. Auch der Rückflug ist 25% ermäßigt.

An die Deutsche Lufthansa AG, 4 Schwanen, Köln/Debon 71

Bitte schicken Sie mir einen Bescheid "Jugend Flug". Aber bitte dabei, sie verpassen.

Name: _____

Anschrift: _____



"ES TUT MIR LEID, HERR KIESINGER, ABER IHRE BUCHUNG FÜR UNSEREN BUNDESKANZLER MUSSTE AUS UNSEREM SONDERPROGRAMM 'VERLÄST UN SER LAND' GESTRICHEN WERDEN. DIE ALTERSGRENZE, SIE VERSTEHEN..."

„Nur fliegen ist schöner!“

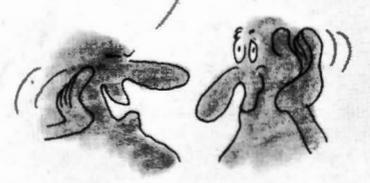
Uli Stein buchte als erster



"ALSO - WENN SIE ES NICHT WEITER SAGEN - WIR TRAGEN BEI DER LUFTHANSA NUR DEN RABATT FÜR DIE RÜCKFLÜGE..."



"...DIE ERMÄSSIGUNG FÜR ALLE HINFLÜGE ERSTATTET UNS NÄMLICH ... FLÜSTER... FLÜSTER..."



"IST DAS NICHT WIRKLICH MAL CHRISTLICH UND SOZIAL GEDACHT?"

"UND DIESES MAL SOGAR MIT DEM GRUNDGESETZ VEREINBAR!"

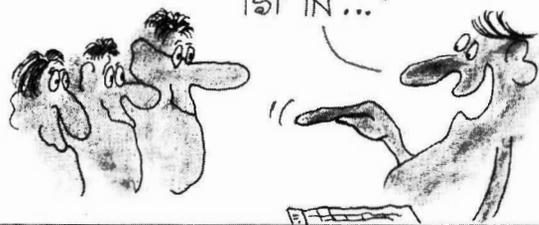


"AUSFLIEGEN IST VIEL ZU MILDE! MAN SOLLTE KURZEN PROZESS MIT DIESEN KERLEN MACHEN!"

"GENAU! MAN SOLLTE SIE EINFACH IN DIE BUNDESBAHN STECKEN!"



"SIE SIND SICHER DIE GEMELDETEN
HERREN 'DUSOS' FÜR SIE
IST IN..."



"...UNSEREM SONDERPROGRAMM EINE
INFORMATIONSFLOGREISE NACH CHINA GE-
BUCHT..."

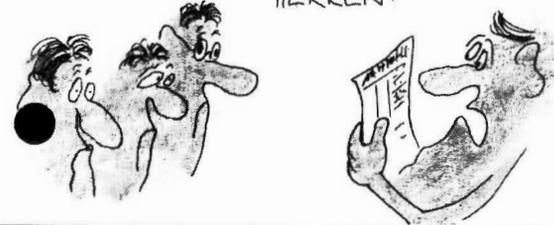


"...BEZAHLT HAT DIE SPD
SCHON IM VORAUS, ABFLUG MORGEN UM 35 UHR"



"UND WANN IST DER RÜCKFLUG?"

"ES IST NUR EIN EINFACHER FLUG, MEINE
HERREN!"



"NEIN, NEIN, HERR STRAUSS - ÜBER
DAS VERBILLIGTE AUSFLIEGEN
HABEN WIR UNS EINIGEN KÖN-
NEN - ABER ABSTÜRZE SIND
NICHT DRIN!"



SCHALTE

"EINEN FLUG AUS IHREM
JUGENDPROGRAMM -
MÖGLICHT GLEICH UND
WEIT WEG..."



"EINES MERK DIR FÜR DEINE
GANZE LEHRE: WER
BEI MIR
MECKERT -
DER FLIEGT!"

"AU, FEIN!"



"SIE FAHREN JETZT NACH MÜNCHEN - DORT
WARTET SCHON DER VOGEL AUF SIE, MIT
DEM SIE UNSER LAND
VERLASSEN
WERDEN!"



"NA, WENN DER MITFLIEGT -
DANN GEH
ICH GERNE!"



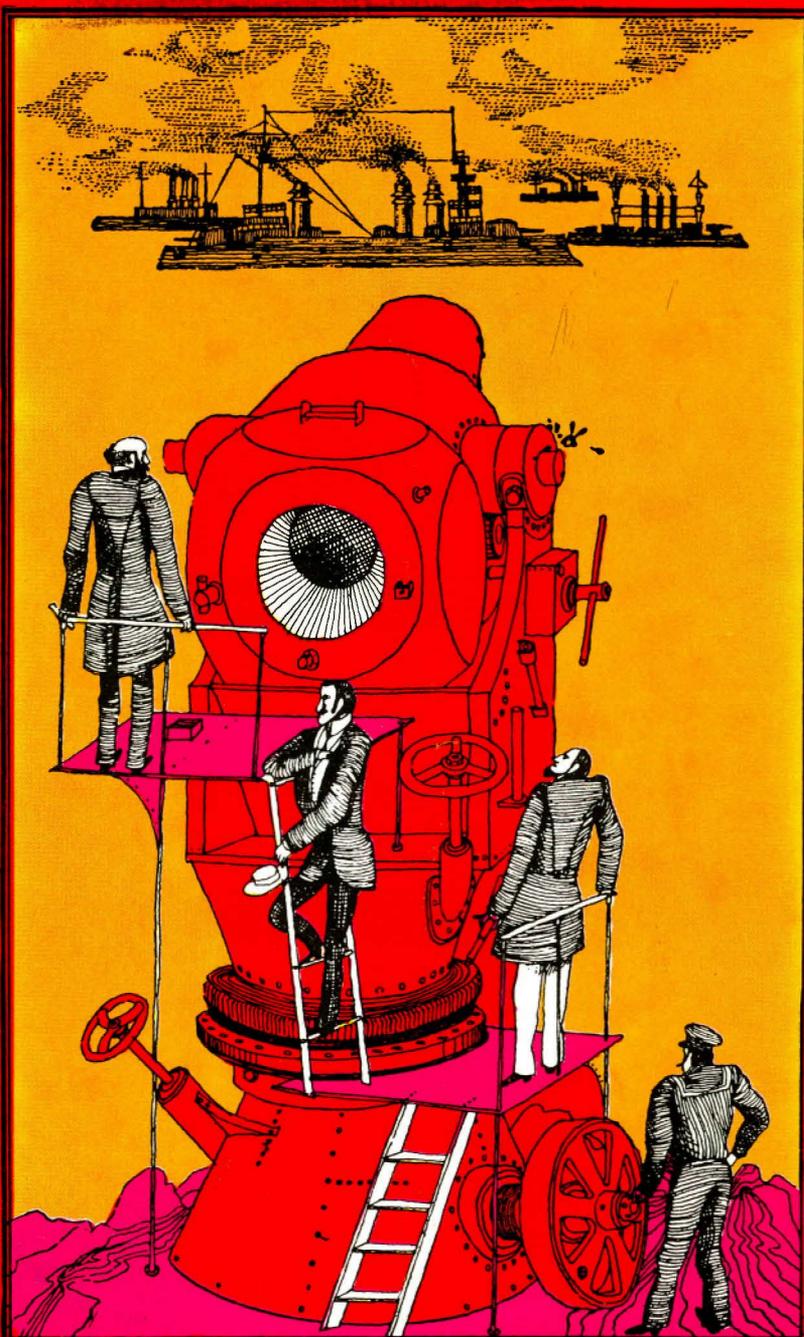
463
2835

H. Schröder
JULES VERNE

P. Gedr. 79
Die Erfindung des Verderbens

Aus dem Französischen · Bestellnummer 641 320 6

Die Erfindung des Ingenieurs Roch, eine Rakete von unvorstellbarer Zerstörungskraft, ist in falsche Hände geraten. Erst im letzten Moment gelingt es dem jungen Simon Hart, diese schreckliche Gefahr abzuwenden und die Feinde der Menschheit zu vernichten.



ZOLTAN CSERNAI

**Geheimnis
auf dem Dach
der Welt**

Aus dem Ungarischen

Die Wissenschaftler einer Expedition im Himalaja-Gebirge stoßen auf eine Metallkonstruktion, die sich als außerirdisches Raumschiff entpuppt. Als ihnen auch noch eigenartige Wesen, die sogenannten Schneemenschen, begegnen, beginnen für alle aufregende Abenteuer.

Bestellnummer 641 324 9

FERENC ÖRSI

Kapitän Tenkes

Aus dem Ungarischen

18. Jahrhundert. Baron Eckbert von Eberstein soll im Auftrage der Habsburger die Aufstände zwischen Donau und Drau niederschlagen. Sein Widersacher, Kapitän Tenkes, jedoch liefert ihm unzählige Gefechte, ohne daß der Baron einen Sieg davontragen kann.

Bestellnummer 641 322 2

KOMPASS
Taschenbücher für jedermann

Jeder Band illustriert · Etwa 200 Seiten · Broschiert 1,80 M

Verlag Neues Leben, DDR-108 Berlin, Behrenstraße 40/41